

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7497.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltene Kolon-  
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetrate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Kassen-Sprecher: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2. | Mittwoch, den 2. Juni 1897. | Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

#### Reaktion und Sozialdemokratie.

Das Dreigestirn Miquel - v. d. Rode - Schönstedt, das als das Rückgrat der Reaktion angesehen werden muß, die mit der neuen Vereinsgesetz-Novelle einen neuen Vorstoß gegen das arbeitende Volk, in erster Linie gegen die Sozialdemokratie unternahm, ist vorläufig unterlegen. Die Resultate der dritten Lesung der Novelle im Abgeordnetenhaus haben mit Ausnahme einer kleinen Veränderung, die als eine Verbesserung angesehen werden muß, die Resultate der zweiten Lesung bestätigt.

Die Opposition gegen die Regierungsvorlage ist sogar durch fehlende Stimmen auf der Regierungsseite um einige Stimmen gewachsen, aber, auch das, was angenommen wurde, ist zum theile eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes, und noch steht die Evidenzentscheidung aus. Der Kampf gegen die Vorlage wie gegen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses muß mit aller Kraft weiter geführt werden, denn die Entscheidung liegt in den Händen der wankelmütigsten und unzuverlässigsten aller Parteien, der nationalliberalen Partei.

Die Nationalliberalen sind die Hauptvertreter der großen Industrie; ihr Haß und ihre Furcht vor der Sozialdemokratie hat in den letzten 25 Jahren sich hundertsfältig gezeigt. Sie waren stets die Wortführer und Bannerträger im Kampfe gegen uns, ihnen ist in erster Linie das Sozialistengesetz mit seinen verschiedenen Verlängerungen zu verdanken; sie waren es auch, die am meisten tranerten, als dasselbe im Herbst 1890 in der Verfehlung verfiel. Und getreu dieser Haltung einer vor den Klassenbewußten Arbeitern zitternden Bourgeoisie, stimmten sie einmüthig in das Umsturzgeschrei ein, das im Sommer 1894 nach der Ermordung Carnot's entstand, und so wurden sie auch damals wieder die Geburtshelfer der Umsturzvorlage, die ein für ihre Urheber so wenig rühmliches Ende fand.

Seit der Gründung des Deutschen Reiches sind es die Nationalliberalen, die stets für Ausnahmegesetze und Zwangsmaßregeln gegen ihnen unbequeme politische Gegner zu haben waren — siehe ihre Rolle im Kulturkampf, gegen Polen und Elsaß-Lothringen; — das arbeitende Volk hat also die größte Ursache, diese Partei mit dem tiefsten Mißtrauen zu betrachten und vor ihr auf der Hut zu sein.

Was bisher in Sachen der Vereinsnovelle beschlossen wurde, ist ihr Werk, das war ohne sie unmöglich, und ihre Vergangenheit giebt nicht die geringste Garantie, daß ihrem ersten Schritt nach rückwärts nicht andere folgen werden. Die Erfahrung spricht sogar dafür.

Einmal Unitarier, die am liebsten mit den Einzelstaaten gänzlich ausgeräumt hätten, und fanatische Verherrlicher der neuen Reichsherrschaft, die sie verherrlichten, auch wo es nichts zu verherrlichen gab, sind sie, seitdem sie aufgehört haben, die erste Geige im Reichstage zu spielen, eifrige Verfechter der partikularstaatlichen Selbständigkeit geworden und ringen darin mit ihren Antipoden, dem Zentrum, um die Palme. Der Grund ist: die rückständigen Wahlsysteme der Einzelstaaten sichern ihnen in deren Landtagen eine Machtstellung, auf die sie im Reichstage, infolge ihrer volksfeindlichen und volksverrätherischen Politik, nicht mehr rechnen können. Und so stimmen sie heute in den Landtagen Gesehen zu, die sie vor zwanzig Jahren, weil auf eine Schwächung des Reichsgedankens abzielend, auf das heftigste bekämpft hätten.

So wird im Klasseninteresse von ihnen auch dieses ihr letzte und höchste Ideal, die Reichseinheit, von ihnen preisgegeben.

Indem der preussische Landtag dem Antrag der Nationalliberalen auf Ausschluß der Minderjährigen ohne Unterschied des Geschlechts aus Versammlungen und Vereinen zustimmte, beging er eine That, für die selbst die Landratskammer des Jahres 1850, obgleich eingeschrickt durch eine eben erst niedergeworfene Revolution noch zu liberal war.

Eine fast fünfzigjährige politische und wirtschaftliche Entwicklung, die ihres gleichen in der Geschichte sucht, hat nicht einen Fortschritt, nach dem eine Anzahl zu befriedigender öffentlicher Bedürfnisse förmlich schreien, sondern einen Rückschritt zur Folge. Die industrielle Entwicklung, die Millionen von Männern und Frauen vom frühesten Alter an zur Selbstständigkeit nöthigt, sie mit allen ihren Interessen auf die Öffentlichkeit und das Eingreifen der Gesetzgebung hinweist, wird ignoriert und die Befriedigung des Bedürfnisses dazu brutal unterdrückt. Diesen Bourgeois grant vor dem, was sie selbst geschaffen haben. Die Vogelstraußpolitik, die so unglückliche Male in der geschichtlichen Entwicklung Schiffbruch gelitten hat und meist von ihnen selbst verspottet und verlacht wurde, sie wird abermals als Ausbund der Staatsweisheit gepriesen und feiert Triumphe, als Beweis, daß für die Borntheit herrschender Klassen geschichtliche Erfahrung nicht existirt.

Das unabwiesbare Verlangen, weil unabwiesbares Bedürfnis des weiblichen Geschlechts, endlich ein Recht anzusehen zu dürfen, das zu verweigern als Staatsverbrechen angesehen werden sollte, findet in dieser Kammer, in der Junkerborntheit, pfäffischer Fanatismus und kapitalistische Arbeiterfeindseligkeit sich die Wage halten, nur eine verschwindende Minorität, die es untersticht.

Wie lange glaubt denn dieses Junker- und Kapitalistenparlament mit solchen Mitteln regieren zu können? Glaubt man wirklich in einer Zeit, in der alles nach vorwärts drängt, tausend Schleißen dem menschlichen Fortschritt geöffnet sind

und eine neue Welt mit der alten im Kampfe ringt, mit solchen armseligen und verbrauchten Piffen und Kniffen auf die Dauer auszukommen? Wehe! über diese geistig Blinden, die Augen haben und nicht sehen! Wehe! über diese geistig Tauben, die Ohren haben und nicht hören!

Das Verhalten des preussischen Junker- und Kapitalistenparlaments erinnert an jenen Handwerksburschen, der, als er bei Donaueschingen den Fuß auf die Quelle der Donau setzte, um sie zu verstopfen, äußerte: Wie werden die in Wien sich wundern, wenn die Donau ausbleibt.

Die Unmündigen hält man von Vereinen und Versammlungen fern, um sie vor dem politischen Gift zu behüten. Und diese neumal Weisen übersehen, daß jeden Tag in zehntausenden von Fabriken und Werkstätten, auf Baustellen und in Gruben und Bergwerken Versammlungen stattfinden, an denen Männer und Frauen, Mündige und Unmündige bis zum vierzehnten und dreizehnten Lebensjahr herunter teilnehmen, die keine Polizeigewalt der Welt überwachen oder auflösen kann.

Diese neumal Weisen übersehen ferner, daß täglich hunderttausende sozialistischer Blätter nicht nur an den erwählten Orten, sondern auch „in dem Heiligthum der Familie“ verbreitet und gelesen werden, und damit Millionen das sozialistische Gift einsaugen und von Kindesbeinen an damit durchtränkt werden.

Und die so handeln, nennen sich „Staatsmänner“ und bilden sich ein, den Staat zu regieren und den Fortschritt des Sozialismus aufhalten zu können.

Aber was sie erreichen, ist, daß sie Geringschätzung für sich selbst, Haß und Mißachtung gegen den Staat, der solche Maßregeln für seine Existenz braucht, erzeugen.

Für jeden einzelnen in der Sozialdemokratie erwächst aber aus einem solchen Zustand der Dinge eine Reihe von Verpflichtungen. Und zwar:

1. Es muß in dem Maße, wie das öffentliche Vereins- und Versammlungswesen eingeschränkt und eingeschnürt wird, die eifrige Thätigkeit in den Werkstätten und Fabriken, in der Familie und wo immer man gefellig zusammenkommt, entfaltet werden.
2. Müßen durch ununterbrochene Anmeldung neuer Versammlungen und Vereine an stelle der aufgelösten die Polizei- Organe erwidert und mit sich selbst in Widerspruch gebracht werden.
3. Die größere Ausdauer, das haben die Erfahrungen unter dem Sozialistengesetz gezeigt, liegt nicht bei den Behörden, sondern bei uns.
4. Muß, je mehr das Vereins- und Versammlungsrecht beschnitten wird, desto eifriger für die Verbreitung der Parteipresse gewirkt werden.
5. Auch in den größten Versammlungen spricht man nur zu Tausenden, durch die Presse zu Zehntausenden, ja zu Hunderttausenden und Millionen, und nicht alle paar Wochen einmal, sondern wöchentlich mehrmals.
6. Muß die Partei durch energische Theilnahme an allen Wahlen, bei denen Arbeiter ihre Stimme abgeben können, die Zahl der Volkseinde in den öffentlichen Vertretungskörpern zu begreifen oder ganz hinauszurufen suchen. Insbesondere muß die Partei bei den nächstjährigen Reichstagswahlen durch Aufgebot ihrer äußersten Kräfte alles daran setzen, daß Junkern und Junkergenossen der Reichstag möglichst verschlossen bleibt. Die Agitation für diesen Zweck kann nicht früh genug und nicht umfassend genug in Angriff genommen werden.
7. Muß unsere Reichstagsfraktion Veranstaltung treffen, daß genau Buch geführt wird über alle Maßregelungen und Chikanen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswezens. Ausgestattet mit diesem Material muß sie in jeder Reichstags-Session aufs neue den Antrag auf Erlass eines Reichs-Vereins- und Versammlungs-Gesetzes als ersten und wichtigsten Antrag einbringen und die darüber entstehenden Debatten gründlich agitatorisch ausnützen.

Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes waren für die Regierungen und die Anhänger des Gesetzes die alljährlich stattfindenden Verhandlungen über die Verhängung des sogenannten Belagerungszustandes und die öfter wiederkehrenden Verhandlungen über die Verlängerung des Sozialistengesetzes die allerungenehmtesten. Das muß künftig auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswezens wiederholt werden.

Handelt die Partei in allen ihren Gliedern in der angegebenen Richtung, so wird der jetzt wieder gegen uns geführte Schlag ebenso wie alle früheren nicht eine Quelle der Schädigung, sondern eine Quelle der Förderung unserer Bestrebungen werden. Obendrein treibt die Reaktion durch ihre brutalen Angriffe auf die vitalsten politischen Lebensinteressen des Volkes uns eine Menge Anhänger zu, auf die wir sonst noch lange verzichten müßten.

Daß unsere Parteigenossen einen solchen Kampf mit größtem Erfolg führen werden, ist außer Zweifel, dafür sprechen wieder die Erfahrungen unter dem Sozialistengesetz. Was zeigte uns dieses? Als das Gesetz, das uns als Partei nicht geschadet, sondern nur genutzt hat, genau so wie dem Zentrum der Kulturkampf — endlich fiel, gab es tausende der tüchtigsten Genossen, die seinen Fall nicht begünstigten, sondern bedauerten. Man hatte sich unter dem Ausnahmegesetz so vortrefflich in dem Kampfe gegen die Polizei eingerichtet, man führte ihn — trotz aller Opfer im einzelnen — mit solchem Erfolg im großen und hatte ein solches Vergnügen an diesem Kampfe gewonnen, daß es an nicht wenig Orten

schwer hielt, nach dem Falle des Gesetzes die Genossen zu einer andern Kampfweise zu bewegen.

Wollen unsere Gegner, voran die Miquel, von der Rode, Schönstedt, den einmal schon so schmälig verlorenen Kampf in irgend welchen neuen Formen wieder aufnehmen, die Partei ist bereit dazu. Bei dem Tanz, zu dem wir aufspielen, kommen aber nicht wir zu Fall.

A. B.

#### Vom Vereinsgesetz.

Der Wortlaut des Gesetzes ist nach den Beschlüssen der dritten Lesung nunmehr folgender:

**Artikel I.**  
 An Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, dürfen Minderjährige nicht teilnehmen.

**Artikel II.**  
 Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern (§ 8 der Verordnung vom 11. März 1850), dürfen Minderjährige nicht als Mitglieder aufnehmen.

An den von solchen Vereinen veranstalteten Versammlungen und Sitzungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, dürfen Minderjährige nicht teilnehmen. Anderen Versammlungen und Sitzungen dürfen Minderjährige sowie weibliche Personen beizuwohnen.

Die Verbindung von Vereinen unter einander ist mit der Maßgabe zulässig, daß politische Vereine (Absatz 1) nicht ohne Erlaubniß des Ministers des Innern mit außerdeutschen Vereinen in Verbindung treten dürfen.

Die Bestimmungen in § 8 der Verordnung vom 11. März 1850, soweit sie Schüler und Schilinge betreffen, werden aufgehoben.

**Artikel III.**  
 Bei Zuwiderhandlungen gegen Artikel II Absatz 1 und 3 findet der § 8 Absatz 2 und der § 16 der Verordnung vom 11. März 1850 Anwendung.

Minderjährige, welche an einer politischen Versammlung (Artikel I) oder an Versammlungen oder Sitzungen politischer Vereine (Artikel II) teilnehmen oder sich der Vorkchrift des Artikels II Absatz 1 zuwider als Mitglieder aufnehmen lassen, unterliegen der Strafe des § 16 Absatz 3 a. a. O.

Vor Beginn der Verhandlung in politischen Versammlungen (Artikel I.) und in Versammlungen politischer Vereine (Artikel II.) hat der Vorsitzende die Aufforderung zu erlassen, daß Minderjährige sich entfernen.

Unterläßt oder verweigert der Vorsitzende die Erlassung der Aufforderung, so treffen ihn die Strafen des § 14 der Verordnung vom 11. März 1850.

In den Wäldern aller Parteirichtungen herrscht ein hartes Mißbehagen über die Situation, in welche man durch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses gerathen ist. Es läßt sich auch kaum etwas Widerwärtigeres denken, als diese Art, Politik zu treiben, wie sie behufs Erdrosselung des preussischen Vereinsrechts getrieben worden ist und weiter betrieben werden soll. Verhältnismäßig froh sind eigentlich jetzt nur die Konservativen; zwar sind ihre Wünsche nicht erfüllt, aber die Nationalliberalen haben ihnen die Möglichkeit zu Intriguen und Hoffnungen gegeben und zugleich den Vertheidigern der Vereinsfreiheit eine sehr schwierige Aufgabe bereitet.

So schreibt denn die „Kreuz-Zeitung“ ziemlich guter Dinge:

Es fragt sich nun, ob das Herrenhaus bei der Umgestaltung des Entwurfes auf die Regierungsvorlage oder auf den Jedlihschen Antrag zurückgreifen wird. Unzweifelhaft gebührt der letzteren der Vorzug. Aber ebenso unzweifelhaft ist es, daß auf ihre Annahme im Abgeordnetenhause auch in einem späteren Stadium nicht zu rechnen ist. Wenn also das Herrenhaus die theoretischen Bedenken gegen eine Ausnahmegesetzgebung nicht theilt, so wird es bei seiner Entscheidung vornehmlich sich zu fragen haben, ob es noch möglich ist, daß die Nationalliberalen oder ein Theil von ihnen, wenn das Gesetz mit den Anträgen des Abg. Freiherrn v. Jedlich an das Abgeordnetenhause zurückkommt, ihre ablehnende Haltung aufgeben. Wird diese Frage bejaht, so liegt es nahe, daß das Herrenhaus sich die Jedlihschen Anträge zu eigen macht.

Das sind indessen Dinge, deren Erledigung noch nicht dringlich ist. Wir sind auch überzeugt, daß das Herrenhaus für die Wahrung der staatlichen Autorität gegenüber den Umsturzpartei die richtige Form zu finden wissen wird. Demwegen sehen wir seiner Entscheidung mit ruhiger Zuversicht entgegen.

Ähnlich die „Nordd. Allg. Zeitung“:

Es bleibt also nur die Hoffnung, daß das Herrenhaus die Regierungsvorlage wiederherstellen oder sonst eine ausreichende Ergänzung vornehmen wird. Die nationalliberale Partei trifft die Verantwortung für dieses vorläufige unerfreuliche Ergebnis. Wären ihre Abgeordneten über die wirkliche Stimmung der Wähler völlig unterrichtet gewesen, so wäre es vielleicht nicht so weit gekommen. Es ist daher zu hoffen, daß sie die Zwischenzeit zu besserer Information nicht ungenutzt verstreichen lassen.

Die „Post“ hofft, daß die Nationalliberalen sich im Laufe der nächsten Zeit „bekehren“ werden:

Wir zweifeln nicht daran, daß die nationalliberale Halbheit nicht bei allen Wählerkreisen verstanden werden wird. Weder von den industriellen und ländlichen Wählerkreisen des Westens und Nordwestens, welche mit der Sozialdemokratie in Berührung kommen, noch von den deutschen im Erlenzampfe mit dem Polonismus ringenden Wählerkreisen des Ostens. Es wird Sache dieser Wählerkreise sein, ihre Ansicht bis zu dem entscheidenden Momente wirksam geltend zu machen.

Weniger befriedigt sprechen sich die freikonservativen „Berliner Neuesten Nachrichten“ aus, welche sich besonders scharf gegen die Regierung wenden, die ihre Schuldigkeit nicht getan habe:

Wir glauben nicht, daß aus dem noch zu gewärtigenden Hin- und Herschieben der Vorlage zwischen den beiden Häusern des Landtags irgend etwas auch nur einigermaßen Zweckensprechendes hervorgehen wird, denn der unversöhnliche Konflikt der Auffassungen, der schon im Abgeordnetenhause seine verheerende Wirkung geübt

hat, wird dann nur um so fester werden und es verhindern, daß überhaupt etwas zu Stande kommt. In ihrer jetzigen Beschaffenheit wird die Vorlage vom Herrenhause keinesfalls genehmigt werden, sondern man wird dort versuchen, sie im Sinne der konservativen Anträge zu ergänzen; daß das Abgeordnetenhaus daraus einseitig, ist nach den Ergebnissen der beiden letzten Sitzungen nicht anzunehmen, so würde dann die Verwerfung des Ganzen wahrscheinlich als ultima ratio erscheinen.

... Denn wenn diese (die Regierung) von vornherein mit Entschiedenheit sich für die freikonservativen Anträge ausgesprochen hätte, so würde ihnen vielleicht doch noch ein günstigeres Geschick beschieden gewesen sein. Der Umstand, daß vom Regierungstische aus nur ungewisse Erklärungen abgegeben wurden und es selbst in der dritten Lesung an Klarheit über die Stellung der Regierung zu diesen Vorschlägen gänzlich mangelte, hat jedenfalls in nicht unerheblichem Grade dazu beigetragen, ihre Aussichten zu verringern. Warum die Regierung über ihre Auffassungen ein so auffälliges Schweigen zu bewahren für angezeigt erachtete, darüber kann man verschiedene Vermuthungen hegen, angesichts der großen Wahrscheinlichkeit einer Ablehnung der wichtigsten Theile der Vorlage hätte jedoch ein rechtzeitiges Eingreifen zu gunsten der freikonservativen Vorschläge der Situation eine günstigere Wendung geben können. Daß heute nicht ein einziger Minister das Wort ergriff, führt zu der Annahme, daß man bereits vor dem Beginn die Schlacht als vollständig verloren betrachtete. Wir müssen gestehen, daß es uns schwer wird, für diese Behandlung des Gegenstandes ein Verständnis zu finden.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“, das Bündlerblatt, ist sehr gereizt gegen die Regierung, da sie annimmt, daß die Nationalliberalen bei einer energischeren Haltung derselben wohl für die Bedingten Anträge zu haben gewesen wären:

„Man wird danach in der That die Vermuthung bestärkt finden können, daß den leitenden Ministern dieses Ministeriums“ an der Rettung der Tendenz ihrer Vorlage nichts gelegen war, und daß ihnen die Haltung der Konservativen, durch welche ein Torso der Vorlage in das preussische Herrenhaus hinübergerettet wird, recht unbehagen sein und noch mehr werden wird, da das Herrenhaus geneigt sein dürfte, die Haltung der leitenden Minister zu der Regierungsvorlage einer mehr oder weniger eingehenden Analyse zu unterwerfen.“

Der „Hamburger Korrespondent“, welcher sich zu der Vorlage gegenüber verhalten hat, sieht die Situation ziemlich optimistisch an:

„So würde demnach jedenfalls die endgültige Entscheidung in der zweiten Hälfte Juli erfolgen. Wie sie schließlich ausfällt, ist nicht mit absoluter Sicherheit vorherzusehen, mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit ist aber schon jetzt zu erkennen, daß ein positives Ergebnis nur auf der Grundlage der jetzigen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses zu erwarten ist. Was wird die Regierung thun? Das ist heute noch eine offene Frage, und dies macht die Lage noch verwickelter, als sie es ohnehin schon ist.“

Großer Stagnation herrscht bei den Nationalliberalen. Die „National-Zeitung“ sagt:

„Indes die Entscheidung ist gegen das kurze und sichere Verfahren erfolgt. Die Nationalliberalen des Abgeordnetenhauses haben sich entschlossen, die reife Ernte eines großen politischen Verdienstes auf den Halmen stehen zu lassen, jeder Gefahr des politischen Windes und Wetters ausgelegt. Sie werden sich keiner Läufung darüber hingeben, daß sie damit nicht bloß gegen ihre Partei, sondern auch wichtigen Interessen des Landes gegenüber eine schwere Verantwortlichkeit übernommen haben. Auch die anderen Fraktionen, welche zu der Mehrheit gegen die Regierungsvorlage und gegen den freikonservativen Antrag gehören, werden sich nicht der unbequemen Pflicht entziehen können, für die nunmehr unerlässlichen weiteren Abstimmungen sich zu vollzähligen Erscheinen bereit zu halten; die Nationalliberalen aber haben dieselbe Aufgabe unter erschwerten Umständen auf sich genommen. Sie können nicht zweifelhaft über die Absicht sein, in welcher die Herren Graf Limburg-Stirum und Genossen die Verschleppung der Sache erstreben: man spekulirt darauf, durch Einsprüche verschiedener Art, von oben und aus der Wählerchaft, eine Anzahl nationalliberaler Abgeordneter umzustimmen, groß genug, um durch ein verändertes Votum oder durch Fortbleiben von den späteren Abstimmungen das Schicksal der Vorlage im Sinne der Regierung zu entscheiden. Die Führer der Nationalliberalen des Abgeordnetenhauses hegen die Ueberzeugung, daß jede derartige Spekulation aussichtslos sei, daß alle späteren Abstimmungen ebenso wie die der zweiten und dritten Lesung ausfallen werden. Ihre Aufgabe ist es jetzt, hierfür zu sorgen. Verlangt die kritische Angelegenheit so, daß man zuletzt sagen kann, „Ende gut, alles gut“, so wird das Verdienst der Partei um die Abwehr politischen Unheils nicht darum geringer sein, weil ein unndthiger und schwieriger Umweg eingeschlagen worden. Ziele aber das Verwirren und Versammeln des preussischen Volkes, welches sich gestern kurzer Hand sichern lieb, in die ihm von den Herren Graf Limburg-Stirum und Genossen gegrabene Grube, so würde die nationalliberale Partei dafür verantwortlich gemacht werden.“

Bemerkenswerth ist auch die Mittheilung der „National-Zeitung“ über die Unschlüssigkeit ihrer Partei vor der letzten Abstimmung: „Sehr viele Mitglieder der Fraktion waren gestern nach der Erklärung des Grafen Limburg-Stirum, daß die Konservativen nur in der Absicht der Wiederherstellung der Regierungsvorlage die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses an das Herrenhaus senden wollten, dafür, ein Ende zu machen und die aus den Einzelbeschlüssen hervorgegangene Fassung im ganzen zu verwerfen; es war nicht möglich, während der Sitzung in dieser Hinsicht Uebereinstimmung herzustellen.“

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt, wie telegraphisch mitgetheilt wird:

„Es entsteht der Verdacht, daß die Konservativen, wenn sie bei unseren unberechenbaren Verhältnissen auf Ueberraschungen spekuliren, nur im Trüben fischen wollen. Das Staatsinteresse erfordert, daß die Angelegenheit möglichst rasch der Agitation entrückt wird. Die naive Annahme des Ministers von der Recke, daß die deutsche Presse die öffentliche Meinung fälsche, veranlaßt die vollständige beschämende Unkenntnis der Stimmung der Bevölkerung. Jedenfalls müßten die besonnenen Elemente der Regierung nunmehr die Kraft besitzen, zu erklären, die Regierung habe an der Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt kein Interesse mehr, sonst müßte der Glaube entstehen, man sei entschlossen, die Nation herauszufordern und die Gegenkräfte unter den Ordnungsparteien derart anzuspielen, daß eine Krise unvermeidlich wird.“

Die Organe der Linken und des Zentrums greifen fast allgemein die nationalliberale Partei mehr oder weniger scharf an. So sagt die „Bosnische Zeitung“:

„Unter diesen Umständen ist die Hinausschiebung der Entscheidung durch die in diesem Fall maßgebende nationalliberale Partei ein gewagtes Unternehmen, für dessen ungünstigen Ausgang die Nationalliberalen verantwortlich wären. Die freisinnige Partei wird es allerdings an der weiteren Einwirkung auf die öffentliche Meinung in den nächsten Wochen nicht fehlen lassen und, unbekümmert um die Behauptung des Herrn von der Recke, daß ihre Ausführungen auf ihn und das Staatsministerium keinen Eindruck machen, zufrieden sein, wenn der Eindruck auf die Nation und ihre Vertreter um so größer ist.“

Die „Germania“ spricht sich also aus:

Wir können es sehr wohl verstehen, wenn die Konservativen sich nach den Ergebnissen der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses über die Vereinigungsvorlage als die Sieger betrachten, wenigstens in ihrem taktischen Zielungsplan. Sie

wußten, daß sie sachlich im Abgeordnetenhaus nicht erreichen konnten, was sie wollten, weil ihnen hier der Widerspruch der Nationalliberalen im Wege stand, aber taktisch haben sie ihren Zweck gleichwohl erreicht. Wir nehmen an, daß die Nationalliberalen dagegen sachlich in dem „Minderjährigen-Paragrafen“ ihre Absicht oder auch nur ihren „guten Willen“ zum Ausdruck und zur Annahme gebracht haben; aber in taktischer Beziehung sind sie den Konservativen unterlegen, wie sie schließlich mit ihrem Minoritäten-Paragrafen auch sachlich unterlegen werden. Das ist und das war vorauszu sehen, und wenn die nationalliberale Fraktion das nicht vorausgesehen hat oder nicht hat sehen wollen, so ist das nach beiden Seiten hin ein Beweis politischer Unfähigkeit.“

Protestkundgebungen wurden von sozialdemokratischer Seite veranstaltet in: Rosenheim, Würzburg, Alen (Württemberg), Worb bei Egerfurde, Osnabrück, Mannheim, Dornheim bei Hanau, Herß, Alen, Bremen, Offenbach, Spremberg, Frankfurt a. O. Hier wurde ein Protest-Flugblatt für den Wahlkreis, das platte Land einbezogen, beschlössen. In Bismarck bei Gießen waren zahlreiche Bannern erschienen, welche mit Protest erhoben. Ebenso war ausschließlich von ländlicher Bevölkerung eine Versammlung in Altschwyl auf Schweizerboden für die elassischen Grenzgebiete besetzt.

## Politische Ueberfluth.

Berlin, 1. Juni.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte heute nur einige kleine Vorlagen in dritter Lesung und beschäftigte sich sodann mit Petitionen ohne allgemeines Interesse. Daraus ging das Haus in die Ferien. Gleich in der ersten Sitzung nach Pfingsten, am 22. Juni, findet die verfassungsmäßig vorgeschriebene zweite Abstimmung über das Vereinsgesetz statt. Außerdem stehen kleinere Vorlagen und Initiativanträge, daneben der Antrag Richter, betr. den Religionsunterricht an Dissidentenkinder, auf der Tagesordnung.

Der Prozeß Tausch brachte heute bei Beginn der Sitzung wieder eine Erklärung des Oberstaatsanwalts gegen die Presse, welche seine gestrigen Ausführungen über die Sachlosigkeit der Affäre Webedind mißverstanden habe. Dieses Mißverständnis gab nun — zu unserer Genugthuung — dem Herrn Oberstaatsanwalt Gelegenheit, seine schärfste Mißbilligung auszusprechen über den Beamten der politischen Polizei speziell und derartige Praktiken überhaupt, er bezeichnete sie als verwerflich und strafwürdig. Wir freuen uns dieser scharfen Verurtheilung gerade seitens der Staatsanwaltschaft umsomehr, als wir den Zeitpunkt herankommen sehen, wo die politische Polizei wieder gegen uns auf den Kriegspfad geht. Dann wird die Erinnerung und Verurteilung auf diesen Prozeß ebenso werthvoll wie nützlich sein.

Wie sehr aber seit dem Ledert-Bülow-Prozeß die Situation sich geändert hat, das merkte man in der heutigen Sitzung. In jenem Prozeß trat in den Pausen der Herr Oberstaatsanwalt zuweilen an Herrn v. Marschall und Dr. Hamann heran, heute hörten wir aus dem Munde des Herrn Oberstaatsanwalts über Aussagen des Herrn Hamann das Urtheil: Belanglos, fallen und wir erleben es, daß der Oberstaatsanwalt den Präsidenten hat, er möge doch den Jungen darauf verweisen, er solle Thatsachen anführen!

Sehr unangenehmen Eindruck machte die Vernehmung der beiden Polizeibeamten — einmal ihr Widerspruch im wesentlichen Punkte ihres Zeugnisses und dann die ausführliche Thatsache, daß nach all dem bekannt gewordenen Praktiken der politischen Partei jetzt zwei Beamten plötzlich über eine doch sehr weit zurückliegende und vielleicht sehr zweifelhafte Sache fast sitzlich entrüstet thaten! Schließlich ist eine Zeitungsredaktion doch nicht dazu da, sich selbst zu beschuldigen und ihr Belastungsmaterial anzuliefern! Der Kampf zwischen Presse und Polizei ist ein solcher, in dem ohnehin die Chancen sehr zu ungunsten der Zeitungsredakteure stehen!

Und was sind das für Zustände, daß ein Polizeibeamter, wie Herr Kriminalkommissar Schöne in breitem Wortschwall selber erzählte, von Dingen, die ihm in seiner amtlichen Thätigkeit bekannt werden, politischen Gegnern mittheilt, damit diese in der Presse ihre Widerparten diskreditiren sollen. Wir glauben, wenn je eine disziplinarische Zurechtweisung angebracht ist, so hier! Und daß ehemalige Leiter der politischen Polizei, die allerdings den Eindruck eines viel geschickteren und sichereren Kriminalbeamten machten, früher schon ganz andere Ansichten über den Ehrenkodex äußerten, ist aus den Reichstags-Verhandlungen bekannt. Aus Anlaß der Haupt-Schröder-Lockspiegelgeschichte im Jahre 1888 wurde von der Reichstags-Tribüne konstatiert, daß nach dem gerichtlichen Hüricher Protokolle Haupt erklärt hat, daß ein Polizeibeamter zu ihm geäußert: Ein Kerl wie er müßte doch diese russischen Studenten unter den Tisch saufen, dann könne er ja in ihren Wohnungen ihre Briefe und Skripturen leicht durchsehen.

Mit der Vernehmung Leypold's schloß die heutige Sitzung. Für Tausch viel ungenügender als alle früheren. Wie der Ausgang bei dem Geschworenengericht sein wird, ist schwer zu sagen.

Die Türkei wünscht einen Waffenstillstand von nur 15 Tagen abzuschließen, der dann erneuert werden könne, falls mit Ablauf dieser Frist der Friede noch nicht abgeschlossen sei. Die Mächte sind hingegen bemüht, die sofortige Feststellung einer für die Beendigung der Friedensverhandlungen ausreichenden Dauer des Waffenstillstandes herbeizuführen. Der Fortschritt wurde allerdings erklärt, daß keinerlei Aussicht auf eine Erhöhung der durch die Mächte festgesetzten Friedensbedingungen vorhanden sei. Trotzdem dauert in Konstantinopel die Agitation für die Ungliederung Thessaliens fort.

## Deutsches Reich.

— Mit der Frage: „Die Arbeiter und die Dreiklassenwahl“ beschäftigt sich auch der Leitartikel der „Neuen Zeit“. Er steht auf dem Standpunkte, daß die Weiblichkeit der sozialdemokratischen Wähler an jenen Wahlen eine in vielem Betracht zu wünschende, auch prinzipiell nicht zu verwerfende, aber praktisch undurchführbare Sache sei. Er setzt auseinander, daß ein Bündnis mit den Freisinnigen derart, daß diese der Sozialdemokratie zu Mandaten verhelfen solle, wie die Sozialdemokratie ihnen dazu verhelfen würde, nicht angängig sei, daß wir hierbei nur die Duplicitäten bleiben würden. Eher will der Verfasser die Angängigkeit einer Wahlbetheiligung zugeben, wenn von unserer Seite nichts weiter damit bezweckt würde, als den Freisinn auf Kosten der Junker zu stärken. Wir wollen wenigstens den Schluß des Artikels wörtlich zitiren:

Es mag nicht unbedingt unmöglich sein, in dieser oder jener großen Stadt je nach der Gunst der Umstände ein sozialdemokratisches Landtagsmandat zu erobern, was dann mit Freunden mit-

zunehmen sein würde. Aber eine Massenaktion ist unseres Erachtens unmöglich mit einem Ziel, dessen Erreichung nicht von ihrer eigenen Kraft, sondern von allerlei unberechenbaren Möglichkeiten abhängt. Wenn eine Massenbetheiligung der Arbeiter an den preussischen Landtagswahlen beschlossene werden sollte, so müßte von vornherein erklärt werden, daß es sich nur darum handelt, die Junker an der Alleinherrschaft über den Landtag zu hindern. Wie dies der wirkliche Beweggrund sein würde, die ein Abweichen von der bisherigen Praxis veranlassen könnte, so müßte er auch offen ausgesprochen werden. Die Arbeiter, die zu ihren schweren Lasten noch eine neue schwere Last auf sich nehmen sollen, würden dadurch vor allen Illusionen bewahrt, die nach Lage der Dinge in um so peinlichere Enttäuschungen auslaufen müßten, sie würden namentlich auch vor jeder demüthigenden Stellung gegenüber den Fortschrittler bewahrt, die im anderen Falle unausweichlich sein würde. Wird ein für allemal erklärt, daß die Arbeiter für die Freisinnigen nur eintreten, weil diese sich selbst nicht mehr gegen die Junker schütten können, so sind die Freisinnigen die Odemüthigen und können den Arbeitern überhaupt keine Posten spielen.

Ob sich auf einer so engen und nüchtern abgegrenzten Basis eine wirkliche Massenaktion erzielen läßt, ob bejahenfalls die sozialdemokratischen Wähler bei der Dreiklassenwahl die freisinnige Partei überhaupt so stärken könnten, daß die Herrschaft der Junker im Abgeordnetenhaus gebrochen würde, das und anderes mehr sind Fragen, die einer besonderen Untersuchung bedürfen. Darin stimmen wir der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ durchaus bei, daß es höchst wünschenswerth wäre, wenn sich der nächste Parteitag mit der Frage beschäftigte. Sie bedarf nach den verschiedenen Seiten hin der vollständigsten Ueberlegung, und bis zu den nächsten Landtagswahlen ist in glücklicher Weise noch Zeit genug, sie reichlich zu durchdenken.“

— Matrikularbeiträge. Im Reichstage ist die nach den Beschlüssen in zweiter Berathung berichtigte Berechnung der nach dem Nachtragsetat für 1897/98 zur Deckung der Ausgaben des ordentlichen Etats anzuhebenden Matrikularbeiträge erschienen. Die im Nachtragsetat vorgesehenen Ausgaben betragen im Vergleich des ordentlichen Etats 20 908 712 M. Nach Abzug von 1 706 438 M. verbleiben von der Gesamtausgabe 19 197 279 M. An ordentlichen eigenen Einnahmen, welche für Rechnung der Gesamtheit zur Reichskasse fließen, weist der Nachtragsetat 572 820 M. nach. Von der Ausgabe bleiben somit 18 614 659 M. noch anderweit aufzubringen. Bei Preußen treten an Matrikularbeiträgen hinzu 12 787 154 M., Bayern 2 060 039 M., Sachsen 1 520 004 M., Württemberg 794 387, Baden 698 289, Hessen 417 623, Mecklenburg-Schwerin 239 826, Sachsen-Weimar 186 164, Mecklenburg-Strelitz 40 787, Oldenburg 150 167, Braunschweig 174 874, Sachsen-Meiningen 94 022, Sachsen-Altenburg 72 828, Sachsen-Coburg und Gotha 87 036, Anhalt 117 776, Schwarzburg-Sondershausen 81 440, Schwarzburg-Rudolstadt 35 595, Waldeck 29 217, Meißn ältere Linie 28 103, Meißn jüngere Linie 52 624, Schaumburg-Lippe 16 564, Lippe 54 089, Bielefeld 33 479, Bremen 78 564, Hamburg 278 578, Elsaß-Lothringen 669 390, zusammen 20 627 492 M.

— Die Rücktrittsabsichten des Präsidenten des Reichs-Versehrungsamtes werden auch von den „Hamburger Nachrichten“ bekräftigt.

— Staatliche Arbeiter-Wohnhäuser. Im Sommer 1895 wurde im preussischen Abgeordnetenhaus ein Gesetz angenommen, das einen größeren Staatskredit zum Bau von Wohnhäusern für Unterdame und Arbeiter in staatlichen Betrieben zur Verfügung stellte. Es handelte sich dabei insbesondere um Eisenbahnarbeiter und Beamte, die in manchen ländlichen Bezirken und bergleichen Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Wohnungen haben. — Nach einem soeben dem Abgeordnetenhaus vorgelegten Bericht sind bis jetzt an 21 Orten zusammen 458 Wohnungen gebaut worden. Außerdem sollen demnach noch an 14 Orten 844 Wohnungen gebaut werden. Für die Arbeiter ist bei der Sache jedenfalls nichts besonderes herausgekommen. Sie müssen dieselben Miethen zahlen, wie in Privathäusern und haben dafür nicht mehr Bequemlichkeiten, eher noch weniger. Es war vom Abgeordnetenhaus gewünscht worden, daß im Interesse der Arbeiter der Bau von Einfamilienhäusern bevorzugt werde. Daraus ist jedoch nichts geworden. In dem Bericht heißt es:

„Die Herstellung von Einfamilienhäusern verbot sich, weil wegen des beträchtlich höheren Kostenaufwandes eine angemessene Verzinsung der gesamten Anlagkapitalien neben der Amortisation sämtlicher Baukosten nach Deckung der Kosten für die Verwaltung und die bauliche Unterhaltung der Gebäude aus dem Miethzins nicht erwartet werden konnte.“

Es sind deshalb fast ausschließlich zwei- und dreistöckige Häuser gebaut worden, — wie es jeder Privatkapitalist, der sein Kapital und seinen Grund und Boden ausnützen will, auch thut. Auch die folgende Mittheilung ist interessant:

„Die Ausführung der Bauten wurde zur thunlichsten Herabminderung der Baukosten versuchsweise in General-Verdingungsverfahren gegen feste Pauschsummen vergeben.“

Also das Submissionsverfahren in seiner schlimmsten Form. Es werden nicht nur die einzelnen Arbeiten in Submissionsverfahren aufgeschrieben, sondern gleich die ganzen Häuser. — Ob diese General-Unternehmer wohl in den Reihen der von der Regierung so heiß geliebten kleinen Handwerker zu finden, — oder ob es am Ende gar Großkapitalisten sind? —

— Schweinefauke und preussisches Vereinsrecht. Aus Zabrze, Poremba wird uns geschrieben: Wie gründlich jetzt schon, ohne laus Rede, untergeordnete Polizeioorgane mit dem bisherigen preussischen Vereinsgesetz auskommen, zeigt die Auflösung einer für den 30. Mai hier angeordneten Vereinsversammlung der Maler, Lackierer und Verlagsbesitzer. Die angeblich hier herrschende Schweinefauke wurde von einem Gendarmen als Aufstehungsgrund angegeben! Der Beamte sagte außerdem hinzu, auf mindestens 6-8 Wochen dürfte aus dem angegebenen Grunde in Poremba überhaupt keine Versammlung stattfinden. Wenn das richtig wäre, müßte man doch solgerichtig die — Schulen und Kirchen schließen. —

— Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen. Das soeben erschienene Heft des „Centralblattes für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen“ enthält einen Erlass vom 26. März über Religionsunterricht für die Zöglinge der gewerblichen und ländlichen Fortbildungsschulen. Der Erlass ist von drei Ministern unterzeichnet, vom Unterrichts-, vom Landwirtschafts- und vom Handelsminister, und hat folgenden Wortlaut:

„Es ist wiederholt der Wunsch ausgesprochen worden und hat auch in den Verhandlungen des Landtages Ausdruck gefunden, es möchte den Zöglingen der gewerblichen und ländlichen Fortbildungsschulen eine Förderung ihrer religiösen Erziehung zu theil werden. Dies kann, da die Aufnahme des Religionsunterrichts in den Lehr- und Stundenplan der Fortbildungsschulen nicht möglich ist, am besten dadurch erreicht werden, daß die Geistlichen beider Konfessionen durch Unterweisung und belehrende Vorträge, die wünschlich in den Räumen der Fortbildungsschulen und im Anschluß an den Unterricht stattfinden, die religiöse Erkenntnis der Zöglinge zu vertiefen und ihren religiösen Sinn zu wecken und zu fördern suchen. Euer Hochwohlgeboren — gemeint sind sämtliche Regierungspräsidenten — ersuchen wir daher ergebenst, gefälligst die Vorstände der Fortbildungsschulen dahin geneigt zu machen, daß sie den Geistlichen auf ihren bezüglichen Wunsch die Schulräume zur Verfügung stellen und ihnen auch sonst die Ausrichtung ihrer Arbeit auf jede Weise ermöglichen und erleichtern.“

— Zur Frage der Befehung der Staatswissenschaften. Der Preussische Reichstag hat die „Berl. Pol. Nachr.“ mit, bei der Anregung, Männer mit praktischen Erfahrungen auf sozialpolitischem Gebiet heranzuziehen, handelt es sich nicht um eine rein akademische Erklärung, sondern

es seien bereits Einleitungen getroffen, um, auch schon bevor es möglich war, durch den Etat die zur Durchführung des Gedankens erforderlichen Mittel bereit zu stellen, versuchsweise mit der Bezeichnung einer solchen Kraft zu einer akademischen Lehrthätigkeit praktisch vorzugehen. Weiter schreiben die „Berliner Politischen Nachrichten“ in Sachen des staatswissenschaftlichen Studiums.

Die Verhandlungen wegen Vertiefung und praktischer Bekämpfung des staatswissenschaftlichen Studiums werden namentlich für diejenigen Studierenden weitergeführt, die sich dem preussischen Staatsdienst zuwenden wollen. Die bisher in dieser Hinsicht von dem Justiz- und Kultusminister getroffenen Änderungen beziehen sich im wesentlichen auf die insolge des Bürgerlichen Gesetzbuches notwendige Aenderung des Planes der Vorlesungen und der Studien. Sie bedarf betreffs der staatswissenschaftlichen Studien einer Ergänzung; diese wird sich zweckmäßig unter anderem auf den erfolgreichen Besuch von Seminaren und auf die in diesen angefertigten schriftlichen Arbeiten erstrecken, auf die ja auch schon bei der erwähnten Neuordnung der juristischen Studien besonderer Werth gelegt worden ist.

Wer ist denn das andererseits Versuchsanstehen zur Reform unserer Universitäten im Sinne des Königs Stamm, etwa Herr Vorster, dessen Vortrag über „Die Großindustrie eine der Grundlagen der nationalen Sozialpolitik“ sicherlich kein Befähigungsnachweis für seine Lehrthätigkeit auf dem Gebiete der politischen Oekonomie ist.

— Die national-soziale „Zeit“ erklärt, daß wegen Mangels an Mitteln die Weiterführung der Zeitung in Frage gestellt sei. Es wird zu Geldzeichnungen aufgefordert. Viel Hoffnungen auf ein günstiges Ergebnis dieser Sammlungen scheint nach dem Tone seiner Erklärung der Vorstand des national-sozialen Vereins nicht zu haben.

— Ein neues offizielles Organ der Stumm, Krupp, Vorster, Wenner, Busch und Genossen. Von Juni d. J. erscheint „Die Industrie, zugleich Deutsche Konsumisten-Zeitung“, die der bekannte Vertreter der staltelle, A. Steinmann-Bucher, herausgibt, unter dem Titel „Deutsche Industrie-Zeitung. Organ des Zentralverbandes deutscher Industrieller zur Verbesserung und Wahrung nationaler Arbeit“. Was das für „Arbeit“ ist, wissen unsere Leser.

Wandobbel, 31. Mai. In der Disziplinär-Untersuchungssache des suspendierten Polizeichefs und Stadtraths Schow hat die königliche Staatsanwaltschaft in Altona jetzt die Akten eingefordert. Die Angelegenheit wird schon in kurzer Zeit zur Verhandlung gelangen. Die Anklage lautet auf Körperverletzung im Amte.

Hannover, 31. Mai. Für die Landtags-Ergebniswahl im Wahlkreis Linden (an stelle des kürzlich verstorbenen Abgeordneten Bartner) ist von der national-liberalen Partei der Rittergutsbesitzer Meinecke-Dunau (Mitglied des Bundes der Landwirthe) aufgestellt worden.

Silbeshelm. (Silbeshelmsche Ztg.) Zum Prozeß des Privatsekretärs Pfahl, des bekannten Spezialisten in Begnadigungssachen, werden uns einige Thatsachen bekannt, welche geeignet sein dürften, auch weitere Kreise zu interessieren. Laut ministerieller Verfügung ist der Vertreter der Staatsanwaltschaft in jenem Prozesse, Herr Assessor Dr. Otten, welcher bereits seit vier Jahren als besoldeter Assessor bei der Staatsanwaltschaft thätig ist, vom 1. Juni ab als unbesoldeter Assessor an das hiesige Amtsgericht versetzt. Zu seinem Nachfolger ist der Assessor Schmidt ernannt, welcher 6 Monate bei der Staatsanwaltschaft beschäftigt war. Ferner wird das Kommissorium bei der hiesigen Staatsanwaltschaft in ein ständiges verwandelt. Herr Assessor Otten hatte in jenem Prozesse, der sich bekanntlich vor dem hiesigen Landgerichte abspielte, von dem räthselhaften „Glück“ gesprochen, welches der Angeklagte Pfahl mit seinen Begnadigungsgesuchen gehabt habe. Bemerkenswert ist, daß der p. p. Pfahl wegen dieser und anderer in amtlicher Eigenschaft gemachten Äußerungen des Assessors Otten letzteren mit einer Privatklage überzogen, daß aber Otten einen Strafantrag, den er in amtlicher Eigenschaft gegen Pfahl wegen eines von diesem ausgehenden Zeitungsartikels beleidigenden Inhalts gestellt hatte, zurückgenommen hat. Dem Vernehmen nach hat Herr Dr. Otten die Absicht ausgesprochen, die Beamtenkassiere anzugehen.

Herr Siegle, der national-liberale Abgeordnete für Stuttgart, der die national-liberale Partei in der Reichskommission für Arbeiterkassier vertritt, erklärt, aus Gesundheitsrücksichten ein Mandat für den Reichstag nicht mehr annehmen zu können. Den Stuttgarter National-liberalen, die auf eine Festhaltung des Mandates nicht mehr rechnen, wird es schwer genug fallen, einen annehmbaren Kandidaten an stelle des Herrn Siegle zu präsentieren.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Ein Majestätsbeleidigungs-Prozeß sieht bevor in — Egypten. Wie die „Petite Rep.“ mittheilt, will der deutsche Konsul in Alexandria das dortige Blatt „Muschir“ wegen Beleidigung des deutschen Kaisers verfolgen lassen.

— Kolonialpatriotismus und Geschäft. Wie gewisse Leute die Afrika-Begeisterung geschäftlich auszunutzen und das Publikum zu schröpfen verstehen, zeigt ein Artikel der „Kolonialwaaren-Zeitung“, eines Fachblattes für die Interessen des Detailhandels, der sich mit dem Vertriebe des sog. Kamerun-Kakao beschäftigt. Wir entnehmen dieser recht lehrreichen Darstellung das folgende:

Seit kurzem, so schreibt das genannte Blatt, bringt die Kamerun-Kakao-Gesellschaft unter der Bezeichnung „Kamerun-Kakao“ Präparate zum Verkauf, von denen sie behauptet, daß sie aus Kakaobohnen hergestellt seien, die in deutschen Kolonien geerntet worden sind. Den Preis für die Waare hält sie so hoch, daß wirklich ein Stamm der Patriotismus dazu gehört, ihn anzulegen. Die Gesellschaft schmeichelt aber unseren Detailhändlern, indem sie sie veranlaßt, ebenfalls einen hohen Preis an der Waare zu nehmen, — wahrscheinlich, um dadurch das Interesse an dem Artikel rege zu halten. So ist es dahin gekommen, daß dieser Kamerun-Kakao billiger mit 2,40 M. das Pfund, in Sachsen z. B. aber mit 2,80 M., und in Ost- und Westpreußen sogar mit 3 M. das Pfund verkauft wird.

Jeder Einsichtige muß sich doch sagen, daß das ein Verfahren ist, dem sehr leicht der Artikel selbst zum Opfer fallen kann. Auf der einen Seite bemühen wir uns, gute und billige Kakaosorten einzuführen, um Kakao immer mehr zu einem Konsumartikel zu machen, und hier werden reine Cigari-Preise gemacht, die nur von Narren bezahlt werden können. Und zu welchem Zwecke denn eigentlich? — Und liegt der Gründungs-Prospekt der Kamerun-Kakao-Gesellschaft vor; daraus läßt sich die Antwort leicht konstatieren.

Das von der Kamerun-Kakao-Gesellschaft vertriebene Kakaopulver besteht aus einer Mischung von einem Fünftel Arribar und vier Fünfteln Kamerun-Kakao. Die Arribarbohne stammt aber aus Süd-Amerika, sie ist also kein deutsches Kolonialprodukt. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Gesellschaft nicht allein schon durch diese Mischung, und die fälschliche Bezeichnung mit Kamerun-Kakao, gegen das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs (seltene Angabe über die Art des Bezuges §§ 1 und 4) verstößt. Die alleinige Verarbeitung der Kamerunbohne würde ein ungenügendes Fabrikat ergeben, aber nichts bindert die Gesellschaft, das gelieferte Fabrikat richtig als eine Mischung zu benennen. Unter Fachleuten ist es ja längst kein Geheimnis mehr, daß die in unseren deutschen Kolonien geerntete Kakaobohne ohne Vermengung mit einer anderen charaktervollen Bohne zur Kakaopulver-Fabrikation wenig verwendbar ist.

Die Kamerun-Kakao-Gesellschaft ist ja auch nicht zur Hebung unserer Kolonien gegründet worden, sondern sie dient den rein persönlichen Interessen der Gesellschafter. Aus Grund eines Vertrages,

den die Kamerun-Kakao-Gesellschaft mit der Kamerun-Plantagen-Gesellschaft geschlossen hat, bezieht die letztere einen um 7 1/2 Pfennige pro Pfund höheren Preis, als der Marktpreis jeweilig ist, für die minderwertigen Kakaoprodukte. Aus 2 Pfd. Bohnen wird zirkel 1 Pfd. Kakaopulver hergestellt; der deutsche Konsument bezahlt also für seinen Patriotismus und für seine Kolonialfreude zunächst eine Steuer von 15 Pfennigen pro Pfund, und zwar an eine Anzahl reicher Plantagenbesitzer. Die Gesellschafter der Plantagen-Gesellschaft erhalten aber 5 pSt. Zinsen auf ihr Kapital und 12 1/2 pSt. vom Reingewinn der Kamerun-Kakao-Gesellschaft. Eine bessere Verzinsung können sich die Herren Jaugen, Thormählen u. Dollmann nicht wünschen, umso mehr, als sie auch gleichzeitig als Gesellschafter der neuen Gründung am Gewinn theilhaftig sind.

Der Artikel schildert ferner, daß die Fabrikation, die in Offensen stattfindet, ebenfalls sehr thener eingerichtet ist und stellt alsdann einen Vergleich des „Kamerun-Kakao“-Preises mit dem Preise eines gleichwertigen Kakaopulvers aus Bahiabohnen an. Letzteres kostet danach 1,80 M., so daß der Detailhändler das Pfund für 2 M. verkaufen kann, während er den Kamerun-Kakao zu diesem Preise selbst einkaufen muß.

Kein Detailhändler, so schlußfolgert das von uns zitierte Fachblatt, der sich insolge unserer Darlegungen von der Kamerun-Kakao-Gesellschaft abwendet, wird dadurch sein patriotisches Gewissen beschweren fühlen; denn es ist wahrhaftig keine patriotische That, den reichen Plantagenbesitzern und den Gründern Extravorteile auf Kosten der Konsumenten zuzuführen.

**Oesterreich.**

— Im Abgeordnetenhaus protestirten heute die deutschen Parteien und die Sozialdemokraten in formellen Erklärungen gegen die Handhabung der Geschäftsordnung durch die beiden Vizepräsidenten, denen hinwiederum die Majorität ein Vertrauensvotum gab.

— Ein neuer „kranker Mann“. „Jetzt, wo die Türkei gezeigt hat, daß sie nicht ganz so krank ist, als ihr nachgesagt wurde, ist ein anderer Staat gekommen, der den „kranken Mann“ am goldenen Horn ablösen zu wollen scheint, nämlich Oesterreich.“ Also schreibt eins der bekanntesten englischen Wochenblätter. So ganz unrecht hat's nicht. Aber wir kennen noch verschiedene andere „kranker Männer“.

Wien, 1. Juni. Das gestern angekündigte Kartellgesetz ist heute im Abgeordnetenhaus eingebracht worden.

**Schweiz.**

Bern, Ende Mai. (Sig. Ver.) Das einen Akt der Freivolität darstellende Initiativgesetz eines Theiles der Freisinnigen auf Wiedererschaffung der kaum eingeführten kommunalen Proportionalwahl hat im Großen Stadtrath (Stadterordneten) mit 28 gegen 18 Stimmen Annahme gefunden. Nun hat darüber noch die gesammte stimmberechtigte Bürgerchaft der Bundesstadt zu entscheiden, welche Abstimmung auf den 27. Juni festgesetzt ist. Das Vorgehen der „Freisinnigen“ ist alles andere aber als „Freisinnig“. — Die Bundesversammlung hat im vorigen Jahre beschlossen, den Soldaten zur Verbesserung der Verpflegung 10 Cts. pro Tag mehr zu geben, was den Betrag von 105 000 Fr. pro Jahr ausmacht. Es dürfte im Auslande interessieren, wie nun die Verpflegung des schweizerischen Wehrmannes in der Kaserne ist. Nach einem Berichte über die Verpflegung der Rekruten in Luzern, der durch die Presse geht bleiben Brot (750 Gramm täglich) und Fleisch (320 Gramm) Lieferungen gleich, wie früher, auch das Frühstück besteht wie vorher aus Milchkafee und Weißbrot. Dazu kommt in der zweiten strengeren Hälfte der Schula eine tägliche Ration. Das Mittagessen weist nicht mehr allein den ehwürdigen „Spag“ mit Fleischsuppe auf; eine möglichst große Abwechslung ist eingeführt. Montag: Brotsuppe und Spag (Fleisch); Dienstag: Hafersuppe und Spag; Mittwoch: Ragout mit Macaroni; Donnerstag: Brotsuppe und Spag; Freitag: Gerstensuppe und Spag; Sonnabend: Brotsuppe und Spag; Sonntag: Gulasch mit Kartoffeln. Auch die Abendsuppe erhält manche Zuthat, so z. B. geschwefelte Kartoffeln oder eine Bursch. Die Wachmannschaft bezieht zudem noch eine Extraverpflegung. Man darf dreist behaupten, bemerken die Blätter dazu, daß 90 pSt. aller Rekruten zu Hause ein weniger gutes Essen haben. Es gibt aber auch keine fremde Truppe, die nur annähernd so reichlich genährt wird. — Das letztere dürfte richtig sein und das erstere auch, nur ist der guten kapitalistischen Presse nicht zum Bewußtsein gekommen, welche scharfe Urteil sie damit über die Lebenshaltung der Arbeiter fällt, die sich bei jeder, elf- und zwölfstündiger Arbeitszeit wegen unzureichendem Verdienste nicht die einfache und kräftige Hausmannskost bieten können, wie sie die Soldaten in der Kaserne erhalten. Da muß das Streben der Arbeiter nach Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse ebenso berechtigt wie notwendig sein!

**Frankreich.**

Paris, 1. Juni. In Kammerkreisen wird versichert, daß sofort nach der Kauf-Privilegiumsfrage die Beratung der Kredite für den Bau neuer Kriegsschiffe beginnen soll. Der größte Theil der Kredite würde für die Erbauung von Kreuzern verwendet werden.

Paris, 1. Juni. Die Opposition wird in der Kammer eine Reduktion des Kredits von 14 842 Franks, welchen der Finanzminister gestern eingebracht hatte, um die Kosten der Fete in der Notre-Dame-Kirche zu decken, beantragen. Der Antrag der Opposition spricht einen direkten Tadel für den Präsidenten der Republik aus, welcher persönlich dieser Fete beigewohnt hat.

Paris, 31. Mai. Der Senat nahm in seiner heutigen Sitzung einen Gesetzentwurf an, welcher eine Zollabgabe auf Blei und Bleierze festsetzt. Handelsminister Boucher vertheidigte den Entwurf, indem er auf den Stand der Technik in Deutschland hinwies, welches bedeutende Bleibergwerke besitzt und sich anschickte, die alten verlassenen Minen in Lothringen wieder abzubauen.

Paris, 30. Mai. (Sig. Ver.) Die Bedeutung der gestrigen Kammerführung liegt in dem offenen Abfall eines Theiles der Opportunisten vom Kabinett Meine. Es war ein einziges Schauspiel in seiner Art, eine Regierung von einem hervorragenden Mitglied ihrer Mehrheit angegriffen zu sehen. Der Interpellant Delcassé, der — man denke! — im Kabinett Dupuy Minister war, erklärte Meine's Politik für reaktionär! Im Inneren warf er der Regierung vor die Bekämpfung der kirchlichen Elemente und den Verzicht auf jede Reform, um sich die Unterstützung der kirchlich-monarchistischen Kräfte zu erhalten; auf dem Gebiete der auswärtigen Politik machte er die Regierung für die Demüthigung Frankreichs im Orient verantwortlich. Herr Meine vertheidigte sich wie immer mit den Waffen der letzten Denkelei. Er, der Hauptbänger der Großbourgeoisie, dessen eigentliches Mißion darin besteht, jede Reform zu vereiteln oder mindestens zu verpuffen, suchte das von ihm gewollte Glas aller Reformen und namentlich der Steuerreform auf die Opposition abzuwälzen. Eine unfreiwillige Aufrichtigkeit zeigte der Ministerpräsident nur in der offenen Proklamirung seines Bundes mit der kirchlich-monarchistischen Kräfte zum Zwecke der Gesellschaftsrettung. ... Zudem auf die Argumente von haben und drüben kommt es nicht weiter an. Selbst der Umstand, daß aus der Mitte der Kammer nur Abgeordnete der Rechten für das Ministerium eintraten und daß einer derselben geradezu erklärte, die Rechte unterstütze das Ministerium, weil dessen Politik ihrem Programm am nächsten liege, — übte auf das thatsächliche Ergebnis der Abstimmung keinen Einfluß aus. Die geldoch-republikanische und monarchistisch-kirchliche Koalition hielt im Namen der gemeinsamen Klasseninteressen auch diesmal treu zusammen. Die ministerführende Resolution Delcassé's forderte die Kammer auf zur Einweisung einer neuen Politik, beruhend auf dem Bunde der Republikaner, zum Zwecke der Befriedigung der gerechten Forderungen des allge-

meinen Wahlsrechts“. Diese Resolution, deren Annahme den Sieg der radikal-opportunistischen Wiederverföhrung, unter Ausschluß der Rechten und der äußersten Linken, bedeuten würde, wurde mit 274 gegen 239 Stimmen verworfen. Der teilweise Abfall der linksstehenden Opportunisten hat also nur ein Zusammenstürzen der Regierungsmehrheit zur Folge gehabt. Ist aber das Kabinett nunmehr bis zu den allgemeinen Kammerwahlen vor jeder Attacke gesichert? Die Meinungen sind darüber sehr getheilt. Das moralische Ergebnis der Sitzung ist unzweifelhaft eine schwere Niederlage für die Regierung. Deren materieller Erfolg wird vielfach — wohl mit Recht — dem Umstand zugeschrieben, daß Delcassé's Interpellation in unglücklichem Zusammenhang mit derjenigen über den Bagarbrand des 4. Mai und die dadurch veranlaßte kirchliche Aktion der Regierung stand. Mehrere oppositionell gesinnte Abgeordnete nahmen Anstand, aus der Katastrophe politisches Kapital zu schlagen.

**England.**

— Das Unterhaus nahm die dritte Lesung der Bill an, durch welche den bedürftigen Volksschulen Staatshilfe gewährt wird.

**Italien.**

— Die Haltung Italiens in der türkisch-griechischen Streitfrage beschäftigte am Montag die Kammer. Imbrani hatte eine entsprechende Interpellation eingebracht. Er führte aus, Griechenland sei gezwungen gewesen, einen ungleichen Kampf zu führen; er bedauere, daß die italienische Regierung sich den hohen Idealen untreu gezeigt habe, welche den Daseinsgrund Italiens gebildet hätten. Der Minister des Aeußeren Marchese Visconti-Venosta führte in Veantwortung der Interpellation aus, das Kongert der Mächte habe Europa eine Sicherheit gegeben, welche dieses sonst nicht gehabt hätte. Dasselbe habe zwar nicht den griechisch-türkischen Konflikt, aber die europäische Gefahr beschworen. Die Mächte hätten namentlich die Absicht, durch ihre Vermittelung die Folgen des Krieges zu mildern und für Kreta eine ihrem früheren Erklärungen entsprechende Regierungsform zu schaffen. Imbrani erklärte hierauf, daß ihn die Antwort des Ministers nicht befriedige und daß er sich die Einbringung eines Antrages vorbehalte.

— Acciarito soll, wie englischen Blättern gemeldet wird, doch Mithäter gehabt haben, deren Verhaftung bevorstehe.

**Rußland.**

— Ueber die Vorgänge in der Petersburger Arbeiterbewegung während der letzten Zeit erhalten wir die folgende Mittheilung:

Der im Januar d. J. in Petersburg ausgebrochene Massenstreik hatte zur Folge, daß die Regierung sich veranlaßt sah, die schon nach dem im Sommer des vorigen Jahres stattgefundenen Streik der Petersburger Weber und Spinner begonnene Ausarbeitung eines Gesetzes, durch welches die Arbeitszeit geregelt werden soll, zu beschleunigen. Andererseits haben die Petersburger Baumwoll-Fabrikanten ihren Arbeitern bekannt gemacht, daß sie vom 28. (16.) April an den Arbeitstag in ihren Betrieben auf 11 1/2 Stunden beschränken würden. Die Befürchtung neuer Unruhen hat nun die Petersburger Fabrikanten bewegen, das Wort, welches sie den Arbeitern gegeben haben, einzulösen. Vom 28. (16.) April an ist in den Petersburger Baumwollmanufakturen der 11 1/2stündige Arbeitstag eingeführt — es wird von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends mit 1 1/2stündiger Unterbrechung gearbeitet. Früher dauerte die tägliche Arbeitszeit 13 bis 15 Stunden. Die Verkürzung der Arbeitszeit wurde von einer Erhöhung der Lohnsätze begleitet. Allerdings fand diese nicht in dem Maße statt, daß der insolge der Verkürzung der Arbeitszeit entstehende Lohnverlust vollständig ausgeglichen wird.

Der von der Regierungskommission ausgearbeitete Gesetzentwurf bestimmt, daß die Arbeitszeit für die Arbeiter der Metallindustrie auf 10 1/2, für die Arbeiter der Baumwollindustrie auf 11 1/2 und für die Arbeiter der anderen Industrien auf zwölf Stunden beschränkt wird. Dieser Entwurf muß noch von dem Staatsrath durchberathen werden.

Da die Fabrikanten ihr Wort gehalten haben, kam es nicht zu dem Ende April in Petersburg erwarteten neuen Massenstreik. Nur auf der „Neuen Baumwollspinnerei“ kam es zu einem Streik, weil die Arbeiter eine größere Erhöhung der Lohnsätze verlangten, als von der Fabrikdirektion durchgeföhrt wurde. Die Polizei benahm sich gegenüber den Streikenden sehr brutal, sämtliche Arbeiter der Spinnerei — gegen 3000 — sind aus Petersburg ausgewiesen worden, doch durften sie später alle wieder nach Petersburg zurückkehren und sind in derselben Fabrik wieder angenommen worden.

Der seit kurzer Zeit in Petersburg ankommende Gendarmen-Offizier Piramidow, welcher sich der Regierung dadurch empfohlen hatte, daß er in Odessa das Gefängniß mit politischen Gefangenen überfüllt hatte, erklärte bei seinem Petersburger Amtsantritt, er würde keine Verbreitung von Flugblättern in Petersburg mehr dulden und bis zum 1. Mai würde er unseren Genossen alle Vertriebsapparate wegnehmen. Doch mußte er es erleben, daß zum 1. Mai unsere Genossen außer den in Genf erschienenen Raifschriften 4000 in Petersburg hergestellte Flugblätter unter den Arbeitern verbreitet haben. In der in Petersburg hergestellten Raifschrift wird der 28. April, an welchem die Arbeitszeitverkürzung in den Petersburger Fabriken durchgeföhrt wurde, als der Tag eines großen Sieges der Arbeiterschaft über das Unternehmertum gefeiert und die Zuversicht ausgesprochen, daß die Petersburger Arbeiterschaft nunmehr ihre Kräfte zum weiteren Kampfe, zum Kampfe um das Streik-, Versammlungs- und Vereinsrecht, um die Rede- und Pressefreiheit sammeln werden. Und der in der ersten Nummer des in Petersburg mittels eines Mimeographen hergestellten „Petersburger Arbeiterblattes“ enthaltene Artikel über den Gesetzentwurf betreffend die Regelung der Arbeitszeit schließt mit den Worten: „Die Verkürzung der Arbeitszeit, welche durch den heldenmüthigen Kampf der Petersburger Arbeiter für die gesammte russische Arbeiterklasse errungen ist, wird ihr nun neue Kräfte für einen neuen Kampf geben. Kämpft Euch selbst und die anderen auf, organisiert Euch selbst und die anderen, Genossen und Ihr werdet dann von einem Siege zu dem anderen schreiten!“

**Serbien.**

Belgrad, 31. Mai. Ein morgen erscheinender Ukas wird die Mahlen zur Staatschina auf den 4. Juli anordnen und die Slupschina auf den 11. Juli einberufen.

**Sien.**

— Chinesische Anleihe. Nach einer Meldung der „Times“ aus Hongkong soll das belgische Syndikat es übernommen haben, eine Anleihe von 90 Millionen Mark anzuföhren. Dasselbe hätte dafür das ausschließliche Privilegium der Beschaffung von Eisenbahn-Material und der Anstellung von Ingenieuren für den Bau aller künftig zu bauenden wichtigen Bahnliesen erhalten. Das Syndikat werde unter chinesischer Kontrolle stehen.

**Polynesien.**

Honolulu, 24. Mai. (N. Y. Sun.) Die Regierung von Hawaii hat den japanischen Gesandten davon benachrichtigt, daß sie von ihrem Standpunkte in der japanischen Einwanderungsfrage nicht zurückweichen werde.

**Partei-Nachrichten.**

Ein eigenartiges Jubiläum feiert heute in Leiden (Neth) in Volkstein einer unserer ältesten Parteigenossen, Claus Koopmann. Am 2. Juni 1872 wurde für ihn ein Schiff vom Stapel gelassen, das unter Mitwirkung der Parteigenossen Winter und Reimers aus Hamburg und in Gegenwart von mehreren tausend Personen den Namen „Passate“ erhielt. Der „Neue Sozial-

demokrat" in Berlin widmete damals der Begebenheit einen eigenen Artikel.

25 Jahre sind heute seit jenem Tage vergangen. Mancher schwere Sturm ist in den vielen Jahren über das Schiff dahin geblieben, wie in diesem langen Zeitraum die sozialdemokratische Partei Sturm auf Sturm zu bestehen hatte. Fest und treu wie sie ist auch Claus Koopmann geblieben.

Die Parteigenossen von Leidenschaft werden aus Anlass des Jubiläums eine Festlichkeit veranstalten, dem alten Kämpfer zu Ehren. Möge er der Partei noch viele Jahre erhalten bleiben und aus den tosenden Fluten des Klassenkampfes der Gegenwart noch austauden sehen die Küste des glücklichen Landes, das der Sozialismus sucht und wohin den Weg gezeigt hat, neben Marx, Engels und anderen Vorkämpfern, ihn und begeisternd einst Ferdinand Lassalle.

Die belgischen Gewerbegerichts-Beisitzer halten am 5. September in Brüssel einen Kongress ab.

**Totenliste der Partei.** In Brunnhagen bei Lüdenscheid in Westfalen ist der Partei-Vertrauensmann Bergarbeiter Wohlfahrt aus dem Leben geschieden.

#### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

In Planitz bei Weiden i. S. ist der Wahlverein aufgelöst worden. Mit ihm sank der letzte derartige Verein im 40. ländlichen Landrats-Wahlkreis dahin. Die Auflösung wird damit begründet, daß der Verein seine Satzungen wiederholt überschritten habe. Das Statut schreibt vor: § 1: Zweck des Vereins ist: Teilnahme an allen vorkommenden und öffentlichen Wahlen. § 2: Dieser Zweck soll erreicht werden durch Versammlungen, Vorträge, Förderung allgemeiner Kenntnisse und Besprechung aller damit zusammenhängenden Angelegenheiten. — Die Behörde hat nun z. B. eine Uebersetzung der Satzungen darin gefunden, daß in einer Vereinsversammlung der Landrats-Abgeordnete Stelle in seinem Vortrag die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit berührt; die Behörde behauptet, daß diese Frage mit dem Vereinszweck in keiner Verbindung bestehe. Seit langen Jahren fordert aber die Arbeiterchaft gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, die nur durch Wahl solcher Abgeordneten erreicht wird, die auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehen. Deshalb gehört die Besprechung der Verkürzung der Arbeitszeit selbstverständlich zu den Aufgaben eines Arbeiterwahlvereins.

Die „Oberfränkische Volkszeitung“ in Hof schreibt: Vom Strafrichter scheinen wir nicht loskommen zu sollen. Genosse Landold, der früher verantwortl. zeichnete, wird sich wegen Verleumdung des Pfarrers Dümmler von Schwarzenbach a. W. vor dem nächsten Schwurgericht zu verantworten haben, und schon ist wieder Klage gegen den Genossen Städler erhoben, der den Kantor Kießling von Schwarzenbach a. S. beleidigt haben soll.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgebung.

**Achtung, Gewerkschaften!** Um den für den 9. Juni abzuhaltenden Versammlungen, in welchen gegen das neue Vereinsgesetz Stellung genommen werden soll, einen einheitlichen Charakter (Kollektiv-Inserat, Anleihenanschlag etc.) zu geben, werden die Einberufer der Branchen bzw. Gruppenversammlungen ersucht, bis spätestens den 4. Juni die Besale und event. die Referenten dem Unterzeichneten bekannt zu geben. Die polizeiliche Anmeldung der Versammlungen hat durch die einzelnen Einberufer selbst zu geschehen. Berliner Gewerkschafts-Kommission, Annenstraße 16. J. A.: H. Millarg.

#### Deutsches Reich.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ erörtert in Nr. 22 vom 31. Mai in einem Artikel „Tarife und Tarifgemeinschaft im gewerkschaftlichen Kampfe“ die Frage, ob gegen die Buchdruckerorganisation von mancher Seite erhobene Vorwürfe, sie sei hirsch-dunder'sch, berechtigt ist oder nicht. Das „Correspondenzblatt“ schreibt darüber u. a.:

„Abgesehen davon, daß die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschafts-Organisationen den im Wesen der modernen Produktion liegenden Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit erkennen und rücksichtslos anerkennen, werden sie zu Vereinbarungen mit den Unternehmern nur dann kommen, wenn sie sich durch den wirtschaftlichen Kampf eine Machtposition und die Gleichberechtigung errungen haben. Das ist der tiefe Gegensatz, der uns von den Hirsch-Dunder'schen Organisationen trennt.“

„Über jede Gewerkschaftsorganisation, welche, nicht von dem Grundsatz ausgehend, daß harmonische Interessen zwischen Kapital und Arbeit vorhanden sind, sondern auf Grund der durch langjährige Kämpfe erworbenen Machtposition zu Tarifvereinbarungen mit den Unternehmern kommt, wird nicht als von „Hirsch-Dunder'schen“ Harmoniegedanken angehaftet zu betrachten sein, ganz gleichgültig, ob die jeweilig getroffenen Vereinbarungen den Wünschen aller Mitglieder der Organisation, oder den noch im Kampf um die Anerkennung der Organisation seitens der Unternehmer stehenden Arbeiter entsprechen.“

Das „Correspondenzblatt“ bringt dann einen Abriss der Streiks, die die Buchdrucker seit dem Jahre 1848 geführt haben, und sagt hierauf:

„Über die Bedingungen der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker selbst ein Urteil zu fällen, halten wir uns nicht für berechtigt. Es ist Sache der Organisation, über den Inhalt der Vereinbarungen zu entscheiden, und sie hat auf der Generalversammlung, die im Juli 1896 in Halle an der Saale stattfand, sich für diese Tarifgemeinschaft mit 45 gegen 22 Stimmen entschieden. Sache derjenigen, welche es mit der Organisation gut und ernst meinen, ist es, in ihr und mit ihr dahin zu wirken, daß die den Arbeitern ungünstigen Bedingungen bei der nächsten Vereinbarung oder durch einen Kampf beseitigt werden und nicht durch Zwiespalt in der Organisation das Uebergewicht der Unternehmer dauernd und wenigstens für längere Zeit aufrecht zu erhalten. Die im Tarif enthaltene lange Kündigungsfrist für die Aufhebung desselben ist an sich der Organisation nicht vorteilhaft, kann aber als Argument gegen diese Tarifgemeinschaft nicht ins Feld geführt werden, weil in anderen Berufen, die keine Tarifgemeinschaft haben, Streiks und Lohnbewegungen oft in gleicher oder noch längerer Frist von den Arbeitern angekündigt oder unter den Augen der Unternehmer vorbereitet werden.“

Allgemein können wir bemerken, daß wir Tarifvereinbarungen mit den Unternehmern, welche aus der durch wirtschaftliche Kämpfe, oder durch die Stärke der Organisation herbeigeführten Machtposition entspringen, als einen Punkt weiterer Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung betrachten. Bis jetzt ist es außer den Buchdruckern noch keiner Organisation gelungen, solche für ganz Deutschland gültigen Tarife oder Tarifgemeinschaften herbeizuführen. Für einzelne Orte sind aber auch für andere Berufe solche Vereinbarungen für längere oder kürzere Zeit und mit entsprechenden Kündigungsfristen geschaffen worden. Die Organisationen werden durch fortgesetzte Kämpfe die Anerkennung der Gleichberechtigung seitens der Unternehmer erringen. Mit dieser Anerkennung aber wird folgerichtig auch der Boden für Unterhandlungen, Vereinbarungen und Schiedsgerichte gegeben. Die Gewerkschaften, getragen von dem Geiste der modernen Arbeiterbewegung, streben dahin, eine Macht im wirtschaftlichen Kampfe zu werden und von Macht zu Macht mit dem organisierten Unternehmertum zu unterhandeln und zu Vereinbarungen und Tarifgemeinschaften zu kommen. Das wird aber weitere Kämpfe nicht ausschließen, wie dies auch die Geschichte der englischen Gewerkschaften und die Geschichte der Buchdrucker-Organisation andeuten. So lange die bürgerliche Gesellschaft, so lange die moderne Produktionsweise

bestehen, werden die wirtschaftlichen Kämpfe, mit oder ohne zeitweilige oder dauernde Tarifgemeinschaft oder Vereinbarungen, nicht aufhören. Organisationen, welche diesen Standpunkt nicht vertreten, sind verurteilt, zu Grunde zu gehen oder einflußlos dahinzuevegetieren. Demgegenüber steht, gerade vom Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung, das Vorgehen gegen Organisationen nicht angebracht, welche durch Jahrzehnte hindurch geführte Kämpfe den Nachweis geführt haben, daß sie nicht nach „Hirsch-Dunder'schem“ Muster, sondern durch die in der Natur des gewerkschaftlichen Kampfes liegenden Bedingungen zu Tarifvereinbarungen kommen, selbst wenn diese nicht den Wünschen aller interessierten Kreise entsprechen.“

**Au die Arbeiter Deutschlands!** Der Ausstand der Textilarbeiter der Zuteppinnerei und Weberei Bremen dauert fort. Beteiligt sind weit über 1000 Personen. Der Unterzeichnete sowie das Bremer Gewerkschaftskomitee haben dem Ausstand ihre Zustimmung erteilt. Wir ersuchen die Arbeiterchaft, besonders die der Textilindustrie, den kämpfenden Bremern moralisch wie finanziell nach Kräften zur Seite zu stehen. Der Zentralvorstand deutscher Textilarbeiter.

**Ueber den Tischlerstreik in Moskau** ist zu berichten: Von den 28 aus Berlin herbeigezogenen Tischlern sind 24 wieder abgereist, nachdem sie über die Sachlage unterrichtet waren. Man hatte ihnen gesagt, der Streik sei beendet. Zugung ist streng fernzuhalten.

**Auf eine Eingabe der Hirschburger Eisenarbeiter** an die dortige Handelskammer zum Zweck der Erreichung eines festen Lohns hat die Kammer in der letzten Sitzung zur Prüfung der Angelegenheit eine Kommission aus den beteiligten Rhedern gewählt.

**Die Zimmerer Hannovers** haben ihre Forderungen von 43 Unternehmern bewilligt bekommen. Ausständig sind, nachdem 78 Mann den Ort verlassen haben, noch 52 Mann. Im ganzen sind bis jetzt 895 Arbeiterinnen ausgegeben. 164 Zimmerer beteiligten sich nicht an der Bewegung.

**In Minden** in Westfalen sind am 31. Mai die Maler in einen Lohnkampf eingetreten. Sie fordern 10 stündige Arbeitszeit, 35 Pf. Stundenlohn, 25 pCt. Zuschlag für Ueberstunden und Sonntagarbeit, Wegfall der Aftorarbeit und der Kündigung, Unterlassung von Maßregelungen, Anerkennung des Arbeitsnachweises der Gehilfen. Zwei Meister haben bewilligt. Im Streik stehen bis jetzt 25 Maler. Da die Meister Arbeitskräfte von außerhalb kommen lassen wollen, wird um so dringlicher gebeten, den Zugung fern zu halten. Briefe und Gelder sind zu senden an H. Weip in Minden i. W., Königswallstr. 33.

**Von den Tischlern Magdeburgs** stehen noch 130 Mann im Streik, nachdem im Laufe der vorigen Woche 28 abgereist sind und 85 bei fünf Unternehmern bewilligt bekommen haben. Im ganzen sind nun in 42 Werkstätten die Forderungen durchgesetzt.

**Die Bildhauer Sachsens** halten ihre diesjährige Wanderversammlung am 22. und 23. August in der Goldenen Krone in Leipzig-Könnewitz ab.

**Der Holzarbeiterstreik in Geringswalde i. S.** ist, wie die „Leipz. Volksztg.“ mitteilt, beendet, und zwar durch Vermittlung der Anstaltsgewerkschaft. Zwischen Fabrikanten und Arbeitern wurde in einer gemeinschaftlichen Sitzung ein Vergleich abgeschlossen, der im wesentlichen folgendes besagt: Am Montag soll die Arbeit wieder aufgenommen werden. Die Streikenden werden bis auf zwei, die freiwillig auf ihre WiederEinstellung verzichteten, wieder eingestellt. Keinem Arbeiter darf aus seiner Zugehörigkeit zum Holzarbeiterverband ein Nachteil erwachsen. Eine Kommission der Arbeiter und eine der Fabrikanten soll den in anderen Orten der Gegend gezahlten Stücklohn ermitteln und der so ermittelte Durchschnittslohn soll dann in Geringswalde eingeführt werden. Wahrscheinlich wird sich dadurch eine Erhöhung der Löhne um 15 bis 20 pCt. ergeben. In den vier großen Fabriken soll ein Arbeiterauschuss gewählt werden. Den Drechsleern wird das Handwerkszeug von den Fabrikanten geliefert, den Bildhauern wird das Handwerkszeug von den Fabrikanten gegen etwaige Zerstörung versichert. Die Arbeiter dagegen versprechen, nach Möglichkeit für guten Zugung von geeigneten Arbeitskräften Sorge zu tragen.

**In Gera** ist sämtlichen Arbeitern der Leppichweberei von Halper u. Co. gekündigt worden, weil sie einen Subotnik vorgeliegt hatten, der angeblich vollständig unannehmbar sein soll. Die Forderungen waren gestellt als Antwort auf eine Lohnreduktion.

#### Ausland.

**Zu der Fahrradfabrik „Turnia“** in Turn bei Tepliz in Böhmen haben sämmtliche Arbeiter wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Der Chef der Firma, Franz Schubert, weigert sich, überhaupt in Verhandlungen zu treten. Er stellt, genügend Arbeitskräfte aus Deutschland, besonders Sachsen, heranziehen zu können. Die Ausständigen richten deshalb an alle Schlosser, Dreher, Monteure und Schleifer im Deutschen Reich das dringende Ersuchen, den Zugung fern zu halten.

**Das schweizerische Arbeitersekretariat in Zürich** hat seinen Jahresbericht für 1896 veröffentlicht, der diesmal nicht mehr wie früher auch besondere Arbeiten enthält, da solche nunmehr gesondert publiziert werden sollen. Außer dem Berichte des Zentralbureaus machen auch die Adjunkten in Biel (Reimann) und Genf (Peritier) über ihre Thätigkeit interessante Mitteilungen. Die Jahresausgaben betragen 25 840 Fr., wovon 15 580 Fr. Befehlsungen. Die im September in Genf eröffnete Arbeitsbörse erhielt bis Ende 1896 2158 Arbeitsgesuche, 489 Nachfragen und vermittelte 224 Arbeiter. Genosse Peritier macht verschiedene Mitteilungen über die Arbeitsverhältnisse in der welschen Schweiz und namentlich über die Arbeitslöhne, die sehr ungünstig sind. So erhalten in Freiburg die Zimmerleute Tagelöhne von 3—4 Fr., in den dortigen Düngerfabriken betragen die Tagelöhne 2,25—3 Fr. In St. Croix (Waadtland) erhalten die Aufschlagarbeiter Löhne von 2,50—4 Fr. u. s. w. Der Gründung von Gewerkschaften leisten die Fabrikanten, die aus „lauter Demokratie“ Federalisten sind und alles bekämpfen, was von Vernunft, den heftigsten Widerstand. Trotzdem vermehren sich die Arbeiterorganisationen stetig. In der Zigarettenindustrie erhalten die Arbeiterinnen Tagelöhne von 1—1,50 Fr., selbst Männer müssen für 1,50—2 Fr. arbeiten. Die höchsten Löhne betragen 3—4 Fr. In diesen kapitalistischen Paradiesen haben unabhängig gestellte Arbeiterführer frucht- und dauerbare Wirkungselder. Dasselbe ist im Kanton Tessin der Fall, der ebenfalls einen italienisch sprechenden Adjunkten erhalten soll.

**Aus Dänemark.** Der Schneiderstreik in Kopenhagen ist beendet. Er bezweckte die allgemeine Einrichtung von Betriebswerkstätten, was nicht gelungen ist. Der Streik begann am 1. April, hat also jetzt acht Wochen gedauert und umfaßte über 1000 Schneider, von denen jedoch 200 bei Meistern Arbeit fanden, die Werkstätten eingerichtet haben. Circa 800 Schneider haben Kopenhagen verlassen.

**Der Student-Streik in Kopenhagen** ist ebenfalls zu Ende. Am 1. Mai hatten die Studenten die Arbeit niedergelegt, weil die Meister den bisher gültigen Tarif gekündigt hatten und Arbeit zu niederen Preisen verlangten. Die Meister haben schließlich im großen ganzen den alten Tarif wieder anerkannt.

**In Stubbekjøbing** auf Falster sind in letzter Zeit mehrere Fachvereine gegründet worden. Nun haben die Unternehmer allen Arbeitern, die den Organisationen beigetreten sind, gekündigt, falls sie nicht ihren Austritt aus der Organisation erklären.

### Soziales.

**Krankenkassenwesen.** Der Kranke- und Sterbekasse deutscher Gastwirtsgehilfen (G. G.) zu Berlin ist vom Reichsanwalt von neuem die Bescheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügt.

**Die freie Vereinigung von Krankenkassen im Großherzogthum Hessen** hielt am 31. Mai zu Bad Nauheim ihre fünfte Generalsammlung ab. Vertreten waren 68 Krankenkassen durch 101 Delegirte. Als Vertreter der Regierung waren Regierungsrath Dr. Dieck und Rechnungsrath Jeller von der Landesversicherungs-Anstalt in Darmstadt anwesend. Nach dem Bericht des geschäftsführenden Ausschusses umfaßt der Verband jetzt 40 Orts-, 20 Betriebs- und 3 Zunftkassen mit 65 870 Mitgliedern. Ueber die Uebernahme des Heilverfahrens durch die Landesversicherungs-Anstalt nach § 12 des Gesetzes vom 22. Juni 1889 referierte Regierungsrath Dr. Dieck. Es handelt sich hier um diejenigen Kranken, denen bei raschem Eingreifen im ersten Stadium der Krankheit, besonders bei Lungen- und tuberkulose, durch rechtzeitige Unterbringung in geeigneten Heilanstalten noch Rettung gebracht werden kann. An der Hand von Zahlen wies er nach, daß in den letzten Jahren einem immer größeren Prozentsatz solcher Kranken Heilung gebracht worden ist, leider habe aber noch immer eine große Zahl zurückgewiesen werden müssen, deren Krankheit schon zu weit vorgeschritten gewesen sei. Die Kassen möchten bei den Kassen stetig auf frühzeitige Ueberweisung hinwirken. Bezüglich der im Reichstag vorliegenden Novelle zum Unfall-Versicherungsgesetz wurde beschlossen, eine Petition an Reichstag und Bundesrath zu richten, worin die Forderung aufgestellt werden soll, daß alle Kosten vom ersten Tage des Unfalls von den Berufsgenossenschaften an die Krankenkassen zurückgeführt werden sollen. Weiter beschloß die Versammlung einstimmig, in einer Petition an den hessischen Landtag den von den sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten gestellten Antrag auf Errichtung einer Landes-Lungenheilanstalt zu unterstützen. Als Sitz des geschäftsführenden Ausschusses wurde Worms wiedergewählt und zum Ort der nächsten Generalsammlung Michelstadt im Odenwald bestimmt.

**Selbstmordchronik.** Man schreibt uns: Die letzten für die Erwerbsverhältnisse günstigeren Jahre haben eine Abnahme der Selbstmorde zugeführt. Im Jahre 1896 endeten in Preußen insgesamt 6174 Personen durch Selbstmord. Das macht auf je 100 000 Lebende 19 Selbstmorde, während in den vorhergehenden vier Jahren 21 auf 100 000 gezählt wurden. Daß man diese Abnahme ausschließlich auf das Konto der verbesserten Geschäftslage zurückführen darf, geht daraus hervor, daß die Abnahme nur die Männer betrifft, die Selbstmordopfer der Frauen aber dieselbe geblieben ist. Die Männer sind eben heute in der überwiegenden Mehrzahl doch noch die Erwerbenden, die den Kampf um die Existenz am unmittelbarsten anzusehen haben; so werden sie auch von den Verbesserungen oder Verschlechterungen des Arbeitsmarktes oder der Geschäftslage am härtesten beunruhigt. Von je 100 000 Männern endeten in den vorhergehenden Jahren 33—34 durch Selbstmord, 1896 dagegen nur 31. Wenn sich dagegen im Jahre 1896, ebenso wie seit einer langen Reihe von Jahren, von je 100 000 Frauen 8 das Leben nahmen, so darf man dieses Gleichbleiben der Selbstmordziffer daraus zurückführen, daß bei den Frauen häufiger Lebensschwierigkeiten, körperliche Leiden, Geisteskrankheiten und dergleichen zum Selbstmord führen, als wirtschaftliche Ursachen. — Die meisten Selbstmörder scheiden durch Erhängen, Ertrinken, Erschießen und Vergiften aus dem Leben. Von hundert männlichen Selbstmördern haben zwischen 60 und 67 den Tod durch Erhängen gesucht, 12 bis 16 sich erschossen, 12 bis 14 sich ertränkt und 1 bis 3 sich vergiftet. Von 100 Frauen unter den Selbstmördern hat ebenfalls die größte Anzahl die Todesart des Erhängens gewählt, nämlich fast die Hälfte; 34 bis 41 haben den Tod im Wasser gesucht, und ungefähr 10 haben sich vergiftet.

### Depeschen und letzte Nachrichten.

**Solingen, 1. Juni.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die unleidlichen Fäulereien unter unseren Genossen haben denselben bei den heutigen Stadtverordneten-Wahlen wieder eine Niederlage eingebracht. Da die „Vergische Arbeiterstimme“ Wahlenthaltung proklamirte, ist unser Kandidat, ein Anhänger Schmuckers, unterlegen.

**Hamburg, 1. Juni.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Neun ältere Leute des fünfzehnten Infanterie-Regiments, das in Wandbeck liegt, wurden wegen Mißhandlung des Rekruten Teysel zu zwei bis drei Monaten Festung verurtheilt und heute nach Spandau transportirt.

**Leipzig, 1. Juni.** (Eig. Ber.) Der mit der gesamten Kasse der 4. Loopedoboots-Division durchgebrannte Marineschreiber Jakob Dall ist, wie amtlich gemeldet wird, am Freitag in Brüssel verhaftet. Von dem mitgenommenen 29 000 M. waren noch 20 000 M. in seinem Besitz.

**Wien, 1. Juni.** (W. Z. B.) Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, hat das Exekutiv-Komitee der Majorität des Reichsraths heute in die von der Regierung verlangte Verlängerung gewilligt. Morgen wird, nach einer kurzen Sitzung, der Reichsrath verlagert und im Laufe des Sommers nicht wieder zusammentreten.

**Budapest, 1. Juni.** (W. Z. B.) Die Presse verurtheilt die gestrigen Kundgebungen gegen die deutschen Schauspieler scharfsteif und konstatiert, daß dieselben mehr ein Ausfluß gesellschaftlicher Konkurrenz als des nationalen Chauvinismus seien. Als an den Kundgebungen beteiligt sind 21 Personen verhaftet und sämmtlich zu Geldstrafen bis zu 50 Gulden event. entsprechendem Arrest verurtheilt worden.

**Brüssel, 1. Juni.** (W. Z. B.) Heute Nachmittag wurde in der Ausstellung der Fesselballon in einer Höhe von 300 Metern un-dicht; das Gas entwich sehr rasch dem Ballon. Dieser fiel plötzlich herunter und stürzte auf eine Maschinenhalle. Von den in der Gondel befindlichen sechs Personen wurden drei verwundet.

**Brüssel, 1. Juni.** (W. Z. B.) Der Unabhängige Congostaat theilt mit: Der Expedition Wihang, welche nach dem Ausfluge von Luaburg von Baron Dhanis beauftragt worden war, die Aufständischen, die schon 1895 von Lothaire geschlagen worden waren, zu verfolgen, ist es gelungen, diese Aufgabe glücklich zu Ende zu führen. Da dieser Feldzug damit beendet ist, stehen die Truppen Wihang nunmehr zur Verfügung des Barons Dhanis und werden diesen in seinem Kampfe gegen die Batelas, die sich im Norden empört haben, unterstützen. — Major Chalm ist im Dezember von Tangu ausgebrochen und hat im Februar Medias besetzt.

**Rom, 1. Juni.** (W. Z. B.) Der Bureaudirektor des päpstlichen Majordomats Commandatore Martini wurde heute Morgen auf dem Wege nach seinem Bureau bei den Kolonnen der Peterskirche von einem Stallburden Ciriaci Rossi, den er entlassen hatte, angefallen und durch einen Revolvererschuss am linken Arm verletzt. Rossi schloß sich darauf ins Ohr und trug schwere Verletzungen davon.

**Kopenhagen, 1. Juni.** (W. Z. B.) Das Landsting nahm heute in dritter Beratung die Budgetvorlage un-erändert an. Dieselbe wird nunmehr dem König zur Sanktion unterbreitet werden. Das angenommene Budget enthält auch einen Staatszuschuß an das Internationale Friedensbureau in Bern. Die Reichstags-session ist nunmehr beendet.

**Konstantinopel, 1. Juni.** (Meldung des Telegraphen-Correspondenz-Bureaus.) Der Minister des Auswärtigen theilte dem Dogen der Botschafter mündlich mit, die Flotte gewähre im Prinzip für die Dauer der Friedensverhandlungen den geltenden Waffenstillstand, dessen Unterzeichnung in türkischen Hauptquartier bevorstehe. Die türkischen Delegirten für die Friedensverhandlungen mit den Völkern sind bereits ernannt. Die Verhandlungen beginnen in den nächsten Tagen.

**Sofia, 1. Juni.** (W. Z. B.) Der Kriegsminister ordnete die von dem Geminister Petroff beseitigte Formation der selbständigen Kadres der Reservetruppen an.

**Sofia, 1. Juni.** (W. Z. B.) Die Emigrantenfrage ist dahin entschieden, daß alle zurückkehren dürfen.

**New York, 1. Juni.** (W. Z. B.) Der amerikanische Kreuzer „Marblehead“ hat gestern bei Miami in Florida den Freibeuter-Dampfer „Dauntless“ beschlagnahmt, als derselbe im Begriff war, mit Patronen und Munition nach Cuba abzugehen.

Die Arbeitsnachweise in Deutschland.

Dem vom Berliner Zentralverein für Arbeitsnachweise soeben veröffentlichten Geschäftsbericht ist eine Uebersicht über die Ergebnisse der kommunalen und Vereins-Arbeitsnachweise im Deutschen Reich angehängt. Diese Uebersicht ist von dem Vorsitzenden der Berliner Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-Anstalt, Dr. Richard Freund, bearbeitet und giebt eine gute Zusammenfassung der Resultate, die durch jene öffentlichen Arbeitsnachweise bisher in Deutschland erreicht worden sind. Es sind behandelt 44 auf Kosten der betreffenden Gemeinden und 23 von Vereinen errichtete allgemeine Arbeitsnachweise. Die Anstalten erheben meist von den Arbeitssuchenden eine kleine Einschreibgebühr, zum Theil funktionieren sie auch umsonst.

Die Gesamtzahlen für das Jahr 1896 sind die folgenden: Von den 44 kommunalen Anstalten wurden 88 753 Stellen und von den 23 Vereinen 121 436 Stellen vermittelt. Insgesamt wurden also über 205 000 Stellen in einem Jahre vermittelt. Das ist ja eine ganz hübsche Zahl. Wenn man aber bedenkt, daß diese Anstalten daraus ausgehen, nach und nach die gesamte Arbeitsvermittlung an sich zu ziehen, so muß man doch sagen, daß — gegenüber den in Deutschland jährlich nach Millionen zählenden Stellenwechseln — diese Anstalten noch recht weit vom Ziele entfernt sind. Auch die Zusammenfassung der einzelnen Anstalten zu Landesverbänden und die Krönung des Ganzen durch einen Reichsverband ist — abgesehen von den Landesverbänden in Baden und Württemberg — vorläufig noch ein frommer Wunsch der beteiligten Kreise. Sind doch bisher sogar fast überall die Versuche gescheitert, eine Verbindung verschiedener Arbeitsnachweise zum Zwecke des gegenseitigen Austausches der Meldungen herbeizuführen, — was doch gewiß eine sehr vortheilhafte Einrichtung wäre.

Von den 44 kommunalen Anstalten weist München die bedeutendsten Erfolge mit 25 586 vermittelten Stellen auf; es folgt Stuttgart mit 13 111, Erfurt mit 12 068, Frankfurt a. M. mit 6492 und Nürnberg mit 4960 im Jahre 1896 vermittelten Stellen. Die übrigen Städte weisen kleinere Zahlen auf. Ueber 1000 Stellen wurden noch in den Städten Breslau, Cannstadt, Jülich, Heidelberg, Straßburg i. G., Ulm und in dem Berliner Vorort Rixdorf vermittelt. — Unter den Vereins-Arbeitsnachweisen marschirt Hamburg mit 25 557 vermittelten Stellen an der Spitze. Die nächsten sind Berlin mit 20 619, Mannheim mit 14 055, Dresden mit 11 802, Köln mit 11 380, Karlsruhe mit 5025 und Freiburg i. Br. mit 6868. Ueber 1000 Stellen vermittelten unter den Vereinsarbeitsnachweisen außer den vorgenannten die folgenden Städte: Augsburg, Darmstadt, Düsseldorf, Essen, Halle, Hannover, Kautzhan, Mühlhausen i. G., Pforzheim, Posen und Wiesbaden.

Bemerkenswert für die bisherige Entwicklung fast aller dieser öffentlichen Anstalten ist es, daß sich ihre Haupttätigkeit auf die Vermittlung von Stellen für ungelernete Arbeiter beschränkt. Für die eigentlichen gelernten Berufsgruppen existieren eben eine Menge von Facharbeitsnachweisen der Arbeiter oder der Unternehmer, so daß sich die öffentlichen Anstalten bisher nur einen Theil der Arbeitsvermittlung für die nichtorganisirten, ungelerneten Arbeiter errungen haben. Von gelernten Arbeitern, die sich dieser Einrichtungen bedienen, findet man noch am häufigsten angeführt Tischler, Schneider, Schlosser, Maler. — Beslagt wird von vielen Anstalten darüber, daß sie der Nachfrage nach Lehrlingen nicht haben entsprechen können, da sich die Mehrzahl der jungen Burken nach den Stellen der ungelerneten Arbeiter drängt. Der Bericht konstatiert jedoch, daß dies nicht an dem mangelnden Streben der Kinder liegt, sondern daran, daß die Eltern auf den Verdienst der Kinder nicht verzichten wollen — jedenfalls, weil sie nicht darauf verzichten können, da das Kind für den Unterhalt der Familie mitzuerwerben muß. — Der Grund für die allgemein auftretende Schwierigkeit, Arbeiter für die Landwirtschaft zu gewinnen, liegt, wie zu treffend hervorgehoben wird, nicht sowohl in der Einseitigkeit des Landlebens und den Annehmlichkeiten des Stadtlebens, als vielmehr in den schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen und der langen, unregelmäßigen Arbeitszeit.

Was die Vermittlung für weibliche Personen betrifft, so sind von den ausgeführten Anstalten insgesamt circa 40 000 Stellen vermittelt worden. Mit Ausnahme von Berlin handelt es sich dabei fast überall um Gesindstellen. Auch hier wird die Anlust der Mädchen hervorgehoben, in Gesindstellen zu gehen, da sie — obgleich sie als Dienstmädchen u. dergleichen in der Regel besser gestellt sind — die größere Freiheit und Selbstständigkeit der industriellen Arbeiterinnen vorziehen. Kein Wunder!

Zum Schluß wollen wir noch die Klage registrieren, daß die Unternehmer den Arbeitsnachweis-Einrichtungen gegenüber sich meist sehr gleichgültig verhalten, während ihnen die Arbeiter oft ein reges Interesse entgegenbringen, sich um die Sache kümmern und dadurch einen großen Einfluß auf die Verwaltung gewinnen. Nachher kommen leicht Beschlässe zu stande, die den Unternehmern nicht gefallen. Auch hier scheinen demnach die Arbeiter häufig früher aufzustehen, als die Unternehmer.

Prozeß v. Tausch — v. Lüchow.

Siebenter Verhandlungstag, Dienstag, 1. Juni. Eine Erklärung des Oberstaatsanwalts gegen die Praktiken der politischen Polizei.

Nach Eröffnung der Sitzung nimmt Oberstaatsanwalt Drescher das Wort: Ich habe mir das Wort erbeten, weil ich erhebliches Gewicht darauf lege, eine irrtümliche Auffassung in der Presse über meine Ausführungen in der gestrigen Sitzung, die vielleicht Mißverständnisse hervorgebracht hat, zu berichtigen und keinen Zweifel darüber zu lassen, welche Stellung ich zu dem Vorgehen des Polizeibeamten in der Wedekind'schen Angelegenheit eingenommen habe und einnehme. Meine Ausführungen könnten mißverständlich dahin aufgefaßt werden, als ob ich die ganze Angelegenheit, d. h. auch das Verfahren des betreffenden Polizeibeamten als ein harmloses hätte hinstellen wollen. Es liegt mir aber nicht fern, als dieses. Das habe ich nicht sagen können und nicht sagen wollen. Ich habe bloß sagen wollen, daß der Zweck des Vorgehens des betreffenden Polizeibeamten, der ursprünglich als verständig erschien, sich im Laufe der Ermittlungen als harmlos herausgestellt habe. Dagegen habe ich das Verhalten des Polizeibeamten in seiner Weise entschuldigend oder in milderem Lichte darstellen wollen. Ich stehe auch jetzt noch durchaus auf diesem Standpunkt, ich halte auch heute noch das Verhalten des Polizeibeamten für ein durchaus verantwortliches, gesetzwidriges und straffälliges. In dieser meiner Auffassung habe ich alles gethan, was meine Pflicht mir auferlegte. Ich habe nicht etwa ein Staatsinteresse vorgeschützt, um nicht einzuschreiten zu müssen, im Gegenteil, ich habe alles gethan, um der Sache vollständig auf den Grund zu gehen. Ich habe meine Auffassung auch an keiner Stelle verschleiert, sondern in unerbittlichster Weise, namentlich auch der vorgehenden Behörde des Beamten gegenüber, ausgesprochen. Die angestrebte Untersuchung hat aber ergeben, daß die Meinung, die Ansicht sei eine verständig gewesen, nicht begründet war und der Angeklagte v. Tausch in keiner Weise, die ihm zum Vorwurfe gemacht werden könnte, daran theilhaftig war. Aber das Verfahren des Beamten war ein strafwürdiges und gesetzwidriges. Ich habe Veranlassung genommen, das Verfahren, nachdem es gegen den Verdächtigen eingestellt worden war, nunmehr gegen

den Schuldigen wieder aufzunehmen. Dieser kann nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden, weil er inzwischen gestorben ist. Also ich habe keineswegs in dieser Angelegenheit irgend ein Staatsinteresse vorgeschützt, um irgend etwas zu verschleiern.

Vernehmung des Legationsrathes im Auswärtigen Amte, Dr. Hamann.

Dr. Hamann: Ich kam zuerst im Sommer 1891 (92?) mit dem Angeklagten v. Tausch in persönliche Berührung. Derselbe kam in meine Wohnung und bat mich um eine Gefälligkeit. Sie bestand darin, daß ich ein Urtheil darüber abgeben könnte, von wem wohl die Handschrift eines Manuskripts stamme, welches v. Tausch beiführte. Das Manuskript enthielt schwere Beleidigungen Sr. Majestät und Nachrichten über den Gesundheitszustand des Kaisers, der kurz zuvor auf dem „Hohenzollern“ einen kleinen Unfall erlitten. Der Zeuge berief sich auf meine frühere Thätigkeit als Journalist, ich konnte ihm aber keine bestimmte Auskunft geben, sagte aber, sie rühre vielleicht von einem gewissen Schumann her. Im Januar d. J. habe ich von Herrn v. Marschall aus einem Sammelkonvolut von Nachrichten über den Gesundheitszustand des Kaisers den Auszug eines Schreibens erhalten, das ein katholischer Redakteur, Rechtsanwalt Dr. Bachem aus Köln, an den Reichsanwalt Caprivi gesandt hatte unter Beifügung eines Originalartikels, der aus Berlin an einen Redakteur in Paris gegangen war und so bedenkliche Angriffe gegen den Kaiser enthielt, daß die Aufnahme abgelehnt wurde. Man wollte trotz der Bedenklichkeit des Artikels den Verfasser aber nicht entlassen, weil er so gut orientirt war. Die Sache wurde von Manderode zur weiteren Nachforschung übergeben. Schon im Jahre 1891 hatte die Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung“ darauf aufmerksam gemacht, daß in französischen und belgischen Blättern Artikel erschienen, die geradezu wahnsinnige Schilderungen über die Zustände in den höchsten Kreisen, über Konferenzen der Ärzte, betr. den Gesundheitszustand des Kaisers, enthielten u. s. w. So wurde jener kleine, aus Versehen herbeigeführte Unfall auf dem „Hohenzollern“ als Folge außerordentlicher nervöser Ueberreizung hingestellt. Dies Material wurde dem Kriminalkommissar v. Tausch übergeben mit dem Auftrage, den Thäter in Köln zu ermitteln. Herr v. Tausch habe keinen Erfolg gehabt. Bei den Akten befindet sich ein Brief des Rechtsanwalts Bachem in Köln an den Herrn v. Tausch aus dem Frühjahr 1892, worin der Adressat darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Treibereien in der auswärtigen Presse wieder beginnen. Als Beweis legte Rechtsanwalt Bachem einen Ausschnitt aus dem „Figaro“ bei, worin über den Kaiser die bedenklichsten Gerüchte verbreitet wurden.

Später haben dann die Nachforschungen, die ich selbst anstellen ließ, ergeben, daß Normann-Schumann der Verfasser dieser Artikel war. Ich fragte mich, warum Tausch nicht auf Schumann als Urheber gekommen, da doch die Nachforschungen auf Grund desselben Manuskripts stattgefunden. In der „Agence Libre“, im „Zukunftigen“, „Radical“ wurde es noch toller getrieben als seinerzeit im „Patriot“. Schumann hatte einen unglücklichen Menschen, Richard Grothe, in völliger Abhängigkeit an sich gebracht und zu seinem willenlosen Werkzeug gemacht. Grothe hatte hier eine Strafthat begangen, wegen der er eine Verhaftung zu erwarten hatte. Schumann überredete ihn zu flüchten, er unterstützte ihn hierzu mit 100 Mark. Grothe mußte nach Paris gehen und hatte die Aufgabe, die ihm von Schumann gefandenen Artikel in die französischen Zeitungen zu bringen und ihm möglichst viele Belagnummern zu schicken. Es waren Artikel der ungeheuerlichsten Art. In einem derselben wurde behauptet, daß Graf Caprivi bei dem Zusammenbruch der Bankfirma Hirschfeld u. Wolff 400 000 Mark eingebüßt habe. Daraus knüpfte sich die Frage, wie Graf Caprivi wohl zu diesem Vermögen gekommen sei, und wurden Andeutungen gemacht, als ob er bei der Schloßfreihofs-Lotterie Geld gemacht habe; in einem anderen wurde Lucanus beschuldigt, mit Hofrat Mandé ein Kompagniegeschäft in Odenbach zu machen. In einem dritten war von einem hohen Offizier die Rede, der bei der Abschiedsvisite von Hof gesehen, daß die Kaiserin fortwährend in Tränen war über den Gesundheitszustand des Kaisers u. s. w. Selbst die französische Regierung sprach ihre Verwunderung darüber aus, und in verschiedenen französischen Blättern machte man sich über diejenigen Zeitungen lustig, welche sich von dem „Berliner Windbeutel“ hineinlegen ließen. Grothe hatte den Auftrag von Schumann, alle Briefe und Manuskripte an ihn zurückzusenden. Grothe war aber doch im Besitze zweier Briefe geblieben, welche er später dem Auswärtigen Amt zur Verfügung stellte. In dem einen Schreiben erwähnt Schumann den Grothe, sich nur nicht ängstlich machen zu lassen und nur ja nicht die ihm übergebenen Artikel abzuschwächen, er, Schumann, sei in der Lage, sofort zu erfahren, wenn irgend etwas gegen ihn unternommen werden solle und er könne ihn warnen und schützen.

Der Oberstaatsanwalt ersucht den Zeugen, auf die Thätigkeit des Herrn v. Tausch zu kommen. — Zeuge: Ich bin der Meinung, daß das, was mir gelang, dem Kriminalkommissar v. Tausch sechs Jahre vorher hätte auch gelangen müssen, zumal ihm dasselbe Material zur Verfügung stand, wie mir. Herr v. Tausch besaß die Manuskripte von Normann-Schumann, er besaß Briefe und Adressen des Pariser Korrespondenten, die ihn auf die Spur des Täters hätten führen können, aber er hat trotzdem nichts ermittelt. — Präsident: Wenn das richtig, muß man dann bösen Willen annehmen, kann es nicht Unzulänglichkeit gewesen sein? — Dr. Hamann: Als Kriminalkommissarius mußte Herr von Tausch wissen, daß ein schweres Staatsverbrechen vorlag; es handelte sich um schändliche Beleidigungen des Staatsoberhauptes, das Ansehen des Reiches litt unter den Verleumdungen in der Presse. Ich habe nicht den geringsten Anhalt dafür, daß v. Tausch geflistet und wider besseres Wissen dem Normann-Schumann in Schutz nahm, aber er mag in diesem Falle noch gedrungen schonung geübt haben, weil er zu Normann-Schumann auch in finanzieller Abhängigkeit durch Wechselschulden stand. Er hat sich später, als Normann-Schumann außer Landes gegangen war, damit entschuldigt, daß er nicht Beweise genug gegen ihn gehabt habe, um ihn festnehmen zu können. Es wurde wiederholt damals schon angeregt, Normann-Schumann aus dem Polizeidienste zu entfernen, aber es hieß dann, daß er unentbehrlich sei. Ich muß wiederholen, daß ich das gegen Normann-Schumann vorhandene Material für ausreichend hielt, um gegen ihn einzuschreiten.

Der Oberstaatsanwalt ersucht den Zeugen, Thatsachen vorzubringen.

Oberstaatsanwalt Drescher: Ich möchte auch von dieser Stelle aus die Bitte an den Herrn Legationsrath richten, endlich mehr auf die Thatsachen zu kommen.

Warum Normann-Schumann von der politischen Polizei nicht entlassen wurde.

Präs.: Wann ist der Beweis geliefert worden, daß diese Artikel sowie jene der „Soale-Ztg.“ von Normann-Schumann herrühren? — Dr. Hamann: Der Beweis ist in der That 1893 geliefert worden. Bereits 1891 hatte Herr Legationsrath Kiderlen vom Redakteur Jordan der „Soale-Ztg.“ Briefe erhalten, daß Schumann in Artikeln ungenügsam gegen Minister hebe. Diese Briefe wurden zur Unterlage einer Vorstellung beim Polizeipräsidenten gemacht zur Entfernung Schumann's aus dem Dienste der politischen Polizei. Diese Vorstellung blieb nach der Richtung ohne Erfolg, weil man Schumann als unentbehrlich hielt, nur seine Preßtreibereien wurden ihm untersagt.

Der Zeuge bekundet noch, daß der frühere Verleger des „Deutschen Tageblatt“, Friedr. Luchardt, der später die Zeitschrift „Der neue Kurs“ herausgab und jetzt in Leipzig einen Verlagsbuchhandel betreibt, ihm folgende Mittheilung gemacht habe: Gelegentlich einer Unterredung, die Luchardt mit v. Tausch gehabt, habe der letztere gesagt: Caprivi muß fort und Woldersee an seine Stelle kommen, das jetzige Regierungssystem ist der Entwicklung des Deutschen Reiches nicht günstig.

Die Politische Polizei denunziert Sozialdemokraten als Urheber der Schumann-Artikel.

Dr. Hamann: Es geht aus den Akten nur hervor, daß die Wochenschrift im Jahre 1891 eine ganze Anzahl von Artikeln mit einem Verichte hierhergeschickt hat, in welchem gesagt wurde, alle diese beleidigenden Artikel kämen sie und fertigt aus Berlin und würden der „Agence Libre“ unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Dieser Bericht wurde an Herrn v. Manderode gegeben. Die politische Polizei antwortete, ihre Ermittlungen hätten ergeben, der Urheber dieser Schandartikel sei in sozialdemokratischen Kreisen zu suchen; das ist zwar nicht wahr, aber Normann-Schumann hat es in der That schlimmer getrieben als der ärgste Sozialdemokrat.

Wismarck befiehlt Disziplinaruntersuchung gegen Tausch.

Dr. Hamann: Ich bitte nun eine andere Sache hier aufklären zu dürfen. Herr Oberstaatsanwalt Drescher hat gemeint, die Untersuchung sei auf Antrag des Auswärtigen Amtes erfolgt. Die Akten der Reichsanleihe, zu deren Gebrauch ich vom Reichsanwalt autorisirt bin, ergeben, daß Herr Schweinburg sich im Jahre 1889 beim Geheimen Regierungsrath Rottenburg darüber beschwert hat, daß Herr v. Tausch ihn wiederholt um ein Darlehen von 2000 Mark zur Regelung seiner Schulden ersucht habe. Herr Schweinburg habe ihm dann auch ein Akzept von 500 Mark eingelöst, das weitere Ersuchen um Darlehen aber abgelehnt. Darauf habe ihn v. Tausch persönlich und in Briefen verschiedene sonderbare Andeutungen darüber gemacht, daß demnächst allerlei unangenehme Mittheilungen über ihn in der gegnerischen Presse erscheinen dürften. Daraufhin hat dann Fürst Bismarck ein Schreiben an den Minister des Innern gerichtet, in welchem es heißt: v. Tausch erscheine schon durch seine ungeordneten Vermögensverhältnisse ungeeignet für seinen Posten; besonders erschwerend sei es aber, wenn er sich zur Diskreditirung Schweinburg's der Presse bediene. Sein ungeschicktes Auftreten erinnere an Wohlgeimth. Der Minister des Innern hat dann die Vernehmung des Herrn v. Tausch angeordnet und diese hat zu dem Ergebnis geführt, daß der Minister v. Herrfurth den Polizeipräsidenten beauftragt hat, Herrn v. Tausch wegen seines unangemessenen Verhaltens namentlich in bezug auf die Deckung seiner Wechselschulden einen Verweis zu ertheilen. Ob der Verweis ertheilt ist, ergeben die Akten nicht.

Der Präsident greift ein.

Vors.: Aus alledem ist nach meiner Ansicht noch immer nicht zu entnehmen, daß der Angeklagte v. Tausch Politik getrieben hat. Es scheint doch, als ob der vielerwähnte Normann-Schumann vorwiegend unter Herrn v. Manderode gearbeitet hat und es ist ganz zweifellos, daß dieser Normann-Schumann ein sehr vielseitiger, verschlagener Mensch ist. Er scheint geschickter gewesen zu sein, als der Angeklagte v. Tausch. Aber selbst angenommen, daß der Angeklagte in Köln nicht seine Pflicht zur Ermittlung des Verfassers der Artikel gethan hat, so würde ihm diese Unterlassung schwere Vorwürfe in seiner Eigenschaft als Beamter eintragen, aber es ergibt sich daraus noch keine Thatsache, die da beweisen könnte, daß der Angeklagte einen Meineid leistete, als er beschwor, keine Politik getrieben zu haben. Deshalb ist von alledem, so interessant und erheblich es für die Vertheidigung der Persönlichkeit des Angeklagten sein mag, wenig für die Zwecke dieser Anklage zu verwerten. — Rechtsanwält Dr. Holz: Der Zeuge hat uns sehr interessante Mittheilungen darüber gemacht, in welcher Weise sich der Angeklagte v. Tausch dem Verlagsbuchhändler Luchardt in Leipzig gegenüber über den neuen Kurs geäußert hat. Es wird nach meiner Meinung nöthig sein, Herrn Luchardt darüber zu vernehmen. — Zeuge: Herr Luchardt hat mir, wie ich schon sagte, mitgetheilt, der Angeklagte v. Tausch habe ihm gesagt, daß es nöthig sei, Caprivi weg zu bringen und ein neues Regime zu etabliciren. Luchardt hat mir gesagt, v. Tausch sei oftmals sehr auferzogen gewesen und habe wiederholt aufs heftigste gegen den neuen Kurs sich ausgesprochen. Herr Luchardt hatte zwar keine direkten politischen Informationen von v. Tausch erhalten, aber den Eindruck gehabt, daß v. Tausch es wohl gern gesehen hätte, wenn er seine Zeitschrift im Sinne des alten Kurzes dirigiren ließe. Ob er das als Kriminalkommissarius gesagt hat oder als Preuße, der das Recht hat, seine Meinung zu äußern, kann ich nicht wissen. Er kam aber doch in die nämlichen Anstrage. — Präs.: Der Angeklagte v. Tausch hat kein Hehl daraus gemacht, daß er ein Anhänger des Fürsten Bismarck sei, und da liegt es ja wohl nahe, daß er in Unterhaltungen auch diesen seinen Standpunkt zum Ausdruck gebracht hat. Ob es für ihn als Beamten der Polizei nicht tactvoller gewesen wäre, dies zu unterlassen, mag dahin gestellt bleiben. Wird man aber darin schon ein Politikreiben erblicken können? Hier, wo es sich darum handelt, ob der Angeklagte in Luchardt's Haus gesteckt werden soll, müssen wir natürlich diese Frage aufs sorgfältigste prüfen, und von bestimmten Thatsachen, daß Tausch Journalisten beeinflußt oder informiert habe, hat der Zeuge nichts gewußt. — Zeuge Hamann: Ich halte mich für verpflichtet, hier doch auch noch zu betonen, daß alle von uns angestellten Ermittlungen keinen einzigen Anhaltspunkt dafür ergeben haben, daß etwa Fürst Bismarck oder „Friedrichsruh“, wie in manchen Zeitungen angedeutet wurde, mit Normann-Schumann in irgend einer Verbindung gestanden haben.

Neue Zeugenvernehmungen drohen.

Zwischen den verschiedenen Vertheidigern, Staatsanwaltschaft und Vorstehenden entsteht eine lauge Diskussion, ob und welche Zeugen noch im Interesse der Sache bez. der Angeklagten zu vernehmen seien. Tausch's Vertheidigung verlangt eventuell die Vernehmung Wismarck's, Caprivi's, Ebmeyer's u. dergleichen. Auf Antrag Dr. Holz's die Vernehmung des Verlagsbuchhändlers Luchardt in Leipzig.

Ein neuer Ephele.

Journalist Sebald, der folgende Zeuge, war vor etwa zwei Jahren Redakteur der „Deutschen Zeitung“. Der Angeklagte v. Tausch sei damals zu ihm gekommen und habe ihn zu gewinnen gewußt, ihm Informationen über Verfasser von Artikeln, Broschüren u. s. w. zu geben. Daraus sei damals nichts geworden. Einige Wochen später aber habe ich mich an Tausch gewandt. Da dieser mir irgend etwas Ehrenwürdiges nicht zumuthete und da ich hoffte, durch ihn Informationen politischer Natur zu erhalten, so ging ich die Verbindung mit ihm ein. Ich habe auch nie Auskunft genommen, offen meine Beziehungen zu ihm zu bekennen. Unsere Verbindung bestand nun darin, daß ich ihn ab und zu besuchte und daß wir dann uns über die auf der Tagesordnung stehenden Fragen unterhielten. — Präs.: Hat v. Tausch Ihnen den direkten Auftrag gegeben, über den Prozeß Wedert-Lüchow zu schreiben? — Zeuge: Ja, er sagte, daß dieser Prozeß eigentlich gegen ihn gerichtet sei und daß die Herren v. Holtz und Hamann die eigentlichen Ankläger seien, und ich brachte dann eine kleine Nothiz in der „Deutschen Zeitung“. — Präs.: Würden Sie diese gelegentliche Bemerkung für eine politische Inspiration halten? — Zeuge: Ja, aber ich hielt dies

für einen Artikel persönlicher Natur. — Präsi- dent: Nennen Sie jedes Gespräch über politische Gegenstände Inspiration? — Zeuge: Nein, im Sinne der Anklage. — Präsi.: Was wissen Sie von der Anklage v. Tausch rüffelt den Redakteur der „Deutschen Zeitung“? — Zeuge: Nein, nicht jedes solche Gespräch hielt ich für eine Information; Herr v. Tausch rüffelte mich sogar einmal, als ich eine Notiz ins Blatt brachte, die ich geschäftswise von ihm erfahren.

**Widersprüche des v. Tausch'schen Agenten.**

Präsi.: Haben Sie nicht auch eine Notiz gebracht, daß v. Tausch eine Anzeigenschein erhalten hat? — Zeuge: Ja, er hatte mir erzählt, daß es eine Anzeigenschein besonderer Natur sei, die nur durch eigene Unterschrift des Kaisers verliehen werde, und das fand ich interessant. — Präsi.: Hat v. Tausch Ihnen gesagt, daß Sie dies veröffentlichten sollten? — Zeuge: Nein, direkt nicht, aber ich merkte, daß es ihm nicht unangenehm sein würde. — Präsi.: Sie haben sich in der Voruntersuchung bestimmter Ausdrücke und zu wiederholten Malen angegeben, daß Sie von Herrn v. Tausch ausdrücklich beauftragt wurden, in einem bismarckfreundlichen Sinne über den Prozeß Ledert-Löhnow etwas zu veröffentlichen. Und Sie gaben ausdrücklich an, daß Sie diese Direktive befolgt hätten. — Zeuge: Das habe ich damals auch getan, weil v. Tausch viel angegriffen wurde. — Präsi.: Sie haben diese Aussage beschworen! Sagen Sie nun einfach Ja oder Nein! Hat Tausch Sie förmlich beauftragt? — Zeuge will sich auf den Wortlaut nicht mehr erinnern, aber Tausch's Gedanken sei es gewesen.

**„Sprechen Sie doch beim Alten für mich.“**

Zeuge erzählt weiter: Eines Tages habe er die Absicht geäußert, nach Friedrichsruhe zu reisen und da habe v. Tausch zu ihm gesagt: „Sprechen Sie doch beim Alten für mich!“

Präsi.: Sie haben in der Voruntersuchung weiter unter Ihrem Eide behauptet, v. Tausch habe Sie auch beauftragt, zu einem, dem Redakteur an den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zu gehen und ihm zu sagen, er möge zu Tausch kommen, der ihn ersuchen wolle, über den Prozeß in bismarckfreundlichem Sinne zu berichten. Hat Tausch Ihnen einen direkten Auftrag gegeben oder haben Sie bloß aus seinem Gespräch geschlossen, das könnte ihm angenehm sein? — Zeuge: Das kann sein oder nicht sein. (Dabei bleibt der Zeuge trotz aller Einwendung des Präsidenten stehen. Er sagt bei, sein Verleger Dr. Friedrich Lange habe sein Verhältnis zu v. Tausch gekannt, seine früher einmal angebotene Entlassung aber nicht angenommen, erst nach dem Ledert-Prozeß sei er entlassen worden.)

Oberstaatsanwalt: Sie haben früher viel bestimmtere Aussagen unter Ihrem Eide abgegeben; heute hat der Zeuge aber in allen Punkten seine Aussage abgeändert. Sie haben überhaupt sonderbare Angaben gemacht. Hier liegt ein Brief von Ihnen vor, in dem Sie an v. Tausch schreiben: „Ich habe die gewünschte Notiz gebracht.“ Auf welche Notiz soll dies bezug haben? — Zeuge: Auf den Prozeß Ledert-Löhnow. — Oberstaatsanwalt: Was meinen Sie denn mit einer Bemerkung, die folgendermaßen lautet: „Ich bitte Sie, mich als Zeugen zu laden, ich werde aber meine Aussage verweigern.“ Das ist doch eigentlich widersprechend und unverständlich. — Der Zeuge weiß eine Aufklärung hierüber nicht zu geben. — Rechtsanwält Dr. Holz: Sind Sie mit Normann-Schumann in Verbindung getreten? — Zeuge: Einmal habe ich eine Unterredung mit ihm gehabt. — Dr. Holz: Auf Veranlassung des Herrn v. Tausch? — Zeuge: Ja, ich sollte aber bloß ermitteln, ob er in Berlin sei.

**Der Zeuge entsetzt sich wieder.**

Präsi.: In Ihrer früheren Vernehmung haben Sie ausdrücklich gesagt, daß Tausch Sie beauftragt habe, in der „Deutschen Zeitung“ bei Besprechung des Ledert-Löhnow-Prozesses hervorzuhoben, die eigentlichen Ankläger seien die Legationsräthe Dolkein und Hamann. Ist das wahr? Ich bitte mich eine klare Antwort auf. — Zeuge: Ja. — Präsi.: Ebenso eine weitere Notiz, daß er abgeschlachtet werden solle? — Zeuge: Ja!

**Verfängliche Frage des Verteidigers.**

Rechtsanwalt Lubzjynski: Haben Sie in letzter Zeit keinen Auftrag von der Polizei erhalten? — Zeuge: Nein. Nach Beendigung des Prozesses Ledert-Löhnow ging ich einmal nach dem Polizeipräsidium, um zu erfahren, welche Stimmung dort herrsche. Ich sprach mit dem Polizeikommissar Bittich, welcher meinte, daß es besser sei, daß ich so lange die Verbindung mit der Polizei abdrücke, bis dieser Prozeß beendet sei. Dr. Lubzjynski: Die Polizei hat Ihnen also die Wiederanstellung in Aussicht gestellt. — Zeuge: Ich würde keinen Anstand nehmen. — Verteidiger: Ich will eine bestimmte Antwort: Ja oder Nein. — Zeuge: Ja! — Lubzjynski: Wann? — Zeuge: Im Januar. — Dr. Schwandt: Sie sagten vorher, v. Tausch habe Ihnen gesagt, Sie möchten in bismarckfreundlichem Sinne schreiben. Was meinen Sie denn, was Herr Bismarck mit dem Prozeß Ledert-Löhnow zu thun hatte? — Zeuge: Ja, es sollte sich ja doch um die sogenannte „Nebenregierung“ handeln und man sagte doch immer, diese Nebenregierung sei der Fürst Bismarck. (Heiterkeit.) — Dr. Holz beantragt die Vernehmung des Kriminalkommissars Bittich. — Der Oberstaatsanwalt hat dem Antrage nichts entgegenzusetzen, meint aber, daß etwas Wesentliches nicht von dessen Vernehmung zu erwarten sei. Er halte überhaupt derartige Agenten, wie der Zeuge, der seine Thätigkeit als solcher offenbare, für völlig unbrauchbar.

**Offiziöses Victor Schweinburg**

bestätigt alles, was die früheren Zeugen über seine Beziehungen zum Zentralverband deutscher Industrieller und über v. Tausch's Geldbeziehungen zu ihm festgestellt haben. Bezüglich seiner Beschwerde beim Reichsanwalt Bismarck erklärt der Zeuge: Heute, das will ich hier offen erklären, thut es mir leid, daß ich eine solche Auffassung gehabt habe, denn ich komme jetzt doch zu der Ueberzeugung, daß er nicht wider besseres Wissen gehandelt hat, sondern daß es sein Fehler war, vielleicht Agenten, die nicht als Gentlemen zu handeln pflegen, mehr Glauben beizumessen, als sie verdienen. — Rechtsanwält Dr. Eger: Wann waren diese Vorgänge? — Zeuge: — Ich glaube 1889. — Rechtsanwält Holz: Hat Ihnen gegenüber der Angeklagte v. Tausch nicht von seinen gesammelten Verpflichtungen gesprochen? — Zeuge: Das ist möglich. Jedenfalls drückten ihn damals besonders zwei Wesel. — Rechtsanwält Dr. Holz: Hat Ihre Korrespondenz nicht einen offiziellen Charakter? — Zeuge: Da ist die Unterfrage berechtigt, was Sie unter „offiziös“ verstehen. Mit diesem Worte wird viel Unfug getrieben. — Rechtsanwält Dr. Holz: Dann will ich fragen: Stehen Sie mit einem Minister in Verbindung? — Zeuge: Die Beantwortung einer solchen Frage lehne ich ab. — Staatsanwalt: Würden Sie, wenn Herr v. Tausch einen solchen Artikel gegen Sie wirklich nahe stände, dies für eine politische Handlung halten? — Zeuge: Nein, für eine persönliche. Wenn mir Herr v. Tausch als Dank für meine Freundlichkeit zwei Schupsteine vor mein Haus stellt, so kann ich darin keinen politischen Akt erblicken. — Präsi.: Sie erblicken darin wohl nur eine kleine Gegenleistung. (Heiterkeit.) — Angekl. v. Tausch: Ich hatte Herrn v. Rauberode ausdrücklich gebeten, die Observation des Zeugen, die auch heute noch fort dauert, durch eine andere Abfertigung und nicht durch mich bewirken zu lassen. Die Observation war keine Chikane meinerseits, sondern ein dienstlicher Auftrag. — Oberstaatsanwalt: Es ist zweifellos von großem Interesse für Herrn Schweinburg, von Herrn v. Tausch zu hören, daß er immer noch überwacht werde; wie weit diese Kennerung des Angeklagten v. Tausch mit seinem dienstlichen Interesse vereinbar, hat ja dieser zu beantworten. Es ist noch immer nicht aufgeklärt, welche Thatsachen v. Tausch zu der

hier in der Verhandlung noch festgehaltenen Behauptung hatte, daß der Zeuge Schweinburg einerseits betamlich offiziöse Verbindungen habe, andererseits die ihm gewordenen Nachrichten frühzeitig an Bankinstitute gebe. — v. Tausch erklärt, daß er diese Behauptung nicht aufstellen wolle. — Rechtsanwält Dr. Sello: Woher weiß denn der Herr Oberstaatsanwalt, daß der Zeuge „betamlich“ offiziöse Quellen habe. — Oberstaatsanwalt: Alle diese Dinge sind doch hier wiederholt berichtet worden, beispielsweise auch in dem anonymen Schreiben an den Minister des Innern, in welchem von dem Zeugen, ferner dem Herrn v. Jedlich u. a. die Rede war.

**Herr v. Jedlich, der Vertrauensmann Miquel's, arbeitet unentgeltlich für Schweinburg.**

Zeuge Schweinburg: In der Presse wird es häufig so dargestellt, als ob Herr v. Jedlich in Gott weiß welchen Beziehungen zu mir stehe. Auch dies ist Geschwätz. Herr v. Jedlich erweist mir lediglich auf meine Bitte die Fremdbildigkeit, aus seiner Kenntnis parlamentarischer Verhältnisse hin und wieder einen kleinen Artikel zu schreiben. Er hat niemals dafür eine Remuneration erhalten und niemals solche verlangt. — Der Zeuge wird hierauf entlassen.

**Mittagspause.**

Nach der Pause erklären die Verteidiger, daß sie vorläufig auf weitere Zeugenladung verzichten, sich aber event. solche noch vorbehalten.

**Untersuchungsrichter Landgerichtsrath Herr,**

der die ganze Untersuchung geführt, bekundet, daß auch nach Aufklärung des Gerichtssehreibers v. Tausch besagen schien und er rühmte, als er wegen des im „Berl. Tagbl.“ vom 16. September 1896 erschienenen Artikels vernommen wurde. Es ist dies der Artikel, der von Singold-Stark herrührte und den angeblichen Ersatz des Fürsten Hohenlohe durch den Fürsten Dalsfeld zum Thema hatte. Der Zeuge hatte den Eindruck, als ob v. Tausch doch wohl hinter jenem Artikel steckte. Die Konfrontationen der beiden Angeklagten haben keine Momente ergeben, die auf das größere oder geringere Maß von Schuldbewußtsein des einen oder des andern Angeklagten einen Rückschluß gestatten. v. Tausch habe eine gewisse Schwermüdigkeit in der Sprache gezeigt. — Auf weiteres Befragen erklärt der Zeuge, daß er aus der Vernehmung des Zeugen Sebald keine Zweifel an der geistigen Fähigkeit des Zeugen erhalten habe. — Rechtsanwält Dr. Schwandt beantragt die Verlesung einer Stelle aus einer von Sebald herausgegebenen Zeitschrift „Herold“, welche dieser auch dem Untersuchungsrichter überreicht haben soll. Verlesung erfolgt.

**Zeuge Walther,**

Chefredakteur der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“ hat in seinem Blatte einen Artikel „Zur Charakteristik des Herrn v. Tausch veröffentlicht. Er sagt aus: Ich wurde zu einer ziemlich unbedeutenden Vernehmung zu Herrn v. Tausch geladen. Letzterer empfing mich mit der Bemerkung: „Na, Sie sind wohl froh, Bismarck los zu sein?“ Ich war damals Mitarbeiter der „Freisinnigen Zeitung“. Tausch lenkte das Gespräch auf die offiziöse Presse und behauptete, daß diese zu Börsen-Spekulationen benützt werde. Er erwähnte des Wolff'schen Telegraphen-Bureau und nannte dabei den Namen Reichsdröber, der Hauptaktionär des von Auswärtigen Aente reffortirenden Bureau sei. Dann brachte er das Gespräch auf Herrn Schweinburg, auf den er sehr böse zu sein schien. Er sagte, daß dieser 30 000 M. von der Diskonto-Gesellschaft beziehe. Er sagte mir wiederholt, ich könne diese Dinge veröffentlichen, namentlich was sich auf die „Berl. Pol. Nachr.“ beziehe. Ich fragte ihn, ob ich ihn event. als Zeugen angeben könne. Er verteidete dies mit Rücksicht auf seine amtliche Stellung. Er nannte mir aber den Generalkonsul Kuffel, der den Vertrag mit Schweinburg abgeschlossen habe. Er, Tausch, habe den Vertrag selbst gelesen und erzählte mir den Inhalt der §§ 1 und 2. Die Hauptsache war zweifellos die politische Unterhaltung, die Vernehmung war völlig nebensächlich. — v. Tausch behauptet, daß er durch das Gespräch sich selbst informieren wolle, da er doch nun mal mit einem Bericht über Schweinburg betraut war. — Zeuge Walther meint dagegen, daß es ihm so vorgekommen sei, als wolle v. Tausch ihn informieren, denn was er selbst Herrn v. Tausch hätte erzählen können, sei minimal gegenüber dem gewesen, was v. Tausch wußte! Sein Eindruck, den er aus den Mittheilungen des v. Tausch gewonnen, sei der gewesen, daß im Staate eine außerordentlich bedeutungsvolle Korruption herrsche.

**Dr. Levysohn soll ungläubwürdig gemacht werden.**

Um der Bedeutung des Zeugnisses des demnachst zu vernehmenden Zeugen Chefredakteurs Dr. Levysohn ein Paroli zu bieten, sind von der Verteidigung zwei Polizeibeamte geladen worden, die bekunden sollen, daß der Zeuge Anfangs der 80er Jahre gelegentlich einer Nachsuchung nach einem Manuskript sein Ehrenwort gebrochen habe.

**Polizeirath a. D. von Haake**

zuleht in Frankfurt a. M., jetzt a. D.: Er habe einmal in der Redaktion des „Berl. Tagbl.“ mit dem Kommissar Schöne eine Nachsuchung nach einem Manuskript gehalten. Dr. Levysohn sagte dabei: „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß das Manuskript nicht mehr hier.“ Bald darauf wurde das letztere in einem Nebenzimmer vorgefunden. Der Vorfall habe sich 1882 oder 1888 abgespielt. Dr. Levysohn habe nach der Auffindung des Manuskripts angedeutet, er habe nur sagen wollen, daß das Manuskript sich nicht in diesem bestimmten Zimmer befinde; Zeuge will aber die Bedeutung der Worte nur so aufgefaßt haben, daß das Manuskript überhaupt nicht mehr vorhanden sei.

**Kriminalkommissar Schöne**

tritt im allgemeinen den Ausführungen Haake's bei; den Wortlaut der Levysohn'schen Erklärung gibt er ganz anders. Nach ihm soll Levysohn gesagt haben: „Wenn Sie nach dem Manuskript suchen wollen, so bemühen Sie sich umsonst; ich gebe Ihnen mein Ehrenwort — und Levysohn betonte das sehr energisch — dasselbe ist vernichtet.“ Auch er hat den Eindruck gehabt, daß Dr. L. mit seinem Ehrenwort habe bekräftigen wollen, daß das Manuskript überhaupt nicht mehr in den Redaktionsräumen sei. Ihn selbst habe dies so agirt, daß er damals dem ihm bekannten Abg. Cremer Mittheilung von dem Vorfall gemacht und dieser den letzteren in „Deutschen Tageblatt“ veröffentlicht habe.

H. A. Lubzjynski: Warum haben Sie diese Mittheilung über diese Sache an Herrn Cremer gegeben. — Schöne: Weil dieser Vorbruch mich ärgerte, und ich sagte es ihm mit dem Wunsche, daß die Presse davon erfahre. — Lubzjynski: Halten Sie es mit Ihrer Amtspflicht vereinbar, Dinge, die Sie in amtlicher Eigenschaft erfahren... — Präsi. (unterbrechend): Aber... — Schöne: Ich habe sonst mit der Presse nichts zu thun. — Präsi. (kurz): Das hat für und kein Interesse.

**Widerspruch in den Aussagen der beiden Polizeibeamten.**

Der Oberstaatsanwalt macht auf die auffälligen Widersprüche in den beiden Zeugenansagen aufmerksam. Herr Haake sage: Levysohn habe erklärt: Das Manuskript sei nicht mehr hier; Herr Schöne aber: das Manuskript ist vernichtet. Derselbe Widerspruch besinne sich in der Voruntersuchung, aber gerade umgekehrt; damals habe aber Haake die Version des Vernichtens gegeben und Schöne jene, daß es nicht mehr hier ist. Den Widerspruch erklären die Beamten schließlich dahin, daß Herr Levysohn vielleicht beide Versionen gebrought habe, da Schöne erst später ins Zimmer gekommen sei. Schöne behauptet nämlich, er habe das Manuskript gefunden, will es aber nicht auf seinen Eid nehmen, da möglicherweise doch ein anderer Beamter es gefunden habe. Es sei schon zu lange her. Die Thatsache, daß Haake dagegen könne er sich ganz genau befinden. Eine Thatsache, daß Levysohn wider besseres Wissen bei Abgabe seines Ehrenwortes gehandelt habe, vermögen die Zeugen nicht anzugeben. — Der Vorsitzende macht darauf

aufmerksam, daß die Sache 13 Jahre her sei. — Oberstaats- anwalt: Haben Sie sich in Ihrer Praxis schon jemals durch die Verpöndung eines Ehrenwortes von einer Haussuchung abhalten lassen? — Beide Zeugen verneinen dies.

**Der Hauptbelastungszeuge Dr. Levysohn.**

Ueber diese Ehrenwortgeschichte habe er nur noch eine ganz dunkle Erinnerung. In der Redaktion des „Berliner Tageblatt“ bestimme eine Hausordnung, welche bestimmt, daß Manuskripte einen Tag nach ihrer Benutzung verbrannt werden sollen. Dies geschehe auch. Wenn er nun wirklich verifiziert haben sollte, daß das Manuskript nicht mehr vorhanden sei und es sich dann doch vorfand, so könne seine Versicherung nur auf Grund jener Gepflogenheit gegeben sein. Doch er diese Versicherung mit seinem Ehrenwort bekräftigt haben sollte, wisse er nicht, er glaube es aber durchaus nicht, denn er pflege sein Ehrenwort nicht so häufig zu geben. Wichtig sei es ja, daß damals das anti- semitische „Deutsche Tageblatt“ diese Affäre zu einem Artikel benutzte habe; er sei aber zu sehr daran gewöhnt gewesen, so dieser Seite mit Schmutz beworfen zu werden, so daß auch dieser Angriff auf ihn keinen besonderen Eindruck machen konnte.

Der Zeuge wird hierauf über seine Begegnung mit Tausch und das oft erwähnte Gespräch mit ihm in der Redaktion des „Berliner Tageblatt“ am 21. Oktober vernommen. — Der Vorsitzende erlucht ihn dringend, sich bei seiner Aussage genau zu prüfen, er glaube ja nicht, daß er einen Meineid geleistet habe, aber es sei vielleicht doch möglich, daß beide Aussagen in einem dem Angeklagten günstigen Sinne sich vereinigen lassen, da von dieser vielleicht das Schicksal des Angeklagten abhängt. Der Zeuge weist zunächst darauf hin, daß, als er im Ledert-Prozeße plötzlich vorgeladen wurde, er seine Aussage nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe, ohne zu wissen, daß er sich damit in Widerspruch mit den Aussagen Tausch's setze. Der Besuch Tausch's habe anlässlich den Zweck gehabt, Nachfrage nach der zweiten Hälfte eines in seinen Händen befindlichen Manuskripts über die Ledert-Affäre zu halten. Bei dieser Gelegenheit habe er gefragt, wer denn eigentlich dieser Ledert sei, worauf ihm v. Tausch gesagt habe, er sei Journalist und schreibe Theaterkritiken für die „Tägliche Rundschau“; dann habe er hinzugefügt, daß Ledert für die „Rundschau“ im Auswärtigen Aente empfangen worden sei. Daran habe sich dann eine zweite Hälfte der Unterredung geknüpft, in welcher v. Tausch allerlei Mittheilungen über hohe Persönlichkeiten machte. Als er dann beim Weggehen sagte: „Das bleibt unter uns“, habe er, Zeuge, dies auf den zweiten Theil des Gesprächs bezogen. Er habe die Thatsache, daß Ledert im Auswärtigen Aente empfangen werden sollte, auch sofort mit dem Ausdruck des Erstaunens seinem Kollegen Grüttesen mitgeteilt und dann sofort zu Papier gebracht. Er habe damals natürlich nicht gekannt, daß dieser Vorgang eine so große Tragweite erhalten würde, sondern habe die Mittheilung nur mit erklärlichem journalistischen Interesse entgegen genommen, weil sie drei journalistische Nova enthielt.

**Kreuzverhör.**

Präsi.: Ist die Behauptung, daß Ledert im Auswärtigen Aente empfangen worden sei, nur die Wiedergabe einer Aeußerung Tausch's oder nur eine Schlussfolgerung Ihrerseits, die Sie als leihwürdiger Zeitungsmann herausgehört haben. Können Sie für die Worte einsehen oder sind sie bloß eine Schlussfolgerung. — Levysohn: Auf keinen Fall eine Schlussfolgerung. Als ich sie niederschrieb, so auf Grund direkter Aeußerungen.

Präsi.: Was konnte es denn für Interesse haben, daß ein Mann wie Ledert, den wie hier ja alle gesehen haben, im Auswärtigen Aente empfangen wird? — Der Zeuge erwidert, daß die Bedeutung Ledert's in den Berichten lag, die über diese ganze Angelegenheit, die zu dem Prozeß Ledert-Löhnow führte, in den Blättern erschienen. — Präsi.: Also Sie bleiben bei Ihrer ersten Darstellung bestehen? — Levysohn: Ich kann beim besten Willen nichts zurücknehmen. — Präsi.: Sie thun gerade so, als ob ich Sie bitte, etwas zurückzunehmen. Ich will nur die Wahrheit hören. Mit zwei Worten kann man keine Zeitung füllen, so macht man oft aus 2 Worten 2 Spalten. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie in der Voruntersuchung sagten, Sie hätten die Worte Tausch's sofort niedergeschrieben, ohne vorher mit jemand Rücksprache genommen zu haben, nachher schrieben Sie aber doch dem Untersuchungsrichter, Sie hätten sofort nach der Unterhaltung Ihrem Redakteur Grüttesen Mittheilung von dem Tausch'schen Gespräch gemacht, also vor der Niederschrift. — Levysohn läßt diesen Punkt mit Bezugnahme auf eine Stelle im Singold'schen Protokoll auf. Ein Irrthum seinerseits sei nicht möglich; er wolle es aber unentschieden lassen, ob Tausch gesagt hat: „Ledert wird im Auswärtigen Aente empfangen“, oder aber: „Ledert soll im Auswärtigen Aente empfangen werden“.

**Die anonyme Postkarte.**

Der Zeuge wird weiter über die anonyme Postkarte vernommen, welche allerlei über Herrn v. Löhnow enthielt: „Ich glauke — so führt er aus — diese Nachrichten könnten für Herrn v. Marschall, der damals den Prozeß angezettelt hatte, von Interesse sein und ich beauftragte Singold-Stark, die Karte ins Auswärtige Aente zu bringen. Der Herr Staatssekretär scheint aber dieser Karte keine besondere Bedeutung beigelegt zu haben, sonst könnte sie an Herrn Singold-Stark nicht zurückgelangt sein. Es ist so dargestellt worden, als ob ich bei Herrn v. Marschall nur so ein- und ausgebe; ich denke, die übliche Aussage des Herrn v. Marschall über diese Legende doch wohl zerstückt haben. Später hat mich Herr v. Marschall einmal zu sich bitten lassen und mir die Frage vorgelegt, von wem ich dem eigentlich die Mittheilung über den Empfang Ledert's im Auswärtigen Aente erhalten habe. Ich habe erwidert, daß ich das nicht sagen könne, worauf der Herr Staatssekretär erwiderte: „Dann will ich es Ihnen sagen: es ist v. Tausch.“ Ich habe darauf nicht ja und nicht nein gesagt. Daß man eine anonyme Karte an denjenigen giebt, den sie interessieren könnte, ist doch am Ende nichts Absonderliches; Herr v. Tausch weiß doch am besten, daß ich auch ihn einmal eine solche anonyme Postkarte gegeben habe, in welcher die Behauptung aufgestellt wurde, der Kaiser habe dem Fürsten Hohenlohe 150 000 M. aus seiner Privatschatulle zur Ausgleichung der Differenz zwischen seinem hiesigen und seinem Statthaltergehalt gegeben.“

**Tausch will auch Levysohn anpumpen.**

Präsi.: Es ist auch davon die Rede gewesen, daß Sie dem Angekl. Tausch nicht freundlich gesinnt seien, ihm ein Bein stellen wollten. — Zeuge: Mir liegt gewiß nichts fern, als mich in politische Angelegenheiten des Herrn v. Tausch zu mischen, aber ich muß mich wundern, wie ein Mann, der eines Tages in schwerer Nothlage zu mir kommt, um mich um Hilfe anzugehen und dem ich diese Hilfe gewähre, zu der Ansicht gelangt sein soll, daß ich ihm feindlich gesinnt bin. — Oberstaatsanwalt: Und worin bestand diese Hilfe? — Zeuge: Es ist mir nicht angenehm, dies sagen zu müssen. Herr v. Tausch kam eines Tages zu mir und sagte, daß er sich in großer Bedrängnis befinde. Er habe für Freunde Bürgschaft geleistet und werde nun aus Wechselverbindlichkeiten regreßpflichtig gemacht. Er müsse 4000 bis 5000 Mark haben. Ich sagte ihm, daß ich außer Stande sei, ihm zu helfen, worauf er mich inständig bat, mich für ihn bei Herrn Wasse zu verwenden. Ich that ihm den Gefallen, erhielt aber ablehnenden Bescheid. Nun brante mich v. Tausch, doch bei irgend einem guten Bekannten mich für ihn zu verwenden. Ich gab ihm ein Empfehlungsschreiben an einen begüterten und wohlthätigen Bekannten. Nach einigen Tagen kam von Tausch wieder zu mir und theilte mir mit, daß er das Geld erhalten habe. — Präsi.: Angeklagter v. Tausch, was sagen Sie dazu? — Angeklagter v. Tausch: Es mag wohl ungefähr 6 oder 8 Jahre her sein, als

mir die Schulden über den Kopf geschoben waren. Sie betrugten beinahe 15 000 M., ich mußte Rath schaffen. Ich ging zu Dr. Levysohn und fragte ihn, ob er meine, daß Herr Mosse mir beistehen würde. Er meinte, es käme auf einen Versuch an. Als dieser Versuch nach einigen Tagen mißlungen, gab mir Dr. Levysohn an einen Herrn, von dem ich auch schon gehört hatte, eine Adresse; der Adressat gab mir das Geld aber nicht, sondern verlangte, daß Mosse oder ein anderer die Hälfte übernehme. Ich wandte mich wieder an einen anderen Herrn, der mir dann das Geld gab. Weder Herr Mosse noch Herr Levysohn haben mir das Geld gegeben. Herr Dr. Levysohn hat also nur eine Vermittlerrolle gespielt. — Präf.: Das ist auch gerade genug und jedenfalls eine Dienstleistung, die nichts mit Feindschaft zu thun hat. Aber konnten wir nun auf den Kernpunkt zurück.

### Tausch im Kreuzverhör.

Präf.: Als Sie im früheren Prozeß befragt wurden, ob Sie zu Dr. Levysohn gesagt hätten, Ledert werde im Auswärtigen Amt empfangen, da haben Sie erwidert: „Nein, niemals!“ und diese Verneinung haben Sie verschiedene Male wiederholt. — v. Tausch: Herr Präsident, die ganze Unterhaltung ist mir noch beinahe wortgetreu im Gedächtnisse. Ich kam hin zum Dr. Levysohn und theilte ihm mit, daß ich Nachrichten nach dem Höllner'schen Manuskript anstellen habe. Dr. Levysohn erwiderte mir, daß er das Gesuchte nicht besitze, es könne aber sein, daß es mit der jeden Augenblick zu erwartenden Post einlaufe, ich möchte doch ein bißchen warten. Ich setzte mich, worauf Dr. Levysohn die Unterhaltung begann mit der Frage: „Was ist denn eigentlich dieser Ledert für ein Mensch?“ Ich erwiderte, daß es ein ganz junger Mann sei, welcher angehe, für die „Tägl. Rundschau“ zu arbeiten. Dr. Levysohn fragte dann: „Wie mag denn dieser Ledert zu seinen Nachrichten kommen?“ Ich erwiderte, daß er doch wohl hinter Männer haben müsse, denn alles könne dieser junge unreihe Mensch sich unmöglich aus den Fingern gelogen haben. Diesmal hatten wir aber fest zugegriffen, um Herrn Marschall den Beweis zu bringen, daß wir ihn loyal bedienen. — Präf.: Können Sie nicht gesagt haben, daß diese Hintermänner vielleicht im Auswärtigen Amt wären? — Angeklagter v. Tausch: Nein, das kann ich nicht. Ich war schon gewarnt worden, ich solle mich vor Dr. Levysohn in acht nehmen, da wir wußten, daß er mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung stand. Ich war deshalb vorsichtig. — Präf.: Wenn Sie nun wußten, daß Herr v. Marschall auf Ledert erzkert war, so ist es doch befremdlich, daß Dr. Levysohn behauptet, daß Sie von dem Empfang Ledert's im Auswärtigen Amt gesprochen haben, während Sie dies entschieden in Abrede stellen. — Angekl. v. Tausch: Es stand ja bereits in den Akten Ledert's, daß dieser behauptet hatte, er habe seine Hintermänner im Auswärtigen Amt. Ich werde doch nicht etwas aus den Akten perorieren. — Präf.: Wie wollen Sie denn nun den Widerspruch zwischen Ihnen und Dr. Levysohn erklären? Meinen Sie denn, daß Dr. Levysohn einen Meineid geleistet hat? — Angekl. v. Tausch: Nein, freieswegs, das will ich nicht behaupten. Mir ist es erklärlich, Levysohn kannte ja die schlechten Beziehungen zwischen Auswärtigem Amt und politischer Polizei. Er hat etwas heraus gehört, was er gerne hören wollte. Ich glaube ganz gewiß nicht, daß er seine Angaben wider besseres Wissen macht. — Präf.: Aber da der Artikel bereits am folgenden Morgen erschien und Sie denselben, wie Sie zugeben, sofort zu Gesicht bekamen, warum gingen Sie nicht sofort zum Dr. Levysohn und remonstrirten gegen die entstellte Wiedergabe des Gesprächs? — v. Tausch: Von unserem Gespräch war ja eigentlich wenig darin enthalten und wenn ich hingegangen wäre, hätte Dr. Levysohn mir entgegenhalten können: „Was wollen Sie? Das habe ich ja gar nicht von Ihnen.“ — Präf.: Nun, Sie hätten sich dann aber doch auf die Thatsache berufen können, daß Sie die angebliche Entstellung sofort gerügt hätten. — v. Tausch: Herr Präsident, ich legte damals wenig Gewicht auf den Artikel und ebenso mein Vorgesetzter Herr v. Wahl. Erst als wir erfuhr, daß Herr v. Marschall darüber so böse war, wurde Gewicht darauf gelegt. — Präf.: Haben Sie denn den Namen Ledert überhaupt nicht mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung gebracht, daß sich vielleicht darauf ein Irrthum zurückführen ließe? — Angekl. v. Tausch: Nein, ich habe nur davon gesprochen, daß er Hintermänner haben müsse. — Präf.: Geben Sie zu, daß Sie vielleicht gesagt haben, die Hintermänner des Ledert würden im Auswärtigen Amt empfangen?

### v. Tausch schweigt und blickt auf seine Vertheidiger.

Oberstaatsanwalt: Der Angeklagte v. Tausch hat gesagt, es sei möglich, daß Dr. Levysohn dasjenige gehört habe, was er gern habe hören wollen. Welche Thatsache wollte denn Dr. Levysohn hören und welches Interesse sollte Dr. Levysohn daran haben, zu erfahren, daß gerade Ledert im Auswärtigen Amt empfangen werde? — v. Tausch: Ich nehme an, daß Dr. Levysohn die Stimmung zwischen dem Auswärtigen Amt und der politischen Polizei bekannt war. — Staatsanwalt Dr. Eger: War damals schon etwas in der Presse über den angeblichen Empfang Ledert's im Auswärtigen Amt verlaubar, als Sie diese Mitteilung brachten? — Zeuge Levysohn: Meines Wissens nicht.

### Kleine Liebendwürdigkeiten.

Auf weiteres Befragen des Staatsanwalts Dr. Eger bestätigt Zeuge Dr. Levysohn, daß Angeklagter v. Tausch auch bei anderen Gelegenheiten schon manche Mittheilungen ihm gesprächsweise gemacht habe, so z. B. über Eckardt, der früher Hotelangestellter gewesen sei, und den Polizeidirektor Krüger, von dem er sagte, er sei Arthus gewesen und verdanke seine Stellung nicht seiner eigenen Begabung. — Unter den vielen Fragen, die Rechtsanwält Dr. Schwandt in Anknüpfung an diese Aussage an den Zeugen richtet und die im ganzen den Zweck zu haben scheinen, angebliche Widersprüche zwischen der früheren und der jetzigen Aussage des Zeugen zu berühren, befindet sich auch die, ob er nach dem Ledert-Prozeß noch einmal im Auswärtigen Amt empfangen worden sei. Der Zeuge bestätigt, daß er auf Ersuchen des Freiherrn v. Marschall noch einmal von diesem empfangen worden sei; der Staatssekretär habe ihm dabei gewissermaßen eine Ehrenentlassung gegeben, indem er ihm bestätigte, daß er nichts dafür könne, daß Singold-Stark in der Redaktion des „Tagesblatt“ thätig war. — Weitere Fragen des Rechtsanwalts Dr. Schwandt sollen andeuten, daß der Zeuge doch wohl dem Angeklagten v. Tausch nicht freundlich gesinnt sei. So solle er einen anderen Angestellten einmal dahin instruiert haben, daß von einer dem Herrn v. Tausch verliehenen Ordensdekoration keine Notiz zu nehmen sei. — Zeuge: Ich weiß schon, daß Sie hier den Polizeipräsident Singold-Stark, der sich in unsere Redaktion eingeschlichen hatte, gegen mich ausspielen wollen. Es handelte sich nur darum, ob in einer besonderen Notiz die Ordensverleihung gemeldet werden sollte, wozu ich keine Veranlassung sah, oder ob sie unter der Rubrik „Ordensverleihungen“ gemeldet werden sollte. — Rechtsanwält Dr. Schwandt: Ist es dem Zeugen nicht etwa wirklich nur darauf angekommen, dem Herrn v. Tausch eine Falle zu stellen? Es kann ja sein, daß er die beste Ueberzeugung hatte, daß v. Tausch ein politischer Intrigant sei und daß er ihn feindselig wollte, um so ein Beweismittel für das Auswärtige Amt zu haben. — Zeuge: Mir liegt nichts ferner als das. — Rechtsanwält Dr. Holz erbittet sich nun Rücksicht auf die Bekundungen des Herrn Marschall in literarischer Feindschaft lebe. — Zeuge: Herr Harden hat vor Gericht die Gefühle angedeutet, die ihn für mich erfüllen. Er hat dabei gesagt, daß er mit einer gewissen Dankschuld verbunden sei, daß er gewiß recht, denn er verdankt mir die ersten Erleichterungen auf der bornhellen Bahn der Schriftstellerei, auf die er sich begeben, nachdem er seinem Schanzpfeilerbesuch Valet gesagt. Ich habe damals seine Begabung zuerst erkannt und ihm eine große Zeitung geöffnet. Sein Bruder, der jetzige Oberbürger-

meister von Posen, Herr Billing, kam damals zu mir und fragte mich, ob ich das Talent seines Bruders für ausreichend hielte. Ich bejahte es und sagte: er hat das Talent, der bedeutendste Pamphletist Deutschlands zu werden. Diese Prophezeiung ist eingetroffen. — Präf.: Wollen wir hier das Verhältnis der Herren Literaten zu einander noch weiter erörtern? — H. Holz: Ich wünsche auch nur zu wissen, ob der Zeuge mit Herrn Harden verfeindet ist. — Zeuge: Verfeindet insofern, als mich Herr Harden bei jeder Gelegenheit angreift und ich ihm nie antworte.

Hierauf wird eine Reihe von Kreuz- und Querfragen der Rechtsanwält Dr. Selko und Dr. Schwandt beantwortet.

### Letzte Frage.

Oberstaatsanwalt Drescher wünscht noch einmal eine ganz bestimmte Auskunft von Dr. Levysohn, ob es nicht möglich sei, daß er vielleicht Mittheilungen, die er der Höllner'schen Korrespondenz entnommen, mit Angaben des Angeklagten v. Tausch verwechselt habe. — Zeuge: Nach meinem besten Wissen muß ich dabei verharren, daß die Notiz, nach welcher Ledert im Auswärtigen Amt empfangen werde, lediglich auf Mittheilung des Herrn v. Tausch zurückzuführen ist. — Mit der Verlesung des stenographischen Berichts über die frühere Aussage des Zeugen schließt der Vorsitzende die Sitzung um 5 Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr.

## Lothales.

### Ein neue That des Direktors der Berliner Universität.

Wie den Lesern wohl noch bekannt sein wird, wurde im vorigen Semester von einer Studentenversammlung, die von einem Akademiker einberufen war, — einem Studenten war dies nicht erlaubt worden — ein vorbereitendes Komitee zur Errichtung allgemeiner studentischer Ehrengerichte gewählt. Dies hatte die Statuten beraten, sie dem Rektor eingereicht und ihn nunmehr um Erlaubnis zur Abhaltung einer Studentenversammlung gebeten. Darauf vom folgenden Bescheid: Der Rektor erklärt zwar, der Ehrengerichtsbewegung freundlich gegenüber zu stehen, eine allgemeine Studentenversammlung aber nicht genehmigen zu können, wenn nicht die Mehrzahl der Studirenden insbesondere der inkompletten grundsätzlich dafür seien und bestimmte Vorschläge vorliegen, da „andernfalls die Ehrengerichtsbewegung den Frieden unter der Studentenschaft der Universität gefährden und zu Mißthätigkeiten führen könnte.“

Das kommt davon! Trauer herrscht bei den Aktionären der Maschinenfabrik für Mühlenbau vormalig C. G. B. Kasper in Berlin. Das verfloßene Geschäftsjahr steht nämlich hinsichtlich seines Gewinnergebnisses dem Vorjahre bedeutend nach. Während in diesem Jahre 129 502 M. eingekehrt wurden, beträgt der Reingewinn pro 1896 nur 20 419 M. Die armen Aktionäre müssen daher diesmal mit 1/2 pSt. Dividende zufrieden sein, während sie im Vorjahre wenigstens 5/2 pSt. erhielten. Unter den Gründen, welche diesen Gewinnschwund erklären, führt der Geschäftsbericht auch an, daß die Gesellschaft im Berichtsjahre von einem drei Wochen andauernden Eisler- und Malerstreik betroffen worden sei. Diesen Streik hätte die Direktion jedenfalls vermeiden können, die Aktionäre würden es ihr heute vielleicht dank wissen. Aber das kommt davon!

Die Gottlosigkeit in Berlin. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: „Kein einziger Abendmahlsgast wendete sich am Sonntag nach dem Festgottesdienst in der Garnisonkirche, obgleich von der Kanzel herab auf die nachfolgende Abendmahlfeier hingewiesen war, — ein Beweis für die Thatsache, daß der religiöse Sinn immer mehr in Volle abnimmt.“ Und das in einer ungeliebten Garnisonkirche!

Die Erwerbung eines Holzein für das Berliner Museum wurde dieser Tage von der „A. Z.“ gemeldet. Es handelt sich, wie wir erfahren, um das als ausgezeichnetes Werk des Meißners bekannte Portrait eines ungenannten Mannes, das aus dem Nachlaß des englischen Malers Millais für den Preis von 63 000 M. von dem Museumsverein, nicht der Museumsverwaltung, erworben wurde. Der Museumsverein hat sich beinahe ausschließlich zum Zwecke gebildet, um in Hölle, wo es sich um schnelle Erwerbung bedeutender Kunstwerke handelt, einzutreten, da Ankäufe durch die Museumsverwaltung erst nach langwierigen Sitzungen verschiedener Kommissionen stattdessen können. Dadurch würde dem Museum manches wertvolle Kunstwerk entgehen, das nun der Museumsverein ankauft, um es dann der Regierung zu überlassen. Der Verein kauft auch Bilder und Skulpturen für eigenen Besitz an, die im Museum aufgestellt sind. Der neue Holzein ist ein Meisterwerk allerersten Ranges. Zur Zeit befindet er sich in den Händen eines erfahrenen Konservators, der ihn in ausstellungsfähigen Zustand bringen soll.

Die Ausbringung der alten Hausnummern in Straßenzügen, welche unnummerirt werden, wird von der Polizei jetzt nur noch in beschränkter Weise zugelassen. So ist es nicht statthaft, daß neben der neuen Hausnummer der Vermerk, früher Nummer (alte Nummer) angebracht wird. Die alte Nummer darf von jetzt ab nur noch sichtlich an der Hausfront befestigt werden, nachdem die Zahl durch einen deutlich sichtbaren Strich in der Mitte des Schildes als ungültig gekennzeichnet worden ist.

Wie berichtet wird, soll die Berliner Packetfahrt-Gesellschaft die Briefbeförderung der Privatpost künstlich erworben haben. Für das Geschäft sowie Uebernahme der sämtlichen Besitztümer, Betriebsmittel, als Fahrräder u. s. soll die Packetfahrt-Gesellschaft 120 000 M. zahlen. Die Abschließung des Vertrages dürfte voraussichtlich bereits in den nächsten Tagen erfolgen. Wenn die Nachricht stimmt, so wäre der Privatpostverkehr, soweit er auf die Briefbeförderung beschränkt ist, wieder in den Händen einer einzigen Gesellschaft, was vom Publikum wohl auch nicht sehr bedauert wird.

Beim Bau der elektrischen Hochbahn sind am vorgestrigen Montag die beiden ersten kolossalen Eisenträger in der Gischinerstraße errichtet worden, und zwar an der Stelle, wo unweit des Halle'schen Theaters die Mittelpromenade beginnt.

An stelle der eingegangenen städtischen Männer-Bade-Anstalten An der Schlei und in der Burgstraße ist gegenüber der Mänge zwischen der Schlei und Jungfernbrücke durch Ueberbauung des Mühlengrabens und des rechtsseitigen fiskalischen Uferstreifens von der städtischen Bauverwaltung eine neue Doppel-Flußbade-Anstalt für männliche Personen mit einem Kostenanwande von 100 000 M. geschaffen worden, die zu den Fluss-Bade-Anstalten Berlins gezählt werden muß. Zwischen den Häusern An der Schlei 2 und 4 erhebt sich das mit zwei Thürmen gezierte neue Kuppelgebäude, das abweichend von den übrigen hiesigen Flussbadeanstalten nicht aus Holz, sondern aus Eisensackwerk besteht. Sämtliche Einrichtungen dieses neuen Flussbades sind bequem und zweckentsprechend angelegt. Bedürftige haben unentgeltlich Zutritt.

Die gefrige Parade auf dem Tempelhofer Felde rief dadurch eine große Freude in der Bevölkerung Berlins hervor, daß sie bereits um 10 Uhr zu Ende war. Das Verkehrsleben in den Straßen blieb somit „nur“ für etwa drei Stunden gestört. Es hatte sich anfallend wenig Publikum zu dem Schauspiel eingefunden; desto zahlreicher war aber die Schutzmannschaft vertreten. Die Mannschaften einiger entfernt gelegener Polizeireviere kamen in Kramern angefahren; als so ein Fußwerk der Oranienplatz passierte, rief die umlaufende Jugend: „Hurrah, die Schutzleute machen heute eine Landpartie!“

Die Polizeistunde. 21 Gastwirthe erhielten im 65. Polizeirevier an einem der letzten Abende Strafmandate, weil sie ihren Gästen die bisher übliche Bierstunde zum Verlassen des Lokals gewährten. Tags darauf wurden sämtliche Wirthe des Bezirks aufs Revier beschieden und ihnen eröffnet, daß die diesbezügliche Vergünstigung endgiltig aufgehoben sei und sie ihre Lokale pünktlich bei Eintritt der Polizeistunde zu schließen hätten.

Auf eine seltsame Art ist gestern der Arzt Dr. Weißbach in seinem Logis Hotel Stettiner Hof, Invalidenstr. 117, zu Tode ge-

kommen. Er kam morgens um 6 Uhr angeheitert nach Hause und legte sich gleich schlafen. Im Schlafe zerlief er ein auf dem Nachtschiff stehendes Wasserglas derart unglücklich, daß er sich an den Scherben des Pulsdarm durchschnitt. Ohne daß er wieder zum Bewußtsein gekommen wäre, verblutete er. Als ein Hausdiener am Nachmittage ins Zimmer eingedrungen war und das Unglück bemerkte, wurde ein Arzt herbeigerufen, der jedoch keine Hilfe mehr leisten konnte.

Vermißt wird seit Sonnabend die ungefähr vier Jahre alte Tochter Elisabeth des Beamten Laube aus der Grünauerstr. 9. Das Mädchen hielt sich am Sonnabend Abend an der Ecke der Camphauserstraße (Hafenstraße) auf und ist seitdem spurlos verschwunden. Die Kleidung des Kindes bestand in einem schottisch-karrierten Oberkleid, schwarzer, roth geränderter Schürze, schwarzem Strohhut mit gelbem Besatz, schwarzen Strümpfen und schwarzen Lederschuhen. Das Kind hat blondes Haar, blosse Gesichtsfarbe und blaue Augen. Die Figur ist unterleht. Es soll am Sonnabend, den 29. Mai, abends in der neunten Stunde von einem Mann schwächlicher Figur und blasser Gesichtsfarbe, welcher mit schwarzem Gehrock bekleidet war und einen runden schwarzen Hut trug, die Kottbuserstraße entlang durch die Dresdenerstraße nach der Budower Markthalle geführt worden sein. Derselbe soll der Kleinen unterwegs Bonbons gegeben haben, um sie zum willigen Mitgehen nach der Polizeiwache zu bewegen. Bisher fehlt jede Spur über den Verbleib des Kindes. Etwaige Nachrichten wolle man an die Eltern gelangen lassen, die gern bereit sind, eine entsprechende Belohnung für entstandene Mühewaltungen zu zahlen.

Ein Bild des Glücks. Hilflos und krank wurde vorgestern Nachmittag die Arbeiterfrau Anna Hollnack auf einer Bank des Belle-Alliance-Platzes aufgefunden. Sie will am Sonntag Abend gegen 10 Uhr ihre Wohnung verlassen haben, da sie von ihrem Manne schwer gemißhandelt worden sei. Sie sei obdachlos herumgeirrt, bis Schwäche und Schmerz sie übermannt hätten. Die Kranke wurde in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo Querschnitten des Unterleibes, die nach Angabe der Frau von Fustritten ihres Mannes herrühren sollen, festgestellt wurden.

Die jüngst von der bürgerlichen Presse gebrachte Nachricht, daß der von Wilhelm II. dem Kommerzienrath Baare gestiftete Grabkranz auf dem Grabe vermindert worden sei, beruht nach einer Bochumer Mittheilung unseres Düsseldorf-er Parteiblattes auf völliger Erfindung.

In der Bade-Anstalt von H. am Göllicher Ufer ist gestern plötzlich der 46 Jahre alte Malermeister Richard Ehrenreich aus der Dieffenbachstr. 46 einem Schlaganfall erlegen.

Das 16 jährige Dienstmädchen Anna Treptom aus Wasserhausen, das in der Georgenkirchstraße in Stellung ist, sprang gestern Abend am Lustgarten in die Spree, doch konnte die Lebensmüde von Schiffen gerettet werden. Im Krankenhaus erfuhr man von ihr, daß sie aus Liebesgram den Selbstmordversuch begangen hatte.

Der Sommerfahrplan aller Vorortzüge, wie ihn das Annamenc-Bureau Max Werkmann alljährlich in überauslicher und handlicher Ausstattung herausgibt, ist soeben erschienen und wird kostenfrei in den Geschäftsstellen dieser Firma (Potsdamerstraße 128, Friedrichstraße 125, Alexanderplatz 1) verabfolgt.

Orgelvortrag. Fräulein Elise Klein, Fräulein in Kar Walter und Herr Georg Wehe werden den Orgelvortrag in der Marienkirche Mittwoch, den 2. Juni, mittags 12 Uhr, unterstehen. Zur Aufführung gelangen Bach's G-moll-Fantasia, die As-dur-Variationen von Tiele, ein Duett von Dietz u. Der Eintritt ist frei.

Urania. Der wissenschaftliche Vortragsabend, der das stumme Thema „Der Kampf um den Nordpol“ illustriert, wird heute (Mittwoch) zum 100. Mal in der Urania in der Taubenstraße angeführt.

Theater. Die Mitglieder der „Freien Volksbühne“ werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorstellung der ersten Abtheilung am Donnerstag Abend im Thalia-Theater abgehalten wird. Die Vorstellung des „Waldesdramas“ von Königgruber beginnt pünktlich um 8 Uhr. — Ludwig Hübner hat ein neues vieractiges Lustspiel, betitelt „Jugendreue“, vollendet, welches vom Deutschen Theater angenommen worden ist und als eine der ersten Produktionen des nächsten Spieljahres in Szene gehen wird. — In Friedrich-Wilhelm-Bathischen Theater soll der griechisch-türkische Krieg in einer Posse (H. Lehmann's Theaterdirektor im Orient) nächsten dramatisch ausgearbeitet werden. — Im Alexanderplatz-Theater kommen in den Pfingstferien Parodien auf „Die verfluchte Blode“, „Horizont“ und „Die Geisha“ zur Aufführung.

## Aus den Nachbarorten.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß die Differenzen mit der Schlossbauerei in Schöneberg beigelegt sind. Am Donnerstag, den 17. Juni, findet in diesem Lokal eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Der Vertrauensmann.

Im Grunewald ist nicht nur Holzauktion, sondern auch Sonntagsruhe! Die Gendarmen leben in scheinbarer Weise darauf, daß während der Stunden des Hauptgottesdienstes aller „unberührende Lärm“, insbesondere auch das Singen und Musizieren der zahlreichen Ausflügler unterbleibt. So passierte es am Dummelfesttage einem Verein, welcher unter den Klängen einer vortanzenden Musikkapelle den Grunewald durchzog, daß sämtliche Mitglieder der Musikkapelle namentlich festgesetzt wurden, um zur Strafanzüge gebracht zu werden. Und dabei sind die antiken Hauptkirchenstunden in den verschiedenen Grunewaldorten verschieden festgesetzt. Wer hat dich, du schöner Wald, ganz verbaut mit Paragrafen?

Die Verleihung der Stadtrechte an die Gemeinde Schöneberg ist jetzt erfolgt. Die beglückte Ratsversammlung dürfte in den nächsten Tagen zu erwarten sein.

Ein Stück Oseleibierhum recht drohlicher Art wurde dem Publikum am Sonntag in Labbert's Waddschloßchen an der Oberspree offerirt. Dort befindet sich eine Anlegestelle der Stern dampfer. Der Sieg war in der achten Abendstunde zur Hälfte abgegrünt voll von Passagieren, die nach Berlin wollten, die andere Hälfte des Siegs, die für solche Personen bestimmt ist, welche die anliegenden Dampfer verlassen, besand sich selbstverständlich leer. Es war soeben ein Dampfer gekommen, der nach Köpenick weiterfuhr; zweimal verläudete der Wärter die Fahrtrichtung, aber niemand meldete sich zur Mitreise. Als aber das Schiff eben abgefahren war, kam ein gut 30 jähriger Mann in Fülltracht daher und fuhr den Anlegestellen an, warum er denn nicht gerufen habe, er wolle nach Köpenick und nun sei ihm der Dampfer vor der Nase weggefahren. Der Wärter berief sich beschwiegend darauf, daß er seiner Pflicht voll und ganz nachgekommen sei; wenn jemand die Fahrt verweigert, so sei dies nur eigenes Verschulden; überdies sei der Dampfer doch auch weit in den Garten hinein deutlich zu sehen gewesen. Diese Entschuldigungen fruchteten jedoch nichts; der Mann, der nach Köpenick wollte, berief sich energisch darauf, daß er „Amts-verkoffer“ sei, und er werde schon für entsprechende Remuneration sorgen. Verdriss hätte der Wärter ihm vor dem Publikum Platz machen müssen. Hierauf wandte der Schiffsbeamte ein, daß die eine Hälfte des Siegs völlig frei sei, und man doch von den Berliner Gästen nicht verlangen könne, daß sie alleammt von der Stelle weichen sollten. Als der Gute nun immer und immer wieder seine angebliche Autorität zum Vorschein brachte und nicht nachließ, den befabrenen Wärter auszusprechen, wurde endlich das Publikum des Zwischenfalles überdrüssig und in beiseiden, von Gendarmen begleiteten Bemerkungen suchten einige Großväter den Wärternden begreiflich zu machen, daß er durchaus im Unrecht sei. Dieser wurde aber immer hitziger und drohte ein über das andere Mal, dafür zu sorgen, daß der Wärter seine Strafe kriegen. Um zu verhindern, daß dem Angestellten wirklich irgend eine Unannehmlichkeit passire, gaben mehrere Herren, darunter ein Berliner Bezirksvorsteher, endlich ihre Adresse an, damit der Gescholtenen die nötigen Zeugen zur Verfügung habe.

Die Verwundung, welche sich der Arbeiter Max Paul in der Nähe von Köpenick zugezogen hat, beruht in der That auf einem Unglücksfall und nicht, wie in der Sonntagsnummer angenommen wurde, auf einem Selbstmordversuch. Paul hatte das Mißgeschick, so

unmöglich zu stolpern, daß ein Sattelmesser, welches er bei sich trug, ihn an der Brust traf. Nach vieler Mühe gelang es seinem Begleiter, den Verletzten im Krankenhaus unterzubringen.

Die Ortschaft Müggelsheim feierte gestern, am 1. Juni, das Jubelfest ihres 150jährigen Bestehens.

Wegen angeblicher Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Gefangenen wurde am Sonntag der Gefängniß-Aufsicht G. in Alt-Landsberg verhaftet und nach dem Untersuchungsgefängniß in Moabit eingeliefert. G. ist bereits 21 Jahre im Dienst und hat Frau und Kinder.

In Schönberg wird lebhaft darüber Klage geführt, daß bei Prügeleien, die dort jetzt an der Tagesordnung sein sollen, sich so selten Sicherheitsbeamte sehen lassen. Dies kann kaum am Mangel an Polizei liegen, da bei den stets in musterhafter Ruhe verlaufenden Arbeiterversammlungen zum Ueberfluß recht oft ein bis fünf Gendarmen und Polizisten in und vor dem „Lhalorte“ aufgestellt sind.

### Gerichts-Beilage.

Die Ausschreitung, die der Gespanist Georg Liebling sich dem Musikreferenten Löwenhart gegenüber zu Schulden kommen ließ und wegen der er in zwei Instanzen zu einer Gefängnißstrafe von 14 Tagen verurtheilt wurde, beschäftigt immer noch die Gerichte. Einer der Augenzeugen jenes Vorfalls, der damalige Redakteur der „Allgemeinen Musikalischen Rundschau“, Paul Griel, hatte in seinem Blatte eine Schilderung veröffentlicht, welche Herrn Liebling veranlaßte, gegen ihn den Weg der Privatklage wegen Beleidigung zu beschreiten. Im gestrigen Termine wurde durch die Beweis-aufnahme festgestellt, daß die von dem Beklagten gegebene Schilderung in einigen Punkten der Wahrheit nicht entsprach, besonders darin nicht, daß der Kläger nach dem thätlichen Angriff auf Löwenhart aus dem Lokal hinausgeworfen worden war. Der Kläger hatte zwanzig Punkte des Urtheils als beleidigend aufgeführt. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß die von dem Kläger angewandte Bezeichnung (Beilage einer Person verherlichende sogenannte „Weihnachtsgabe“ zum „Berliner Tageblatt“) so plump sei, daß sie gar nicht scharf genug kritisiert werden könne und wenn der Beklagte das Verhalten des Klägers dem Musikreferenten Löwenhart gegenüber als „rowdyhaft“ bezeichnet habe, so könne auch dies nur zutreffend genannt werden. Der Beklagte habe deshalb nur wegen einiger ironischer und höhnischer Ausdrücke bestraft werden können. Die Strafe sei auf 10 W. bemessen worden.

Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft ist von einer Liebesbande schwer gebrandschädigt worden, die gestern vor dem ersten Strafamt am Landgericht II stand. Als die Gesellschaft im Herbst v. J. die elektrische Leitung von Berlin nach Oberschöneweide baute, wurde in der Wuhlschloßhäufig die Leitung zerhackt und der werthvolle Kupferdraht gestohlen. Obwohl Tag und Nacht Wächter die Straße auf und ab patrouillirten, gelang es den Dieben doch, am 16. August 2 Zentner, am 21. September 2 1/2 Zentner, am 4. November 85 Zentner, am 18. November 11 Zentner, am 20. November 6 Zentner und am 29. November 2 1/2 Zentner Draht abzuschneiden und zu stehlen. In der Nacht vom 19. zum 20. Januar d. J. gelang es nun drei im Walde im Hinterhalte liegenden Wächtern, zwei Spitzbuben auf frischer That abzufassen und dieselben an den Ratsvorstand in Himmelsburg abzuliefern. Nachdem die ersten beiden Diebe gefasst waren, gelang es auch, die Komplizen zu ermitteln, so daß sechs Diebe und drei Hehler vor Gericht gestellt werden konnten. Da einzelne Diebe gefänglich waren, so gelang die Ueberführung sämmtlicher Angeklagten leicht. Einer der Diebe, der Händler Emil Schmidt aus Berlin, hat eine interessante Vorgeschichte. Es sind etwa vier Jahre her, da stahl Schmidt mit zwei Komplizen eine mehrere Zentner schwere Glocke von dem Grundstücke der katholischen Kapelle in Moabit, auf welchem eine neue Kirche gebaut wurde. Jeder der drei Glockendiebe erhielt drei Jahre Zuchthaus und wurde nach dem Moabiter Zuchthause gebracht. Hier sind alle drei verrückt geworden. Der eine starb an Gehirnentzündung, der zweite ist geisteskrank geblieben und Schmidt wurde nothdürftig wieder gebesselt, so daß er heute nur als geistig defekt gilt. Das Urtheil lautete für den Arbeiter Rudolf Stärke auf zwei Jahre Zuchthaus, für Schmidt auf ein Jahr drei Monate Zuchthaus, für den Arbeiter Julius Schütz auf ein Jahr Zuchthaus. Ferner für die Arbeiter Schuler, Kabelberg und Krüger auf je 9 Monate Gefängniß, für den Händler Robert Deutsch auf drei Monate Gefängniß. Der Handelsmann Georg Hoffmann wurde von der Anklage der Hehlerlei freigesprochen, gegen den Metallhändler Friedrich Wilhelm Braunsdorf, welcher an beginnender Gehirnverweichung leidet

soß, wurde Vertagung und Explotation des Geisteszustandes beschlossen.

Durch gewerbmäßig betriebene Heirathsschwindeln hat der Kaufmann Otto Höhne, welcher gestern der vierten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde, mehrere Jahre hindurch ein in materieller Beziehung gutes Leben ohne Arbeit geführt. Sechs Mädchen traten gegen ihn auf, die von ihm durch Ehevorsprechungen befehrt worden waren und denen er ihre Ersparnisse aus den Händen gewunden hatte. Von einer der Zeuginnen hatte der Angeklagte sich fogar eine Damenschneiderei einrichten lassen, die er, wenn auch nur auf kurze Zeit, mit fremden Kräften betrieb. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängniß und dreijährigem Ehrverlust.

### Versammlungen.

Eine Protestversammlung der Schneider und Näherinnen gegen den Konfektionsarbeiter-Schutz-Gesetzentwurf und gleichzeitig gegen das Attentat auf das Vereins- und Versammlungrecht wurde am Montag im Konzerthaus Sanssouci abgehalten. Der Referent Joh. Timm besprach den dem Reichstage vorliegenden Entwurf und wies darauf hin, daß die Bestimmungen desselben weit zurückbleiben hinter den Forderungen, welche die Schneider auf ihrem Kongress zu Erfurt in dieser Hinsicht aufgestellt haben, ja, daß selbst nicht einmal die von den Nationalliberalen gelegentlich des Konfektionsarbeiterstreiks im Reichstage ausgesprochenen Wünsche erfüllt würden. Diese gingen bekanntlich dahin, daß die Schutzvorschriften nicht nur auf Werkstätten, sondern auch auf Heimarbeiter Anwendung fänden. So weit gehe nun der Entwurf nicht, sondern er beschränke sich nur auf Werkstätten. Die Forderung werde sein, daß die Unternehmer, denen in der Werkstattarbeit Beschränkungen auferlegt werden, ihre Arbeiten noch mehr als bisher von Heimarbeitern anfertigen ließen, wodurch das Elend, welches diese Arbeitsart mit sich bringt, noch weiter ausgedehnt werde. Eine andere Forderung, die auch die Nationalliberalen im vorigen Jahre aufstellten: eine Spezialaufsicht der Konfektionswerkstätten unter Beiziehung weiblicher Aufsichtspersonen, sei von der Regierung gleichfalls nicht angenommen worden. Die Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln, welche zur Feststellung der Löhne dienen sollen, bedeute immerhin einen Fortschritt gegenüber den jetzigen Verhältnissen. Daher bemühen sich auch die Konfektionäre, mit allen möglichen Mitteln zu verhindern, daß diese Bestimmung Gesetzkraft erlange. Wenn künftig der Bundesrath das Recht haben soll, die Krankenversicherungspflicht auf bestimmte Zweige der Hausindustrie auszuheben, so sei das nur anzuerkennen, denn die Kommunen, denen das Recht jetzt zustehe, hätten dasselbe bisher nur lässig gehandhabt. Nun frage es sich, wann die Vorlage Gesetzkraft erlangen werde. Wenn sie — was immerhin möglich sei — in der gegenwärtigen Reichstagsession nicht mehr erledigt werde, dann würde die Zeit bis zur erneuten Berathung von den Konfektionären vielleicht mit Erfolg benutzt werden, um die Annahme der Vorlage zu hintertreiben. Es sei nun Sache der betheiligten Arbeiter, durch lebhaftest Agitation dafür zu sorgen, daß die wenigen Vortheile, welche der Entwurf den Arbeitern bietet, durch Annahme desselben verwahrt würden. Der Referent ging hierauf zur Besprechung der Verhinderung des preussischen Vereinsgesetzes über und wies darauf hin, welche bedeutende Schädigung der gewerkschaftlichen Bewegung erwachsen werde durch die Fernhaltung der Minderjährigen aus den politischen Vereinen und Versammlungen, da sich eine Grenze zwischen politischen und gewerkschaftlichen Angelegenheiten gar nicht ziehen lasse und die überwachenden Beamten wohl am wenigsten in der Lage wären, zu entscheiden, was politisch ist oder nicht. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung erachtet die von der Regierung vorgelegten Schutzbestimmungen zur Beseitigung der in unserem Beruf amtlich festgestellten Mißstände für vollständig unzureichend; sie erwartet, daß die Parteien, welche während des Konfektionsarbeiterstreiks weitgehende Versprechungen gemacht haben, jetzt auch energisch dafür eintreten werden. Insbesondere erwartet die Versammlung, daß alles ausgetrieben wird, damit noch in der gegenwärtigen Reichstagsession das Gesetz zu Stande kommt. Entschiedensten Protest erhebt die Versammlung dagegen, daß, anstatt unsere dringendste Forderung, das unbeschränkte Koalitionsrecht zu gewähren, durch die Aenderung des preussischen Vereinsgesetzes die Arbeiter und Arbeiterinnen geknebelt und ihre Organisationen zerstückt werden sollen. Die Versammlung hält es für eine Schmach, daß die national-liberale Partei ihre Hand zu dieser Entrechtung geboten hat und fordert alle der Organisation nach fernstehenden Berufsgenossen zum Beitritt auf, um dadurch den wirksamsten Protest gegen jede Vergewaltigung zum Ausdruck zu bringen.

Reinickendorf. Der Arbeiter-Bildungsverein „Zukunft“ hielt am 16. v. Mts. seine regelmäßige Vereins-

versammlung ab. Genosse Knaut sprach in eingehender Weise über die Bildung unserer Erdoberfläche. Da sonst nichts vorlag, wurde die Versammlung geschlossen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 7-8 Uhr statt.  
R. Apolda. 1. Ist an Stadtarbeit irrtümlicher Weise zu viel angeschrieben worden, so liegt kein Betrag vor; ist die Fälligkeit abgeschrieben, bewußt erfolgt, so liegt Betrugsversuch vor, wenn Zahlung infolge der Fälligkeit erfolgt ist, Betrag vor. 2. Das auf Grund irrtümlicher Buchung Gezahlte kann in jedem Fall bei dem Gewerbegericht eingeklagt werden. 3. Wenn nur Fiskus vorliegt; nein; sonst ja. 4. § 119a tritt nicht zu, es kann das Volle zurückerlangt werden. — S. M. 3. 7. Gr kann das Zeugniß und die Beibehaltung desselben verweigern. — S. R. C. — 00516. 1. Ihre Braut braucht nur die Einwilligung, falls sie unter 24 Jahre ist. Der jetzige Aufenthalt des Vaters steht dessen Einwilligung nicht entgegen. 2. Die Dauer einer Scheidungsfrage läßt sich nicht voraussetzen. Einwilligung der Mutter ist nicht erforderlich. — W. R. 1. Ja. — Ferienkolonie 32. Sie sind im Fiskus; die Uebung ist bis zum Austritt aus der Landwehr, der allerdings in der Regel mit dem vollendeten 32. Jahre erfolgt, zulässig. — S. W. Friedrichsberg. Gültig ist der Vertrag. Von seinem Inhalt sind die Bestimmungen gültig, die der Abrechnung entsprechen. — S. R. Charlottenburg. Ist und unbekannt. — S. Z. D. Zur Ernährung der Familie sind die Minderjährigen nicht berechtigt. — S. Z. D. Schriftliche Antwort ertheilen wir nicht. 1. Die Reklamation hat immer nur für das bewilligte Jahr Gültigkeit. 2. Wenn der Vater die Einwilligung zur Ergänzung der Beibehaltung erteilt, so kann seitens des großjährigen Kindes auf Ergänzung der Einwilligung geklagt werden. — Charlottenburg 1000. 12.50 bis 15 W. werden für angemessen erachtet. — S. W. 100. 1. Rein. 2. Kind ist nicht erforderlich. 3. Die Zahl ist nicht bestimmt. — Germ. Sam. 1. und 2. Rein. — S. R. 12. Die Beibehaltungsgelde muß in drei Formulare eingereicht werden. — S. Z. D. Schriftliche Antwort ertheilen wir nicht. Die Garantiefondsnehmer sind zur Zahlung bis in Höhe der Garantie verpflichtet. Sie sind aber nicht verpflichtet, vor Beendigung der Abrechnung, die die Größe des Defizits ersehen läßt, Abschlagszahlungen zu leisten. — S. R. 100. Sprechen Sie in der nächsten Woche gelegentlich in der Sprechstunde vor; es scheint, als ob Sie der Schwindelschlichter nicht verpflichtet wären. — S. Z. 29. Sie dürfen eingehaltene Sachen nicht verkaufen, sondern können nur Ihre Forderungen einbringen und dann die Sachen durch den Gerichtsvollzieher veräußern und verkaufen lassen. — S. Z. 95. Sie können nur noch zu Uebungen herangezogen werden. — S. 300. Die Witwe hat ihre Forderung zu beweisen. — 999 Bransche. 1. Rein; wir leben im „Rechtsstaat“. 2. Durch 1. erledigt. 3. Ja. — G. R. 1. Der Betreffende soll auf schiedsgerichtliche Entscheidung und eventuell auf Entscheidung des Reichs-Versicherungsamts antworten; die an den Runderklärungen halt an den Vormund erfolgte Aufstellung ist rechtswidrig. Den Weg finden Sie S. 128, 129 des „Arbeiterrecht“ von Stahlfingen dargelegt. — W. R. Bereit erledigt. — S. M. 58. 1. Das ist keine Beleidigung. 2. Zuständig wäre das Amtsgericht Charlottenburg. Im Schlichter ist nicht erforderlich, weil in Beleidigungssachen ein vorgängiger Schlichter nur dann erforderlich ist, wenn beide Personen in demselben Gemeindebezirk wohnen. — W. R. 1. Rein; nur wegen der nicht länger als seit 1/2 Jahr fälligen Steuern darf Vollmacht vorgenommen werden. 2. Beschwerde an den Magistrat, eventuell Klagen. — 2. Wettkunde 100. Mäherin 127. Ja. — S. R. 100. 1. Rein. 2. Welche freie Dienststelle in Deutschland die beste ist, können wir dem Urtheil der Interessenten nicht vorgehen. — S. R. 5. Darüber hat nur die Schulbehörde zu bestimmen. — O. W. 36. Da die Kinder über 7 Jahre alt sind, so hatten diese selbst, nicht aber deren Väter für den den Scheiden zugehörigen Schaden. — Wählerfrage. Sie können lediglich auf angemessenen Ertrag für Rückgewährung der Räume und auf Gewährung der Räume — beim Amtsgericht — klagen. — Jakobfrage. Rein —

### Witterungsübersicht vom 1. Juni 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebar. auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (90 F.)
Ewinemünde	764	N	2	Regen	18
Hamburg	764	OSO	2	wolkenlos	19
Berlin	763	NNO	3	heiter	19
Wiesbaden	762	NO	1	wolkenlos	19
München	763	O	3	wolkenlos	18
Wien	761	N	2	heiter	15
Japaxanda	770	S	2	wolkenlos	20
Petersburg	769	OSO	1	wolkig	21
Got.	769	OSO	4	wolkig	12
Abbeben.	767	ONO	2	heiter	18
Paris	759	OSO	2	Regen	19

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 2. Juni 1897. Etwas kühler, theils heiter, theils wolkig, mit leichten Regenfällen und schwachen nördlichen Winden.

## Buchbinder!

Donnerstag, den 3. Juni 1897, abends 8 Uhr, in Keller's Festsälen großer Saal, Koppenstr. 29:

## Große öffentliche Versammlung

sämmtlicher in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.  
Tages-Ordnung:  
1. Die vom Verband Berliner Buchbinderei-Besitzer geplante Verlängerung der Arbeitszeit auf 11 Stunden. Referent Kollege Alex Sallor. 2. Das Attentat auf das Vereins- und Versammlungsrecht. Referent Kollege G. Schmidt. 3. Verlesenen. 4. Kollegen und Kolleginnen! Das dringende Verlangen der Buchbindereibesitzer macht es Euch allen zur Pflicht, vollständig in dieser hochwichtigen Versammlung zu erscheinen. Nehmt Euch durch nichts abhalten, derselben beizuwohnen. Es gilt einstimmig Protest zu erheben gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und gegen die Verhinderung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Darum erscheint alle Mann für Mann.  
Mit kollegialem Gruß: Die Vertrauenspersonen.

## Achtung! Maurer. Achtung!

Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr: 280/18  
Grosse öffentliche Maurerversammlung  
in Keller's großem Saal, Koppenstraße Nr. 29.

Tagesordnung: 1. Entgegennahme der Antwort des Innungsbandes auf die ihm gestellten Forderungen der Berliner Maurer. 2. Stellungnahme zu dem am 26. Mai in der Wedding-Versammlung angenommenen Antrag. 3. Gewerkschaftliches. Die Lohnkommission.

## Spandau.

Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr. Brauerei Pichelsdorf:  
Protest-Versammlung  
gegen die neue Vereinsgesetz-Vorlage.  
Referent: Reichstags-Abgeordneter H. Pous. 266/5  
Die Vertrauensleute.

## Chemigraphen.

Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Zabell, Lindenstraße 106:  
Mitglieder-Versammlung.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Um zahlreich anzuw. Best. Bittet Die Ortsverwaltung. 97/12

## Unfallverletzte!

Kontrolle der Bescheide, Verurtheilung, Rechtschriften billig und wirksam. 2-4. Krausenstr. 14 im Lokal.  
Freunde und Genossen bitte ich, mich während der Abwesenheit meines Mannes in derselben Weise zu unterstützen, als früher.  
NB. Für gute Speisen u. Getränke werde ich nach wie vor Sorge tragen.  
24488 Hochaltingerwall  
Frau Wilhelmine Erbe,  
Gudrystraße 25.

## Photographien

Beste Ausführung. Billigste Preise.  
Atelier Albert Eikes,  
Nitter-Strasse 106. Ecke Prinzenstr.

## 2. Wahlkreis. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Am Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn H. Martens, Friedrichstr. 236:  
Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Leo Arons über: „Sozialdemokratie und Dreiklassenwahl-System“. 2. Diskussion.  
Gäste haben Zutritt. — Mitglieder werden aufgenommen. Zahlreichen Besuch erwartet. 238/13  
Der Vorstand.

## Achtung! 4. Wahlkreis (Süd-Ost).

Am 2. Pfingst-Feiertag in der „Stralauer Brauerei“:  
Großes Früh-Konzert.

## Volksbelustigungen.

Gesangs-Aufführungen von Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes.  
Auftritt des Romus Hr. Oretu.  
Die bedeutend vergrößerte Kasseeckstube ist v. 4 Uhr an geöffnet. Alter 60 Jf.  
Im grossen Saale: TANZ.  
Billets à 20 Pf. sind in den bekannten Kassisten zu haben. 216/2  
Die Vertrauenspersonen.

Im Erscheinen begriffen ist:  
Geschichte  
der  
Deutschen Sozialdemokratie  
von  
Franz Mehring.  
Erscheint in wöchentlichen Lieferungen à 20 Pf.  
Den geehrten Gesangsvereinen zur Nachricht, daß ich noch Montag frei bin.  
Franz Apel, Gesangsleiter, 24450 Frankfurterstr. 110.  
v. 2 R. ev. Theilz. Frau  
Jähne Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.  
Für 36 Mark  
Nehere feinen Anzug u. Maß. Für 30 R. f. Sommer-Paletot nach Maß. Für 8-12 R. feinste Hosen nach Maß.  
Bedeutendes Stofflager.  
Krausenstr. 14, I, kein Laden.  
Auf Theilzahlung!  
Schlag-Regulat. 14 Z. geh. 18 R.  
Silb. Herren-Kamot-Ähr 15 -  
2jährige Garantie.  
Charlottenstraße Nr. 15.  
Rein Abgangschneiderei.  
Knaben-Anzüge  
u. Mädchenkleider, Reiser- u. Anzügen  
sehr billig bei Otto Hoffmann,  
Bretterstr. 14. 2345b  
Geiragene Tüfel sind billig zu  
haben. Charlottenburg, Sprestr. 24.  
Startes Tourenrad billig verkauft  
Rabenerstr. 21, II, Saal. 2450b  
Schloßstiege für Herrn bei Seger,  
Platanenstr. 44, 3 Treppen. 2443b  
Gut erhalt. Kinderwagen verk. bill.  
Pöcherstr. 58, Hof II. r. 2446b  
Erläute Frau Zimmermann als eine  
Ehrenfrau. Wolf, Faldensteinstr. 6.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

An die auf grund der Arbeiter-Ver- sicherungsgesetze gewählten Arbeitervertreter im Deutschen Reiche!

Werthe Kollegen! Auf grund der §§ 41 und 87 des Unfall- versicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 findet in diesem Jahre die Wahl in der vom Reichs-Versicherungsamt noch näher festzusetzenden Zeit, sowie über die zu bestimmende Zahl der nichtständigen Mitglieder und deren Stellvertreter zum Reichs-Versicherungs- amt, statt. Diefelbe wird von den auf grund dieses Gesetzes (§§ 41 bis 44) gewählten Arbeitervertretern vollzogen.

Da die Mandate der jetzt gewählten nichtständigen Mitglieder sowie die Mandate der Stellvertreter mit dem 30. September d. J. ablaufen, findet schon vor dieser Zeit die Neuwahl derselben statt. Diese Neuwahl würde, nach den vorübergehenden Wahlen zu urtheilen, gewöhnlich in den Monaten Juni, Juli und August vorgenommen; es ist daher mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß auch die diesjährige Wahl in dieser Zeit stattfindet.

Der „Berliner Arbeitervertreter-Verein“ hatte die Wahl im Jahr 1895 in der geschehenen Weise in die Wege geleitet und ist der Ansicht, daß dieses im Interesse unser aller sich in diesem Jahre ebenfalls empfiehlt. Demzufolge sind auch schon diesbezügliche An- fragen von den größeren Städten in diesem Jahre an den genannten Verein gestellt:

- 1. Um eine einheitliche Kandidatenliste aufzustellen, da hierdurch eine größere Stimmensplitterung vermieden wird.
2. Um Vertreter aus den verschiedenen Provinzen und Berufen heranzuziehen und
3. wenn möglich, bekannte und geeignete Vertreter zu empfehlen.

Das letztere ist um so mehr zu empfehlen, da die Zusammen- setzung der Spruchsenate eine besondere ist und die Arbeitervertreter nicht mit den Justizbeamten allein die Sache klarlegen, sondern auch dem Arbeitgebervertreter (Vertreter der Berufsgenossenschaft) gegen- überstehen, dessen hauptsächlichstes Bestreben ist, die Berufsgenossen- schaften so viel als möglich zu entlasten.

Wir richten daher an alle Arbeitervertreter, Krankenkassen resp. Gewerkschaften (freie Hilfskassen sind vorläufig hiervon aus- geschlossen) die Bitte, hauptsächlich in den größeren Städten, daß sie sich über die in der Vorlage zu bringenden Personen verständigen mögen und uns die Vorschläge baldmöglichst zusenden, damit wir zur geeigneten Zeit die Kandidatenliste aufstellen und jedem Vertreter zusenden können.

In Voranschlag sind nur solche Personen zu bringen, welche den §§ 41-44 des Gesetzes genügen und event. schon in einem auf grund dieses Gesetzes bestehenden Organe, z. B. als Schiedsgerichtsmitglieder, thätig gewesen sind. Für letztere würde es am leichtesten sein, gestützt auf die in den Schiedsgerichts-Sitzungen gemachten Er- fahrungen, sich in dem neuen Amte möglichst bald einzuarbeiten.

Wir wollen noch bemerken, daß bei der letzten Wahl vielfach die Ansicht bei den einzelnen Arbeitervertretern vorhanden war, daß, wenn sie sich als Stellvertreter des nichtständigen Mitgliedes wählen lassen, sie nicht so oft in die Lage kommen, dieselben vertreten zu müssen; dem ist jedoch nicht so. Es bleibt sich ganz gleich, ob man als nichtständiges Mitglied oder als Stellvertreter gewählt ist, es werden die letzteren ebenso wie die ersteren zu den Sitzungen, allwöchentlich, gleichmäßig herangezogen. Es mögen also die Vorschlagenden sich dieses vor Augen führen, ob sie vielleicht durch die Wahrnehmung dieses Amtes etwa in die Lage kommen könnten, ihre vielleicht schon lange Jahre inne gehabte Arbeit zu verlieren.

Einmal wird der Arbeitgeber sich dieses gefallen lassen, wenn aber sich die Sache alle Vierteljahre wiederholt, daß der betreffende Ge- wählte immer auf ein bis zwei Wochen die Arbeit verlassen muß, um an den Sitzungen theilzunehmen, der Arbeitgeber dann noch annimmt, daß der betreffende vielleicht nicht in seinem Sinne die Sache vertritt, dann wird der Arbeitgeber bald Mittel und Wege finden, sich des betreffenden Gewählten zu entledigen, dem Gründe lassen sich hierzu sehr leicht finden.

Wir haben denn auch bei den Rechtsgewählten die Erfahrung machen müssen, daß einige, aus Besorgniß, die Arbeit zu verlieren, ihr Amt nicht vertreten haben, und andere, die es dennoch thaten, ihre Arbeitsstelle, in welcher sie schon ein Menschenalter zugebracht hatten, aus irgend einem anderen, vorgeschriebenen Grunde verlassen mußten und nun alt und grau auf das Straßenpflaster geworfen wurden. Im weiteren möge sich auch ein jeder fragen, ob er sich in der Lage befindet, immer auf gewisse Zeit seine Familie zu verlassen.

Wir richten daher nochmals an alle diejenigen, welche sich zu diesem Amte wählen lassen wollen, das Ersuchen, sich dies alles vor Augen zu führen. Im ferneren bitten wir die Arbeitervertreter, Krankenkassen, Krankenlaffen-Vereinigungen, sowie Gewerkschaften, welche sich mit dieser Sache beschäftigen, mit den Vorschlägen recht vor- sichtig zu sein und sich in jeder einzelnen Provinz auf das mindeste zu beschränken, denn bei der vorigen Wahl waren 2 nicht- ständige Mitglieder und 24 Stellvertreter zu wählen. Es folgt hieraus, daß an und für sich schon nicht jede größere Stadt berück- sichtigt werden und dieses sich nur auf die einzelnen Provinzen er- strecken kann. Ebenfalls werden wir nicht auf die Vorschläge von einzelnen Personen eingehen können, sondern nur auf solche von einem sich damit beschäftigenden Organe, z. B. Arbeitervertreter- Vereinigung, Krankenkasse, Gewerkschaft u. s. w.

Die Vorwahlen sind sobald als möglich vorzunehmen und von den in Voranschlag zu bringenden Kandidaten die Adressen an den Unterzeichneten einzusenden. Es muß angegeben werden: Vor- und Zuname, Stand, Wohnung, Ort; wann als Arbeitervertreter gewählt, für welche Berufsgenossenschaft, ob der betreffende bereits ein Amt auf grund der sozialpolitischen Gesetzgebung bekleidet, z. B. als Rassen-Vorstandsmitglied oder Schiedsgerichts-Mitglied u. s. w. Wir eruchen daher die betreffenden allerorts, die Sache in die Hand zu nehmen und gewünshtes Material einzusenden.

Der Vorstand des Berliner Arbeitervertreter-Vereins.
Z. N.: Eugen Simanowski, Vorsitzender, Berlin N., Gartenstr. 78, Portal II, 2 Treppen.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Gerichts-Beitrag.

Wegen der Brand'schen Millionenerbschaft ist gestern der Weidelpolizer Schönknecht von der siebenten Strafkammer am Landgericht I zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Er hatte an dem Grafen Douglas, von dem das Erbe ging, daß er sich an der fabelhaften Erbschaft bereichert habe, dergestalt einen Expresionsversuch begangen, daß er dem Grafen anbot, sich in einem Vergleich mit ihm auseinanderzusetzen; andernfalls würde er die Presse gegen ihn in Anspruch nehmen. Auch hat Schönknecht dem Grafen durch ein Schreiben an den Rektor der Universität Halle beleidigt, nachdem die Universität den Kläger zum Ehren- doktor ernannt hatte. Während andere Angeklagte vor dem Grafen Abbitte leisteten und dadurch von einer Verurtheilung verschont blieben, wollte Schönknecht eine Reihe Beweisanträge stellen, auf die der Gerichtshof jedoch nicht einging. Daraufhin wurde über Schönknecht die oben angegebene harte Strafe ausgesprochen.

Versammlungen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe beschäftigte sich in seiner letzten Versammlung zunächst mit der Angelegenheit des Kollegen Ehrenberg-Nixdorf, von dem behauptet wird, daß er sein Lokal bei Gelegenheit der Zentenarfeier festlich geschmückt und illuminiert habe. Eine Kom- mission war mit der Untersuchung der Angelegenheit betraut worden. Nach den Berichten derselben trifft Ehrenberg daran keine Schuld; er hatte an dem betreffenden Abend sein Lokal an einen Verein abgetreten, hatte also kein Verfügungsrecht darüber, die Illumi- nation war von dem Hauswirth Herrn Brauereidirektor Arndt ausgeführt worden. Nach einer langen, erregten Debatte, in der namentlich Herr Arndt hart mitgenommen wurde, nahm die Ver- sammlung einen Antrag Thais an, der dahin geht, die Handlungsweise des Herrn Arndt bekannt zu geben. Hieraus erhält das Wort zu seinem Vortrage über gerichtliche Erkenntnisse, das Schankgewerbe betreffend, der Syndikus des Vereins, Herr Rechtsanwalt Dr. Schöps. An das Referat knüpfte sich eine aus- gehiebene Fragestellung seitens der Versammelten an den Referenten. Unter Vereinssangesarbeiten und Verschiedenem wird die Frage, ob sehr entfernt (z. B. Brandenburg a. S.) wohnende Kollegen als Mitglieder aufgenommen werden können, dem Vorstand zur Er- wägung überwiesen.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Bibliothek in der Nordstraße 34 nunmehr 26, ist für die Mitglieder an folgenden Tagen geöffnet: Sonn- tags, vermittels von 10-12, Dienstag und Freitag abends 8-10 Uhr. Mitgliederbeiträge werden an diesen Tagen in der Vereinskasse entgegengenommen. Ebenso in folgenden Bibliotheken: Gottfr. Scholz, Admiralstr. 40; Schwanz, Köpenickerstr. 69; Mehl, Formstr. 43; Babel, Rosenkalerstr. 27; Gilmert, Wälderstr. 74; Burghaus, Vintzstr. 32; Blankenshof, Stralanderstr. 57; Werner, Wälderstr. 59; Grub, Mariendorferstr. 6; Kähler, Jungferstr. 1, S. Köpenick, Diefenbacherstr. 30.

Alle Buchstücken sind an den Vorstehenden Paul Wäde jr., 50, Wam- teufelstr. 138, Weidungen an den Kassier G. König, S. Diefenbacherstr. 30, zu senden.
Feier- und Pilsbrotklubs. Mittwoch, Johann-Jacobus, bei Fritz Plegel, Schwebelstr. 33. - Gesundheitsbrunnen, abends 8 Uhr, bei

Kaiserland, Bismarckstr. 87. - Gleichheit, abends 8 Uhr bei Stramm, Mittelstr. 133. - Seine, Nixdorf, abends 8 Uhr, Bruns-Gartenstr. 60, portier. - Einigkeit, abends 8 Uhr bei Geige, Triftstr. 1. - Theater- und Club Morgens, abends 8 Uhr, im Restaurant Ziege, Brüderstr. 67. - Sozialdemokratischer Reitationsklub Eden, abends 8 Uhr, bei Bauer, Prudstr. 22. - Freigeist Artens, abends 8 Uhr, Antonplatz 3 bei Weiser. - Friedrich Engels Norden alle Mittwoch 8 Uhr bei Döbige, Duffenstr. 26.

Arbeiter-Bürgerbund Berlin und Umgebung. Fortgehender Abol- fmann, Schwandstr. 12, v. 1. Tr. Alle Vendenungen im Vereinskalender sind zu richten an Fried. Kottum, Wanteuffelstr. 48, v. 2. Tr. Mittwoch, Abends- klubs abends 8 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. - Liebesfreiheit, 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gruberberg, Wälderstr. 25 bei Woll. - G. H. L. Woll, Wälderstr. 25 bei Woll. - Norddeutsche Schleife, Weidenerstr. 13 bei Weidmann. - Freigeb. (Gemeinschaft Chor), Wälderstr. 57 bei Babel. - Arbeiterklub, Weinstr. 25 bei Späth. - Arbeiterklub, Wälderstr. 21 bei Woll. - Spandau, in Spandau, Neumittelstr. 2 bei H. Wäde. - Deutsche Eiche, Große Frankfurterstr. 133 bei Gold. - Sangesellschaften, Kraut- str. 8 bei Weiser. - Gr

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
 Mittwoch, den 2. Juni.  
 Opernhaus. Uudine.  
 Schauspielhaus. Coriolan.  
 Deutsches. Die verurteilte Waise.  
 Berliner. Die Ratschensbaur von Berlin.  
 Leistung. Die Geisha.  
 Schiller. Madame Bonbard.  
 Neues. Trilby.  
 Linden. Der Riesenbaron.  
 Thalia. Trilby.  
 Friedrich-Wilhelmstädtisches.  
 Die Räuber.  
 Belle-Alliance. Konstantinopel.  
 Residenz. Im Pavilion.  
 Circus. Dorf und Stadt.  
 Alexanderplatz. Alle fünf Barrakons.  
 Eine tolle Prinzessin.  
 Volks. Auf eigenen Füßen.  
 Apollo. Remus auf Erden.  
 Passage-Panoptikum. 500 Sehenswürdigkeiten. Zwei Meilen - Illusionen.

**Schiller-Theater (Wallner-Theater).**  
 Mittwoch, abends 8 Uhr: Madame Bonbard.  
 Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Wollenswurm.

**Volks-Theater**  
 34. Reichenberger-Strasse 34.  
**Sommer-Saison.**  
 Abends 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
**Auf eigenen Füßen.**  
 Gesangsopere v. Pohl u. Wilken.  
 Musik von A. Conradt.  
 Vor der Vorstellung von 6 1/2 Uhr.  
 Sonntags 5 1/2 Uhr.

**Garten-Konzert.**  
 Entree. Wochentags 30 Pf. bis 3 M.  
 Sonntags 50 Pf. bis 3 M.  
**Thalia-Theater.**  
 (vormals Adolph Ernst-Theater).  
 Trilby.  
 Schauspiel in 4 Aufzügen nach dem gleichnam. Roman von G. du Maurier.

**Ostend-Theater.**  
 Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weh.  
 Sommerpreise Parquet 1 R. Dorf und Stadt. Schauspiel von G. Weh.  
 Pfeiffer. Anfang 8 Uhr. Im Garten: Großes Frei-Konzert. - Anfang 6 Uhr. - Am Sonntag zum ersten Male: Unsere Reichspost. Volksstück mit Gesang in 4 Akten v. Kneisel. Musik von Schüller. - Im Garten: Große Eröffnung. Spezialitäten ersten Ranges. Theater, Konzert. Anfang 4 Uhr.

**Apollo-Theater und Konzert-Garten.**  
 Vollständig neues Programm.  
 Um 9 Uhr:  
**Venus auf Erden.**  
 Burlesk-phantastische Operette in 3 Akten in 1 Akt von Volten-Bäcker. Musik von Paul Linde. In Szene gesetzt vom Direktor J. W. H. Auftreten des ausgezeichneten Humoristen

**Otto Reutter**  
 mit seinen attraktiven selbstverfassten Couplets.  
 Kaffeeöffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr.  
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

**Konzert-Garten (3000 Personen) fassend.**  
 Schiller-Theater (Wallner-Theater)  
 Berlin O., Wallnertheaterstr. 35.  
**Großes Konzert.**  
 Vereinen wie Gesellschaften empfiehlt sich den Garten zur Veranstaltung von Sommerfesten etc. unter sonstigen Bedingungen. 2066b  
 R. Riefke, Restaurateur.

**Schweizer Garten. Am Königsthor. Am Friedrichshain.**  
 In beiden Feiertagen: **Früh-Theater-Vorstellungen.**  
 Auftreten des engagierten Theater- und Spezialitäten- Personals. - Volksbelustigungen aller Art. - Anfang früh 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. - Im Saale am 2. Feiertage: **Früh-Tanz.** - Am den Nachmittagen von 4 Uhr ab:  
**Große Extra-Fest-Vorstellungen.**  
 Auftreten des gesamten Personals.  
 Volksbelustigungen aller Art.  
 Entree an beiden Feiertagen nachmittags 50 Pf.  
**Vom 2. Feiertage ab: Täglich Ball.**  
 Von Pünktlich ab finden diese Vorstellungen und Ball täglich statt.

**Ostbahn-Park**  
 Räderboosterstr. 71. Am Kaiserlichen Platz.  
**Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Hr. Otto Görner.  
 Kaffeezeit 3-5 Uhr. - Entree 15 Pf. wofür 1 Glas Bier gratis.  
 Volksbelustigungen jeder Art. 4 Kegelschläger zur Verfügung.  
 Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.  
 Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf. **H. Jmbs.**

**Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau**  
 Oeconomie: Birkholz & Mittag.  
 Jeden Sonntag und Donnerstag:  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.  
 Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree.  
 Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.  
**Kaffeezeit v. 2-7 Uhr.** Volksbelustigungen jeder Art.  
 2 verdeckte Kegelschläger. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

**Urania,**  
 Tauben-Strasse 48-49.  
 Naturkundliche Ausstellung  
 täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.  
 Eintritt 50 Pf.  
 Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.  
 Anwaltsstr. 57/58 (ehemal. Stadt-  
 Rathaus): Täglich von 5 Uhr nach-  
 mittags ab bis 10 Uhr abends Stern-  
 warte und Rundpanorama. Eintritt  
 50 Pf. Näheres die Tagesansicht.

**Castan's**  
**Panoptikum.**  
 Die beiden Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!  
 Damen-Wellschwimmen.

**Passage-Panoptikum.**  
 500 Sehenswürdigkeiten.  
 2 Riesen-Illusionen:  
 1. Dampferfahrt auf dem Golfv. Neapel.  
 2. Eisenbahnfahrt durch Konstantinopel.

**Viktoria-Brauerei**  
 Lützow-Strasse 111/112 (Garten resp. Saal).  
 An allen drei Pfingstfeiertagen sowie von nun an täglich:  
**Stettiner Sänger**  
 (Weissel, Vietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)  
 Jeden Abend abwechselndes großartiges Programm.  
 Anfang am 1. u. 2. Feiertag 7 Uhr, am 3. Feiertag 7 1/2 Uhr.  
 Entree 50 Pf.  
 Am 2. u. 3. Feiertag nach der Solire Tanzkränzchen.  
 Die Soliren der Stettiner Sänger finden von nun an täglich in der Viktoria-Brauerei statt. Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Für die Wochentage sind Billets à 40 Pf. und Familien-Billets à 1 Real (für 3 Personen gültig) im Vorverkauf zu haben. (Siehe Plakate.)

**Concordia Variété-Theater**  
 Brunnenstr. 154.  
 Jeden Sonntag:  
**Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Nummer neues Programm.  
 Anfang 6 Uhr. Entree 50, refer. 50 Pf.  
 Jeden Donnerstag:  
**Familien-Abend.**  
 Gr. Theater-Vorstellung.  
 Anf. 7 1/2 Uhr. Entree 25, refer. 40 Pf.  
 Der Sommergarten ist nebst Kaffee-  
 stube geöffnet.

**Betten** Steppbetten, Gardinen, Sommerpaletots, Anzüge, Socken, Reisetaschen, Regulatoren, Reumonturen, Wäse, Goldwaaren  
 Spottbillig! Brandische, Reanderstr. 6.

**Ausstellung am Kurfürsten Damm.**  
**TRANSVAAL** am Kurfürstendamm und Stadtbahn-Station Savignyplatz.  
**Eröffnung: Donnerstag, den 3. Juni**  
 5 Uhr nachmittags.  
**Grosses Militär-Doppel-Konzert,**  
 ausgeführt von den Kapellen des Garde-Kürassier-Regiments und des 5. Garde-Grenadier-Regiments in Uniform.  
**Entree 2 Mk.** Saison-Karten haben Giltigkeit.  
 Die Direktion.

**Olympia**  
 im Belle-Alliance-Theater  
 Belle-Alliancestr. 7/8.  
 Täglich: 2 Vorstellungen.  
 Nachm. 3 Uhr und abends 8 1/2 Uhr:  
**Konstantinopel.**  
 Große orientalische Ausstattung. Pantomime in 9 Bildern mit großem Ballet. 500 Minirende.  
 Von 4 Uhr ab: Gr. Garten-Konzert und 5 1/2 Uhr: Extr. Spezialitäten 1. Ranges

**Puhlmann's Vaudeville-Theater**  
 Schöndorfer Allee 148.  
 Eröffnung der Sommer-Saison  
 Sonntag, den 6. Juni.  
 Täglich:  
 Konzert, Theater und Ball.

**Actien-Brauerei Friedrichshain.**  
 Heute, Mittwoch:  
**Gr. Bergier-Konzert**  
 des 4. Garde-Reg. zu Fuß in Uniform.  
 Anfang 7 Uhr.  
 - Eintritt 20 Pf. -  
 Progr. unentgeltlich.  
 Zum Zuschauert gelangen die unter der neuen Direktion gebrauchten Biere: Bayer, Pilsener, Senator.  
 Im Nebenlokal:  
**Familienkränzchen.**

**Reichsgarten**  
 Friedenstrasse 20 (Ecke Büschingstrasse).  
 Täglich:  
**Grosses Frei-Konzert.**  
 Die Kaffeestube ist täglich, auch Sonntags, von 2 Uhr ab geöffnet.  
**H. Koslowsky.**

**W. Noack's Theater**  
 Brunnen-Strasse 16.  
 Eröffnung der Sommer-Saison  
 am 6. Juni (erster Pfingstfeiertag).  
 Täglich:  
 Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
 Novität! Am 1. Male: Novität!  
**Die Circusfee.**  
 Operette in 1 Akt von G. Hensch.  
 Musik von Fritz Hofst.  
 Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag im Saale:  
**Grosser Ball.**

**Trauringe**  
 à Dukaten 10 Mark.  
**H. Gotthilf,** Goldschmiedemeister.  
 Alexandrinerstr. 64.  
 Ecke Treddenstrasse.

**Bahn-Klinik.**  
 Sitzst. Räume in tadelloser Aus-  
 stattung v. 3 B., Plomben v. 2 B. an-  
 schmerzlos Zahnziehen mit Cocain,  
 Chloroform und Narkose  
 unter Vertung eines prakt. Arztes. Bei  
 Behellung v. künstl. Zähnen Zahn-  
 ziehen, Zahnreinigung usw.; Kauen-  
 schaltung gebietet, Woche 1 R.  
 Gudel, Kaulfherl. 2, Wasserstr. 12,  
 Steglitzerstr. 71.

**Rheumatismus,**  
 Nicht, Arzts u. Gelenkschmerzen be-  
 sonders u. rasch das nur beim alleinigen  
 Importeur **Hugo Lubowitsky**, Berlin,  
 Demmlerstr. 5 in Flaschen à 2 R.,  
 Probeflaschen à 1 R. erhältlich ist.  
 Camphor-Oel. kein Geheimmittel. \*

**Gardinen-Rester-Ausverkauf**  
 Alterer Muster in weiß und crème, zu  
 1-4 Personen passend, spottbillig in dem  
 Gardinenfabrik-Vogel  
 Berlin O., Grüner Weg Nr. 80  
 part. (Eing. vom Hür (kein Laden).  
 Resten treffen täglich ein.  
 Groben nach außerhalb portofrei.  
**! Trinkt keinen Fusel!**  
 sondern dopp. reif. Kornbrandwein  
 von **Carl Sass, Stralsund.**  
 Vorrätig unter vielen anderen bei:  
**H. Sass,** Marktgrabenstr. 102.  
**F. Zabel,** Wendenstr. 104.  
**C. Kunsmann,** Stalgerstr. 107.  
**R. Gräbner,** Lindenstr. 15.  
**A. Berndt,** Rollenmarkt 7.  
**M. Uhle,** Kreuzbergstr. 50.  
**F. Kitzing,** Belle-Alliancestr. 74a.  
**W. Lorenz,** Voltastr. 43.  
**G. Robinsky,** Sägewer. 63.

**Baer Sohn**  
 24a Chausseestrasse 24a, 11 Brückenstrasse 11,  
 zwischen Invalidenstrasse und Friedrich-  
 Wilhelmstädtschem Theater.  
 16 Gr. Frankfurterstr. 16, nahe dem Bahnhof Jannowitzbrücke,  
 schrägüber dem Ostend-  
 Theater.

Zum Feste! Zur Reise! Zum Radeln!

Festtags-Anzüge  
 Smoking-Anzüge  
 Rock-Anzüge  
 Gehrock-Anzüge  
 Festtags-Hosen  
 Sommer-Paletots  
 Sommer-Havelocks  
 Sommer-Joppen  
 Loden-Joppen  
 Radfahrer-Anzüge  
 Radfahrer-Hosen  
 Sweater, Strümpfe, Mützen  
 Knaben-Anzüge  
 Jünglings-Anzüge  
 Berufs-Kleidung für alle Gewerke

Alle Preise sind streng fest, sehr billig und in Zahlen an den Waaren ausgezeichnet.

Moderne Maass-Anfertigung zu mässigen Preisen.

Eigene Fabrikation in grossem Maassstabe.

Die 9. reich illustrierte Preisliste 1897 wird auf Wunsch gratis und franko zugesandt.

**HERREN- u. KNABEN-Bekleidung.**  
**Hut-Engros-Geschäft**  
**Alvin Sussmann, Holzmarktstr. 38, part.**  
 Grösste Leistungsfähigkeit der Hutbranche.  
 Herren-Hüte, weich oder steif, von 1,75 an bis 3,50 R.  
 Kinder-, Knaben- und Konfirmandenhüte von 1 R. an.  
 Hochleganter Zylinder La. 7,50 R. 15142\*  
 Saison-Neuheit: weicher Herrenhut in allen Farben pr. St. 2,75 R.  
 Am 1. Feiertag bleibt mein Geschäft sehr geschlossen. 15702\*

**Dr. Thompson's Seifenpulver**  
 (Schwanzmarke „Schwan“)  
 hat sich besser bewährt, wie jedes andere Waschmittel. -  
 Dasselbe ist von jeder praktischen Hausfrau als das beste,  
 billigste und bequemste Waschmittel längst anerkannt  
 worden.  
 Man erspart bei seiner Anwendung viel Mühe, Zeit  
 und Geld und schont die Gewebe dabei mehr, als bei jeder  
 anderen Waschmethode.  
 Jeder Versuch überzeugt!

**Stepdecken-Fabrik.**  
 Berlin O., Wallstr. 72.  
 In nächster Nähe v. Bahnhof  
 Jannowitzbrücke.  
 Vorsicht! Handarbeit! Stomach  
 billig! Alte Decken werden aufgearbeitet.  
 Ein Dutzend zurückgeleitete  
 Decken am Lager. 1660L\*

**Reste. Reste.**  
 Hofentree, jed. Rest eines Herrenhutes, 50 Pf.  
 Sommerpaletotreste, jeder Rest einen  
 Paletot, 10 R. 15702\*  
 Knabenanzugreste, sehr groß, 2-3 R.  
 Herrenanzugreste in grösster Auswahl.  
 Krausenstr. 14, I., kein Laden.